



Gewerkschaftliche
Bildungsarbeit | Vorstand



Klaus Dera, Harald Kolbe

Das Falschwörterbuch

Begriffe begreifen

5. aktualisierte Auflage



Gewerkschaftliche |
Bildungsarbeit | Vorstand

Klaus Dera, Harald Kolbe

Das Falschwörterbuch

Begriffe begreifen

IG Metall Vorstand, FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

„Die herrschende Politik steuert mit der Aushöhlung und dem Abbau der erreichten wohlfahrtsstaatlichen Standards auf eine neue Form autoritärer Leistungsgesellschaft zu. Soziale Risiken werden auf die einzelnen Menschen und damit vor allem auf die Schwachen abgewälzt. Die Ungleichheit der sozialen und kulturellen Teilhabechancen wird vertieft ...

Die Gewerkschaften können die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Strukturwandel nur dann wirksam vertreten, wenn sie für eine demokratische und soziale Alternative eintreten.“

Solidarität und Freiheit – Leitlinien der IG Metall
zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform,
Frankfurt am Main, 1989

Herausgeber: IG Metall Vorstand, FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Gestaltung: Karsten Meier

Fotos: Karsten Meier, Gisela Stahl (S. 44)

Druck: Druckhaus Dresden

1. – 2. Tsd. Oktober 2003

3. – 4. Tsd. Januar 2004

5. – 6. Tds. Mai 2007 (gekürzt)

7. – 8. Tds. September 2008 (erweiterte Neuauflage)

9. – 10. Tds. Juli 2010 (aktualisiert)

Prod. Nr.: 3126-30749

Inhalt

Inhalt.....	3
Vorwort.....	5
Einleitung.....	7
Was sind „Ideologien“?.....	11
Begriffe begreifen	16
„Börse“.....	17
„Chefsache“.....	19
„Demokratisierung“.....	21
„Deregulierung“.....	23
„Dogmatiker“.....	24
„Eigenverantwortung“.....	25
„Eliten“.....	27
„Europa“.....	29
„Exportweltmeister“.....	31
„Flexibilisierung“.....	33
„Freiheit“.....	34
„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“.....	36
„Gegenmacht“.....	38
„Generationenvertrag“.....	40
„Gerechtigkeit“.....	42
„Gleichheit“.....	44
„Globalisierung“.....	46
„Humanität“.....	48
„Individualisierung“.....	50
„Innovation“.....	52
„Leistungsträger“.....	54
„Lohnnebenkosten“.....	56
„Marktgesetze“.....	58
„Mehrwertsteuer“.....	60
„Mitte“.....	62
„Neoliberalismus“.....	64
„Öffentlichkeit“.....	66

„Privatisierung“	68
„Proletariat“	69
„Reform“	71
„Sozialpartner“	73
„Sozialstaat“	75
„Staatsverschuldung“	77
„Unternehmensphilosophie“	79
„Utopie“	81
„Volksvermögen“	83
„Wachstum“	85
„Wählerwille“	87
„Wettbewerb“	89
„Wirtschaftsstandort“	91
Zu guter Letzt: Das Gutwörterbuch	93
Argumente und Hintergründe	95
„Der Liberalismus ist tot“	96
„Streik gehört ins Museum“	98
Wirtschaftsdemokratie als eine Alternative zum „Casino-Kapitalismus“	100
Mondragon: Eine globale Kooperative	110
Demokratische Grundwerte und soziale Kultur	114
Daten und Fakten	129
Mitgliederbestand des DMV und der IG Metall (1891 – 2010).....	129
Produktion, Produktivität, Beschäftigte (1995 – 2008)	130
Entwicklung der Erwerbstätigkeit (1950 – 2008)	131
Fakten gegen ideologische Phrasen	132
Wer finanziert den Staat: Steuereinnahmen (1970 – 2007).....	135
Sozialbudget und Sozialquote	136

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„betriebsratsverseucht“ wurde 2009 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Unwort des Jahres gewählt. „Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen störe zwar viele Unternehmen, so heißt es in der Begründung der Jury, Betriebsräte als Seuche zu bezeichnen, sei indes „ein sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen“.

Es ist bestimmt kein Zufall – betrachtet man die zurückliegenden Unwörter – dass diese „verbalen Entgleisungen“ zunehmend aus der Arbeitswelt kommen. Die Auseinandersetzungen im Wirtschafts- und Arbeitsleben nehmen zu und ihr sprachlicher Ausdruck sagt viel über das Denken und schließlich auch das Handeln der Akteure aus. Begriffe wie: „Entlassungsproduktivität“, Humankapital“, „Ich-AG“, vorgeschlagen waren auch: „überkapazitierte Mitarbeiter“, Belegschaftslasten“, „Personalentsorgung“, geben vor, die Praxis zu beschreiben, verschleiern sie jedoch zugleich und klingen für betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaltschnäuzig und zynisch.

Gewerkschafterinnen und Betriebsräte wissen nur zu gut, welche realen Folgen diese „Begriffe“ für viele Menschen haben und unsere Kolleginnen und Kollegen finden mit Sicherheit andere Worte dafür. Sie müssen Klartext reden, weil es bei Ihrer Arbeit auf Authentizität und Ehrlichkeit ankommt.

Einst war der Rationalisierungsprozess ein „Aufklärungsprozess“ der menschlichen Zivilisation gegen die Ohnmacht herrschender Tyrannen und die Ängste vor bösen Göttern und Geistern. Demokratie, Beteiligung und Mitbestimmung sind letztlich eine Folge davon, dass Menschen ihre Mündigkeit vor allem sprachlich zum Ausdruck gebracht haben. Wenn Betriebsräten heute „Rationalisierungsmaßnahmen“ angekündigt werden, ist von menschlichem Fortschritt jedoch nicht mehr die Rede. Es gilt

also, gesellschaftlichen Fortschritt, sowie Rückschritt immer auch in der Sprache zu erkennen.

Betriebliche und gewerkschaftliche Interessensvertretungsarbeit ist in erster Linie gekennzeichnet von vielen Kommunikationsprozessen. Im Denken, Reden und im Gespräch mit anderen bilden wir Urteile und Überzeugungen, die für unsere tägliche Arbeit wichtig sind, weil sie uns Orientierung geben. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit hat die Aufgabe, gerade auch die sprachlichen Missverhältnisse aufzudecken und zu analysieren. Es geht darum, die Wirklichkeit zu verbessern und eben nicht zu verschleiern.

Die vorliegende fünfte und erweiterte Auflage des „Falschwörterbuches“ will diese Aufklärungsarbeit unterstützen und auf eine kritische Haltung zum eigenen Sprachgebrauch aufmerksam machen.

In diesem Sinne wünsche ich viel Spaß und viele Erkenntnisse beim Lesen.

Ulrike Obermayr

Leiterin des Funktionsbereichs Gewerkschaftliche Bildungsarbeit
beim Vorstand der IG Metall

Einleitung

Die Auseinandersetzung mit Ideologien ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer gewerkschaftlichen Überzeugungsarbeit. Es gibt zum Beispiel eine Behauptung, die seit Jahren in aller Munde ist. Sie lautet: „Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden!“ Manche nicken dann bedeutungsschwer. Tja, die Lohnnebenkosten, da wird sicher etwas dran sein, denn Kosten senken ist schließlich immer gut.

Aber was sind eigentlich „Lohnnebenkosten“? Für wen entstehen sie und warum? Wer zahlt sie? Welche Folgen hat ihre Senkung für wen? Wer profitiert davon und wer nicht? Diese Fragen sind keineswegs in aller Munde, obwohl sie doch zuallererst gestellt werden müssten.

Dies ist ein Beispiel, wie *Ideologie* funktioniert. Unklare und halb wahre Begriffe werden in die Welt gesetzt, um die sogenannte öffentliche Meinung zu beeinflussen. Je verständlicher diese Begriffe für viele sind, umso erfolgreicher kann man sie in die Köpfe trommeln, wenn man sie nur laut und oft genug wiederholt.

Eine der heutigen Ideologien ist der sogenannte *Neoliberalismus*, der unter dem Stichwort der „Globalisierung“ die ganze Welt und unsere gesamten Lebensbedingungen den Gesetzen des Marktes unterwerfen will. In den vergangenen zwanzig Jahren hat diese Ideologie die Meinungsführerschaft in den öffentlichen Medien übernommen. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Welthälfte sollten die Gesetze der Marktwirtschaft weltweit durchgesetzt werden. Die Folge war ein Abbau sozialer Standards in den entwickelten Industrienationen und die Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik in den sich am Westen orientierenden Ländern des ehemaligen Ostblocks.

Heute scheint diese Ideologie vielfach bereits in Frage gestellt zu werden. Die immer größer werdende Kluft zwischen wachsender Armut weiter Teile der Bevölkerung und skandalösem Reichtum einiger Weniger hat vielen die Augen geöffnet für die unsozialen Folgen, die mit dem Neo-

liberalismus verbunden sind. Und nach der weltweiten Krise der Finanzmärkte ist die Durchsetzung ungebremsster Marktgesetze öffentlich in Misskredit geraten. Trotzdem ist immer noch keine Politik in Sicht, die dieser Ideologie wirksam Einhalt gebietet. Deshalb bleibt es weiterhin notwendig, dass wir uns mit den Ursachen und Auswirkungen des Neoliberalismus auseinandersetzen und öffentlich Gegenwehr entwickeln.

Mit einigen oft verwendeten Begriffen dieser Ideologie wollen wir uns in diesem Heft etwas eingehender beschäftigen. Dabei beabsichtigen wir nicht, ein „Fachbuch für Wirtschaftsexperten“ vorzulegen. Es gibt bereits wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Neoliberalismus. Wir wollen stattdessen den InteressenvertreterInnen in den Betrieben und unseren ReferentInnen in der Bildungsarbeit Argumentationshilfen für die Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen anbieten.

Wir haben eine Reihe von Begriffen ausgewählt, die – wie die bereits genannten Lohnnebenkosten – in der öffentlichen Meinung eine ideologische Funktion erfüllen und unsere gegenwärtigen Diskussionen beeinflussen. Nicht alle dieser Begriffe sind von vornherein ideologisch, sie werden aber manchmal ideologisch verkehrt, bis ihre ursprüngliche Bedeutung in ihr Gegenteil verwandelt ist.

Ein Beispiel dafür ist unser noch bestehendes Sozialsystem, das von verschiedenen Politikern und Wirtschaftsvertretern solange angegriffen und in seiner Bedeutung verdreht wurde, bis es schließlich zu dem Zerrbild einer „sozialen Hängematte für Faulpelze und Schmarotzer“ verunstaltet worden ist. Und an dieses Zerrbild glauben dann sogar manche, die ohne dieses Sozialsystem unter menschenunwürdigen Bedingungen in einer der reichsten Industrienationen der Welt existieren müssten.

Dabei gerät in der öffentlichen Meinung ganz aus dem Blick, dass unsere Verfassung eine Sozialstaatsverpflichtung enthält, die auch heute

uneingeschränkt Gültigkeit hat, obwohl man über die konkrete Ausgestaltung natürlich diskutieren kann.

Diesen merkwürdigen Entwicklungen unserer öffentlichen Meinung wollen wir anhand verschiedener Beispiele etwas tiefer auf den Grund gehen. Wir haben die ausgewählten Begriffe einmal „gegen den Strich gebürstet“, um ihre Bedeutung wieder in ihre ursprünglichen oder teilweise auch in neue Zusammenhänge zu stellen. Bei den einzelnen Stichworten treten einige Wiederholungen in der Argumentation auf. Das lässt sich aufgrund der Konstruktion in sich abgeschlossener Kurztexte leider nicht immer vermeiden.

Dieses Heft ist kein Fach-Wörterbuch*. Wir wollen statt dessen Anstöße zum Selberdenken geben. Ideologien sind ja deshalb so hartnäckig und tückisch, weil ihnen mit rationalen Aufklärungsversuchen oft nicht beizukommen ist. Sie greifen teilweise tiefsitzende Vorurteile auf und arbeiten mit unklaren Begriffen und Halbwahrheiten.

Manche Begriffe haben wir nur einmal etwas anders beleuchtet und überlassen die Schlussfolgerungen unseren Leserinnen und Lesern. Wir sind weder Besserwisser noch rechthaberische Ideologen. Die Texte sind aber in jedem Fall Ausdruck unserer gesellschaftspolitischen Orientierung als Mitarbeiter der IG Metall.

* Hintergrundinformationen zu den hier angesprochenen Themen bietet das Buch von Albrecht Müller: „Die Reformlüge“, Droemer Verlag 2004



Was sind „Ideologien“?

Ideologien sind ...

„... Vorstellungen und Meinungen über die soziale und politische Wirklichkeit der Gesellschaft, die den Anspruch der Wahrheit und Allgemeingültigkeit erheben, obwohl sie unwahre, halb wahre oder unvollständige Gedankengebilde sind.“

Lexikon der Politik: Gesellschaft und Staat, München 1995

Ideologie-Beispiel aus einer Tageszeitung

Liberaler in Deutschland: Freiheit

Der Begriff „Freiheit“ wird in deutschen Ländern immer weniger gewünscht, obwohl er nach Umfragewerten vor dem Datum der Deutschen Einheit mit Abstand vorn lag. Inzwischen hat laut Allensbach die „Gleichheit“ der „Freiheit“ den Rang abgelaufen. Die Deutschen mögen's mehrheitlich bequem und plüschig nach dem beschaulichen Motto: „Der Staat wird's schon richten!“

Für ihren Hang zur politischen Gemütlichkeit zahlen die Deutschen einen hohen Preis, denn der Staat greift ihnen für die ihm überlassenen Dienstleistungen gnadenlos in die Tasche. Selbst Menschen mit allenfalls mittelprächtigen Einkommen müssen etwa die Hälfte ihres sauer verdienten Geldes „Vater Staat“ überlassen, der keineswegs gütig ist, sondern gierig.

Nachdem die SED unter dem Namen „Die Linke“ firmiert, hat sich das Parteienspektrum nach links verschoben, wobei die SPD nahe zu ihrer Identität beraubt wurde. Alle zuvor beschlossenen Reformen, die sich äußerst positiv auf die Zahl der Arbeitsplätze auswirkten, wurden „kassiert“. Auch die CDU rückte unter Führung der „gelernten DDR-Bürgerin“ Angela Merkel ein Stück nach links. Frau Merkel will als „Mutter der Nation“ für alle wählbar sein – ohne Rücksicht auf das CDU-Kernprofil ...

Und was wird aus dem Ideal der Freiheit? Freiheit ist der Treibstoff jeglicher Kreativität, aller Innovationen und darum für eine Industrienation ohne Bodenschätze wie Deutschland der unersetzliche Basisrohstoff. Und plötzlich steht bei uns die Gleichheit höher im Kurs als die Freiheit – ein schlimmes Menetekel! Prof. Dr. Hans-Olaf Henkel, einstiger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), beklagt „das Panorama der Erosion freiheitlicher Positionen in Deutschland“. Der FDP attestiert Henkel immerhin, sie stehe konsequent zu ihrem „freiheitlich orientierten Parteiprogramm“...

Die Liberalen wurden nicht zuletzt von jungen Menschen gewählt, die gewaltige Lasten aufgebürdet bekommen und sich fragen, wie sie die schultern sollen. Dass die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen sich an der Grenze zum Sittenwidrigen bewegt, kann nicht übersehen werden. Der demografische Faktor tut ein Übriges. Es geht nicht um Ideologie, sondern um Wirtschaftsdaten und nüchterne Fakten ...

Heute ist der Sozialstaat zum Wohlfahrtsstaat verkommen. Der Sozialetat frisst gut die Hälfte des gesamten Bundeshaushalts, der zweitgrößte Posten sind die Zinsen. So kann es nicht weitergehen.

Klaus Tänzler, Celler Kurier, 28. März 2010

Ideologie-Analyse des Zeitungsartikels

Es handelt sich um einen Kommentar aus einer regionalen Wochenzeitung. Kommentare dienen nicht der Information, sondern stellen Meinungen zu aktuellen Sachverhalten dar. Sie müssen deshalb nicht objektiv sein. Ihre Aufgabe ist es, die vermuteten Ansichten und Vorstellungen der Leser zu bestärken, um ihre Bindung an das Blatt zu erhalten und zu fördern. Man findet gern in „seiner“ Zeitung die eigene Meinung bestätigt. Kommentare geben also in der Regel die herrschende Meinung der Leserschaft wieder.

Der Artikel stellt die Meinung des Autors zum Begriff „Freiheit“ dar. Er stellt fest, dass die Freiheit in Deutschland gefährdet sei, weil die Bürger nach Aussage eines Meinungsforschungsinstituts jetzt mehr „Gleichheit“ wünschen. Und die soll erreicht werden durch eine bessere Versorgung für alle Bürger durch den Staat. Der Autor hält das jedoch für „bequem und plüschig“.

Es gehört aber zum Wesen einer Demokratie, für eine möglichst gleiche, gerechte Versorgung aller Bürger zu sorgen. Freiheit ist ohne Gleichheit gar nicht möglich, denn ein hohes Maß an Ungleichheit schränkt notwendigerweise die Freiheit der weniger Begüterten und Bevorzugten ein. Wer sich zum Beispiel aus Geldmangel keine Urlaubsreise mehr leisten kann, ist in seiner Bewegungsfreiheit nun mal notwendigerweise eingeschränkt. Und seine reichen Mitbürger genießen derweil auf teuren Kreuzfahrtschiffen den Duft der Freiheit der Meere...

Der Autor hat eine ganz andere Vorstellung von Freiheit. Ihm geht es nicht um die möglichst freie Entfaltung aller Bürger, sondern um die freie Entfaltung der Wirtschaft. Deshalb wettet er gegen den „Versorgungsstaat“, in dem die vorhandenen staatlichen Mittel zur sozialen Versorgung der Bürger eingesetzt werden, zum Beispiel für ihre Bildung, ihre Absicherung im Krankheitsfall, ihre Versorgung bei Arbeitslosigkeit und ihre Alterssicherung. Ohne solche Sicherungen der sozialen Existenz

gibt es für den Einzelnen keine Freiheit, sondern Not und Armut. Geschenkt bekommt man diese Dienstleistungen für unsere Freiheit allerdings nicht, sondern wir finanzieren sie mit unseren Steuern.

Der Autor hält dies dagegen für völlig unnötig, denn schließlich kann jeder ein Millionär werden - verboten ist es jedenfalls nicht. Realistisch ist es aber auch nicht, denn der Kuchen ist längst an wenige Großkonzerne verteilt. Die vielen kleinen Einzelhändler, die es mal gab, arbeiten heute meist unter armseligen Bedingungen an den Kassen der großen Supermärkte, von denen sie zuvor niederkonkurriert und arbeitslos gemacht worden sind. Und so sieht es heute in fast allen Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungsbereichen aus.

Davon scheint der Autor keine Kenntnis zu haben, denn er schimpft stattdessen munter über den „gierigen Vater Staat“, der seinen Bürgern für die notwendigen Dienstleistungen „gnadenlos in die Tasche greift“. Schuld haben seines Erachtens „die Linken“, weil diese eine möglichst gerechte staatliche Absicherung der Bürger politisch anstreben. Erschreckt stellt er fest, dass sich selbst die CDU „ein Stück nach links bewegt“. Nur die FDP tritt nach seiner Meinung noch für die Freiheit ein, wie er sie sich vorstellt. Und die sieht folgendermaßen aus: „Freiheit ist der Treibstoff... aller Innovationen... für eine Industrienation!“ sagt er. Und dazu ruft er auch gleich den ehemaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie als unverdächtigen Zeugen auf.

Ihm geht es also nicht um eine freiheitliche, sozial abgesicherte Existenz der demokratischen Staatsbürger, sondern um einen „Treibstoff für die Wirtschaft“. Und den findet er in den aus seiner Sicht unnötigen staatlichen Dienstleistungen für die Bürger. Empört stellt er fest: „Der Sozialetat frisst gut die Hälfte des gesamten Bundeshaushalts“, und meint dazu, „so kann es nicht weitergehen“. Das Geld kann doch die Wirtschaft viel besser gebrauchen, glaubt er. Und wenn dadurch die Mehrheit der Bevölkerung

verarmt und in existenzielle Not gerät, dann ist das nun mal der Preis der Freiheit.

Diesen Preis zahlen wir aber bereits in immer weiter wachsender, gigantischer Höhe. Die Freiheit unserer Wirtschaft hat es ihr ermöglicht, in den vergangenen Jahren den größten Teil unseres gesamten Volksvermögens in windigen, teilweise halbkriminellen Finanzgeschäften verschwinden zu lassen. Die Bundesregierung musste rund 600 Milliarden Euro unserer Steuergelder in die Finanz-Wirtschaft pumpen, um einen Totalzusammenbruch abzuwenden. Das ist etwa die doppelte Summe eines ganzen Bundeshaushalts. Dafür werden noch unsere Kinder mit ihren Steuergeldern geradestehen müssen - diejenigen des Kommentar-Autors übrigens auch.

Die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen wird sich wohl weiterhin „an der Grenze zum Sittenwidrigen bewegen“, wie der Autor schreibt, denn der Staat wird diese Summen über Steuergelder wieder hereinschaffen müssen. Nur am Rande ist noch erwähnenswert, dass sich die Verantwortlichen dieser Krise in den Chefetagen der Banken unsere Steuergelder nun in Millionenhöhe in ihre privaten Taschen schieben, und das ist allerdings sittenwidrig. Über den Wolken (der Bevölkerung) muss die „Freiheit“ wohl grenzenlos sein... von schamloser Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit ist sie dort aber nicht mehr zu unterscheiden.

Dies alles konnte jeder Zeitungsleser in den letzten Jahren täglich nachlesen. Wie kommt es dann, dass ein Kommentator eines Provinzblattes so eindeutig die Interessen der „Wirtschaftseliten“ vertritt, zu denen er selbst zweifellos gar nicht gehört? Wird er dafür reich belohnt oder handelt es sich um schlichte Dummheit? Beides trifft sicher nicht zu. Er gibt lediglich die gegenwärtig herrschende Meinung wieder, die trotz der zerstörerischen Finanzkrise ungebrochen weiter herrscht. So etwas nennt

man eine Ideologie, weil sie den realen gesellschaftlichen Daten und Fakten widerspricht und trotzdem weiter verbreitet wird.

Die weitere Herrschaft dieser Ideologie beginnt bereits heute unser demokratisches System zu gefährden, indem sie die Grundlagen unserer sozialstaatlichen Verfassung immer weiter aushöhlt. Dem Autor ist davor nicht bange, er fordert es geradezu, indem er feststellt: „Heute ist der Sozialstaat zum Wohlfahrtsstaat verkommen“. Wir hoffen dagegen, dass unser demokratischer Staat nicht noch weiter zu einem Selbstbedienungsladen für die Wirtschaftsführer auf Kosten der Bevölkerung verkommt, denn so kann es in der Tat nicht weitergehen.



Begriffe begreifen

Auf den folgenden Seiten haben wir ausgewählte Stichworte aus der sogenannten öffentlichen Meinung zusammengestellt und interpretiert. Begriffe begreifen heißt, diese Stichworte einmal anders betrachten, bis ihr manchmal verborgener Sinn zum Vorschein kommt.

Unsere Sprache dient eigentlich dazu, dass wir uns mit ihrer Hilfe gemeinsam verständigen. Aber oft wird sie auch dazu missbraucht, etwas zu verschleiern. Das ist meistens dann der Fall, wenn der Öffentlichkeit irgend etwas Unangenehmes mitgeteilt werden soll, wozu man aber ihre Zustimmung benötigt, um es umsetzen zu können.

Ein aktuelles Beispiel ist der Begriff *Reform*. Damit soll erreicht werden, daß die Leser den Eindruck gewinnen, daß zum Beispiel die Renten oder unser Sozialsystem durch Reformen verbessert werden. Das ist aber nicht der Fall. Es geht im Gegenteil darum, die Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die Renten gekürzt und unser Sozialsystem eingeschränkt werden soll. Mit dem Begriff „Reform“ wird dieses Ziel vernebelt und unkenntlich gemacht.

Es erfordert manchmal ein wenig Übung, um diese verschleiernenden Begriffe ausfindig zu machen und ihre wahre Bedeutung zu erkennen. Die folgenden Beispiele können als *Übungsmaterial* dienen, um selbst weitere Begriffe zu untersuchen. Die Sprache unserer Medien ist voll davon, man muss nur richtig hinschauen ...

„Börse“

Früher kam im Fernsehen vor der Tagesschau das Sandmännchen – heute erscheint dort ein Börsenmännchen und verkündet die aktuellen DAX-Werte. Das sind die Börsenkurse der 30 profitabelsten Aktiengesellschaften in Deutschland. Das Unternehmen Volkswagen hat z. B. 400 Millionen Aktien zu 2,56 Euro (das waren einmal 5 DM) drucken lassen und zum Verkauf angeboten.

Im Jahr 2006 musste man an der Börse für eine Aktie 50 Euro bezahlen und im Jahr 2008 kostet sie 200 Euro. Wenn jemand 2006 eine Aktie gekauft und 2008 wieder verkauft hat, gibt das einen Gewinn von 150 Euro oder 300 Prozent. Dagegen ist der Gewinn in Höhe von 1,25 Euro, den VW pro Aktie als Dividende ausschüttet, uninteressant. Das Kaufen und Verkaufen von Aktien ist viel interessanter, weil durch das Ausnutzen von Kursunterschieden ein größerer Profit erzielt werden kann.

Von der VW-Aktie wurden im Jahr 2006 250 Millionen verkauft und wieder gekauft; der Umsatz nur mit diesen Aktien betrug 50 Milliarden Euro. Der Umsatz aller an deutschen Börsen gehandelten Aktien erreichte 2007 die Summe von 5.800 Milliarden Euro, wie das Deutsche Aktien Institut bekannt gab.

Allerdings werden an der Börse nicht wirklich neue Werte geschaffen. Lediglich die Preise der Aktien werden hier täglich neu ausgehandelt. Das dahinter stehende Unternehmen wird dadurch nicht wertvoller oder bei Kursverlust wertloser. Der Wert der Produktionsanlagen (sogenannte Sachanlagen) beträgt bei VW ungefähr 20 Milliarden Euro, der Preis der Aktien dagegen fast 80 Milliarden Euro.

Spekulieren wir einmal ein bisschen. Wir haben 200 Euro gespart, kaufen Anfang 2006 eine VW-Aktie für 50 Euro und verkaufen Ende 2006 wieder für 100 Euro. Ergebnis: 50 Euro Gewinn. Der Käufer hat ebenfalls 200 Euro gespart und verkauft wiederum Mitte 2007 für 150 Euro. Ergebnis: 50 Euro Gewinn. Wir spekulieren auf noch höhere Kurse,

kaufen für 150 Euro und verkaufen Anfang 2008 für 200 Euro und zwar an den ersten Käufer, der ebenfalls auf höhere Kurse spekuliert. Er kauft für 200 Euro und hofft, dass er für 250 verkaufen kann. Wir haben zu diesem Zeitpunkt für 200 Euro Aktien gekauft und für 300 Euro verkauft und besitzen jetzt zusammen mit unseren Restersparnissen 300 Euro. Der andere Käufer hat für 300 Euro gekauft und für 150 verkauft und besitzt jetzt ein Barvermögen von 50 Euro sowie noch unverkaufte Aktien zum Preis von 200 Euro. Unser Gewinn ist nichts anderes als ein Teil der Ersparnisse des anderen Käufers. Somit ist die Börse erst einmal nichts weiter als ein Marktplatz für überschüssiges Geld, dass spekulativ angelegt wird und wo der Gewinn des einen der Verlust des anderen ist.

Was ist, wenn kein Käufer gefunden wird, der zu höherem Preis kaufen will? Dann muss man im Zweifel auch mit Verlust verkaufen. Das ist z. B. 2007 passiert, als die DAX-Kurse um 16 Prozent fielen, was 83 Milliarden Euro Verlust bedeutete. Die einzigen, die auch dabei noch gewinnen, sind die Banken und die Börsenmakler. Sie verdienen an jeder Transaktion ca. ein Prozent Provision, das waren gut 50 Milliarden Euro im letzten Jahr. Im Übrigen ist die Börse so ziemlich das einzige Handelsgeschäft, bei dem keine Umsatzsteuer gezahlt werden muss, denn sie wurde 1991 abgeschafft, um den „Finanzplatz Deutschland“ für Kapitalanleger attraktiver zu machen. Solch eine großzügige Regelung gibt es nur noch bei gemeinnützigen und mildtätigen Vereinen. Bei einer Steuer von nur 0,5 Prozent hätte es 2007 zusätzliche Einnahmen von 29 Milliarden Euro ergeben.

„Chefsache“

Wenn in der Politik irgendein Problem zur Chefsache erklärt wird, dann finden das viele Bürger meist sehr beruhigend. Endlich nimmt die Sache mal jemand in die Hand! Genau besehen ist das aber alles andere als beruhigend. Es bedeutet nämlich, daß die demokratische Meinungsbildung über Lösungen des Problems beendet ist und dass nun „der Chef“ entscheidet.



Manche glauben, dass es eben manchmal nicht anders geht. Auch im Betrieb muß ja schließlich irgendwer eine Entscheidung treffen, sonst läuft doch nichts, oder? Betriebe sind allerdings auch nicht demokratisch organisiert, sondern unterliegen der Entscheidungsgewalt der Eigentümer. Was dort wie getan wird, entscheiden letztendlich sie und niemand sonst.

Da wir aber nicht mehr in einer Sklavenhaltergesellschaft leben, müssen dieser Entscheidungsgewalt Grenzen gesetzt werden. Denn sonst kann es passieren, dass die Beschäftigten bei geringstem Lohn unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen, wie es früher auch wirklich der Fall war. Deshalb haben die Gewerkschaften in jahrzehntelangen Kämpfen Arbeitsschutz- und Betriebsverfassungsgesetze durchsetzen müssen.

Und in der Politik ist es nicht anders. Demokratie ist kein Geschenk des Himmels, sondern auch sie musste in mehr als hundertjährigen Kämpfen mühsam erstritten und immer wieder verteidigt werden – bis heute. Auch jetzt versuchen die Wirtschaftsführer wieder, die bestehenden Rechte und Mitbestimmungsgesetze zurückzudrängen und auszuhebeln.

Wer sich Politik nur nach dem Führerprinzip vorstellen kann, der sollte sich mal mit der Geschichte des letzten deutschen „Führers“ beschäftigen. Demokratie ist ein mühsamer Prozess der Entscheidungsfindung, aber dazu gibt es keine wirklich wünschenswerte Alternative. Demokraten lehnen autoritäre Chefsache-Ideologen grundsätzlich ab. Und darum muss auch unsere Wirtschaft weiter demokratisiert werden.

„Demokratisierung“

Die IG Metall hat in ihrer Satzung die Demokratisierung der Wirtschaft als politisches Ziel formuliert. Viele können sich jedoch nichts Konkretes darunter vorstellen. Manche glauben, mit dem Betriebsverfassungsgesetz sei dieses Ziel bereits erreicht. Andere glauben sogar, dass dieses Ziel nicht realisierbar sei und deshalb unsinnig ist.

Das Ziel der Demokratisierung umfasst aber die gleichberechtigte Mitbestimmung bei wichtigen wirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen, die es bis heute noch nicht in vollem Umfang gibt. Die bestehenden Mitbestimmungsregelungen ermöglichen den Kapitalbesitzern im Streitfall immer noch die letzte Entscheidung.

Das ist Vielen nicht bekannt, und deshalb machen sie oft die Gewerkschaften und die Betriebsräte auch für Unternehmensentscheidungen verantwortlich, die diese gar nicht beeinflussen können. In den meisten Fällen müssen sie sich damit begnügen, lediglich die Folgen dieser Entscheidungen für die Beschäftigten sozial verträglich zu gestalten. Das hat dem Ansehen der Mitbestimmung in der Öffentlichkeit großen Schaden zugefügt. Die IG Metall hat aber in ihrer Satzung ganz konkrete Vorstellungen entwickelt, wie sie diese Demokratisierung umgesetzt sehen will. Erstens durch eine vollgültige Mitbestimmung bei Unternehmensentscheidungen und in der Gesamtwirtschaft. Zweitens durch die Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten. Drittens durch die Überführung von marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.

Dies sind politische Forderungen, von denen bis heute noch keine einzige verwirklicht worden ist. Ganz im Gegenteil: Die Politik überlässt heute unter den Schlagworten ›Deregulierung und ›Privatisierung immer mehr ehemals staatlich organisierte Dienstleistungen (Post, Bahn, Energieversorgung usw.) der Privatwirtschaft. Das Ergebnis ist, dass dort tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert worden sind und dass gleichzeitig diese Dienstleistungen für die Verbraucher immer

§ 2 Aufgaben und Ziele der IG Metall

Die IG Metall hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen der Mitglieder zu fördern. Ihre Unabhängigkeit gegenüber den Regierungen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien hat sie jederzeit zu wahren. Sie bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein. Sie fördert aktiv die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft.

Die IG Metall wahrt und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte. Die Verteidigung dieser Rechte und der Unabhängigkeit sowie Existenz der Gewerkschaften erfolgt notfalls durch Aufforderung des Vorstandes an die Mitglieder, zu diesem Zweck die Arbeit niederzulegen (Widerstandsrecht gemäß Artikel 20 Absatz 4 GG).

Aufgaben und Ziele der IG Metall sind insbesondere:

1. Zusammenschluß aller im Organisationsbereich der IG Metall Beschäftigten zum gemeinsamen Handeln;
2. Erzielung günstiger Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen durch den Abschluß von Tarifverträgen;
3. Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen;
4. Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum;
5. Mitbestimmung in der gesamten Berufsbildung einschließlich des Schul- und Hochschulwesens;
6. Verbesserung und einheitliche Gestaltung eines demokratischen Arbeits- und Sozialrechtes;
7. Sicherung der rechtlichen Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit, insbesondere durch

IG Metall-Satzung (Auszug), Frankfurt/Main 2008

teurer werden, denn die Wirtschaft will schließlich Gewinne damit machen.

Das Ziel der Demokratisierung der Wirtschaft ist also ein politisches Programm, mit dem der gegenwärtigen Politik des ›Neoliberalismus ein demokratisches Alternativmodell gegenübergestellt wird. Wenn wir die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft nicht weiterhin allein der Wirtschaft überlassen wollen, müssen wir dieses Programm wieder wirksam vertreten, in den Betrieben, in der Region und in der Öffentlichkeit.

„Deregulierung“

Auch manche Kolleginnen und Kollegen unterstützen eine Deregulierung. Wörtlich bedeutet es: Regeln abbauen. Wer fühlt sich heute nicht übermäßig „reguliert“? Durch Vorschriften, Ämter, Bürokratie, durch Vorgesetzte usw.

Die sind aber mit diesem Stichwort nicht gemeint. Es handelt sich vielmehr um eine politische Forderung des **Neoliberalismus**. Der strebt den Abbau möglichst aller staatlichen Einflussnahmen auf die Wirtschaft an, denn wir leben bekanntlich in der sogenannten freien Marktwirtschaft.

Es gibt aber noch eine andere Bezeichnung für unser Wirtschaftssystem, nämlich die **Soziale Marktwirtschaft**. Nun weiß aber jeder, der schon einmal einen Wirtschaftsbetrieb von innen erlebt hat, dass es dort keineswegs besonders sozial zugeht. Und eine Marktwirtschaft, die durch immer mehr Technik immer mehr Menschen arbeitslos macht, ist alles andere als sozial.

Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, ein Recht auf eine Berufsausbildung und auf Arbeit müssen also durch demokratische Einflussnahmen erst in der Wirtschaft durchgesetzt werden, wie z. B. durch Betriebsverfassungsgesetze und andere Arbeitsschutzgesetze. Ohne diese Regulierung wären die einzelnen Beschäftigten der Wirtschaft letztendlich hilflos ausgeliefert.

Deregulierung ist also bei genauer Betrachtung ein ideologischer Kampfbegriff, mit dessen Hilfe die Befreiung der Wirtschaft von allen sozialen Gesetzgebungen politisch durchgesetzt werden soll.

Übrigens: Auch in einer deregulierten Wirtschaft würde kräftig reguliert, dann allerdings nur noch durch die Wirtschaftsführer selbst. Die nennen das jedoch nicht Regulierung, sondern dann heißt es „effektives Qualitätsmanagement“. Darauf muss man erst mal kommen!

„Dogmatiker“

Ein Dogmatiker ist jemand, der unumstößliche Gewissheiten vertritt und sich nicht darin beirren lässt. Ursprünglich kommt dieser Begriff aus der Kirchengeschichte. Ein Dogma ist ein feststehender Glaubenssatz. Wer nicht an Gott glaubt, kann kein Christ sein.

Heute wird der Begriff „Dogmatiker“ besonders gern in der Politik verwandt. Meist wird er auf jene gemünzt, die an bestimmten Theorien festhalten und nicht jede neue Theorie oder jede Form von Modernisierung allein schon deshalb für richtig halten, weil sie gerade modern erscheint.

Als Dogmatiker gelten also Vertreter bekannter Theorien, wenn diese politisch nicht mehr erwünscht sind, und zwar unabhängig davon, ob die Theorien richtig oder falsch sind. Nicht als Dogmatiker gelten dagegen diejenigen, die neue und politisch erwünschte Theorien vertreten, und zwar auch unabhängig davon, ob die Theorien richtig oder falsch sind. Was gerade modern ist, kann doch nicht falsch sein, oder?

Und so kommt es, dass zum Beispiel Marxisten Dogmatiker sind, radikale Vertreter des **Neoliberalismus** aber nicht. Denn der Marxismus ist längst überholt, der Neoliberalismus dagegen neu, wie sein Name bereits behauptet. Dass diese „neue“ Theorie jedoch ein Zurück in die Zeiten des Frühkapitalismus predigt und damit in höchstem Maße dogmatisch ist, bleibt den Meisten verborgen.

Heute gelten zum Beispiel diejenigen als Dogmatiker, die unser Land für einen sozialen Rechtsstaat halten – was es nach unserer Verfassung auch tatsächlich ist – und deshalb unser Sozialsystem verteidigen. Keine Dogmatiker sind dagegen jene, die jeden sozialen Schutz abbauen und eine marktradikale Ellenbogengesellschaft errichten wollen. Aber wie bereits gesagt, der Neoliberalismus, der dieses Ziel anstrebt, ist eine neue Theorie. Und wer mag sich schon gegen Neues sperren? Vermutlich doch nur wieder diese längst überholten „Dogmatiker“.

„Eigenverantwortung“

Die Bürger müssen wieder mehr Eigenverantwortung übernehmen, sagen unsere Politiker. Und um die Bürger dabei ein wenig zu unterstützen, wird das Gesundheitssystem eingeschränkt, die Arbeitslosenunterstützung wird abgebaut und die Renten werden gekürzt. Dafür ist der Bürger nun selbst eigenverantwortlich. Kranke, Arbeitslose und Alte müssen eben sehen, wie sie zurecht kommen. Allerdings kann jeder mal krank und arbeitslos werden, und alt werden sowieso alle mal.

Da fragen sich natürlich manche Bürger: Wieso müssen eigentlich nur wir mehr Eigenverantwortung übernehmen? Unser Land ist doch ein sozialer Rechtsstaat! Wir können doch nicht ganze Bevölkerungsgruppen langsam verkommen lassen. Wir sind doch eine der reichsten Industrienationen der Welt!

So ist es. Die Unternehmensgewinne steigen seit zwanzig Jahren immer weiter, und zahlreiche Unternehmerfamilien haben bereits Privatvermögen von mehreren Milliarden Euro zusammengeschaufelt. Mit einem Teil davon könnte man zum Beispiel alle Rentner mühelos ernähren, und die Reichen blieben immer noch reich genug.

Da stimmt doch irgend etwas nicht, oder? Diese Superreichen brauchen nämlich immer weniger Steuern zu zahlen, und ihre Privat-Konzerne werden noch mit staatlichen Subventionen – also mit unseren Steuergeldern – reichlich gefüttert. Wieso müssen die Reichen *keine* Verantwortung übernehmen? Zum Beispiel dadurch, dass sie einen Teil ihres bereits unermesslichen Reichtums zur Finanzierung unseres Sozialsystems beisteuern.

Wieso müssen sie das eigentlich nicht? Offenbar nur deshalb, weil die Nichtreichen das alles mit sich anstellen lassen, ohne wirklich Widerstand zu leisten. Denn dazu müsste man ja irgendetwas tun. Da müsste man wirklich mehr Eigenverantwortung zeigen! Zum Beispiel dadurch, dass man sich an dem Widerstand der Gewerkschaften und anderer Verbände gegen den Abbau unseres Sozialstaats beteiligt.

Solange die Nichtreichen keine sichtbare Gegenwehr gegen diese unsoziale Umverteilung unseres Volksvermögens organisieren, werden sie wohl auch weiterhin immer ärmer werden. So ist das nun mal, wenn sie keine aktive Eigenverantwortung für die Vertretung ihrer berechtigten Interessen übernehmen wollen!



„Eliten“

Früher gehörten zu unseren Eliten einmal Dichter und Denker. Sie müssen wohl mittlerweile ausgestorben sein. Heute zählen zu unseren Eliten statt dessen die Macher und Lenker in Wirtschaft und Politik.

Das muss Gründe haben. Hat es auch. Denn Bildung und Kultur, die einmal die Zugehörigkeit zu den Eliten unserer Gesellschaft gekennzeichnet haben, sind heute zu einer Freizeitbeschäftigung für die Freunde des Guten und Schönen herabgesunken. Was heute allein zählt, ist Leistung!

Weil sich Leistung ja bekanntlich lohnen muß, gehören deshalb zu unseren heutigen „Eliten“ nur noch diejenigen, die über mindestens fünfstelliges Monatseinkommen verfügen. Das sind aber nur die kleinen »„Leistungsträger“, als die ja unsere Eliten heute etwas treffender bezeichnet werden.

Die wirklichen Eliten haben weit mehr. Jahres-Einkommen von mehreren Millionen Euro gelten in den elitären Top-Managerkreisen keineswegs als unanständig, sondern als Elite-Visitenkarte. Und die Elite-Zugehörigkeit bei unseren Kapitalbesitzern beginnt erst an der Milliarden-grenze. Die allerfeinste Elite hat diese Grenze nicht nur einmal, sondern bereits mehrmals überschritten, wie etwa die Elite-Brüder Albrecht (Aldi-Märkte).

Da haben wir es doch weit gebracht, oder? Mit dem Dichten und insbesondere mit dem Denken ist es aber bei uns nicht mehr weit her. Wer könnte denn schon auch nur einen einzigen Angehörigen unserer heutigen Eliten als einen „Denker“ benennen? Aber man kann eben nicht alles haben ...

Die Top-Jahresgehälter leitender Angestellter in Deutschland ...

Josef Ackermann (Deutsche Bank)	9,9 Mio €
Jürgen Großmann (RWE)	9,2 Mio €
Peter Löscher (Siemens)	7,1 Mio €
Martin Winterkorn (Volkswagen)	6,6 Mio €
Wolfgang Reitzle (Linde)	6,2 Mio €

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 20.03.2010

... sind „Peanuts“ gegenüber dem Privatvermögen des deutschen Geldadels.

Karl Albrecht (Aldi Süd)	23,5 Mrd \$
Michael Otto (Otto-Gruppe)	18,7 Mrd \$
Theo Albrecht (Aldi Nord)	16,7 Mrd \$
Susanne Klatten (BMW, Altana)	11,1 Mrd \$
August von Fink (Investmentbankier)	7,3 Mrd \$

Quelle: Forbes-Liste 2010

„Europa“

Ein geeintes Europa – das war nach zwei Weltkriegen der europäischen Nationen einmal eine erstrebenswerte Vision. Heute ist diese Vision Wirklichkeit. Leider ist daraus für die meisten eine Schreckensvision geworden. Wie ist es dazu gekommen?

Zunächst erfreuten sich viele an den geöffneten Grenzen. Endlich keine lästigen Warteschlangen mehr! Und nach der Einführung des Euro war auch der unbequeme Geldumtausch nicht mehr nötig. „Freie Fahrt für freie Bürger“ jubelten manche.

Dann stellte sich heraus, dass der Euro in Wirklichkeit ein „Teuro“ war, wie er auch bald genannt wurde. Und mit der immer weiteren Öffnung Europas für die ehemaligen Ostblockländer kamen nun Arbeitskräfte ins Land, die bereit waren, ihre Arbeitskraft für einen Bruchteil der bei uns üblichen Löhne anzubieten. Viele Unternehmen sahen auch plötzlich keinen Grund mehr, ihre Produktion unbedingt in unseren Landesgrenzen durchzuführen, wenn es anderswo in Europa billiger geht.

So hatten sich viele die „Vision Europa“ eigentlich nicht vorgestellt. Und deshalb wurden sie bei der geplanten Einführung einer gemeinsamen europäischen Verfassung gar nicht mehr gefragt. In der mehrhundertseitigen Verfassung soll nämlich unter der Hand eine *neoliberale Wirtschaftspolitik* für ganz Europa festgeschrieben werden. Die Regierungen der meisten Länder entschieden das der Einfachheit halber lieber unter sich.

In Frankreich und Holland führte man dagegen einen Volksentscheid über die Verfassung durch, und die Bevölkerung stimmte aufgrund der bisherigen Erfahrungen auch prompt dagegen. Die unsoziale neoliberale Politik hatte nämlich bereits die Arbeitslosigkeit und Armut in vielen Ländern gesteigert.

Und nun? Ganz einfach, dachten sich die erschrockenen Regierungen. Sie nannten die geplante und durchgefallene Verfassung einfach in „Vertrag“ um, den sie weiterhin ohne Befragung des Volkes abschließen wollten. Die Iren hatten diesem undemokratischen und handstreicherartigen Verfahren zunächst ein Ende gesetzt. Trotzdem wollten die Regierungen einfach weitermachen und die Iren offenbar so oft wählen lassen, bis sie endlich „richtig“ wählen.

Hoffentlich wird jetzt jedem klar, wem das geeinte Europa wirklich dienen soll. Es dient einzig und allein dem Kapital und nicht den Bürgern. Die Folgen sind Sozialabbau, Lohndumping und Standortverlagerungen zuhauf. Und mittlerweile verbietet es der Europäische Gerichtshof einigen Ländern bereits, die Einhaltung von Tariflöhnen und sozialen Mindeststandards einzufordern. Auch das Streikrecht soll eingeschränkt werden, weil es den „freien Kapitalmarkt“ behindert. Europa droht zu einer Schreckensvision zu werden, wenn die Bürger keine sozialen Grundrechte durchsetzen!



„Exportweltmeister“

Mehrere Jahre stand Deutschland an der Weltspitze mit exportierten Gütern und Waren. Das ist mehr als erfreulich, denn es zeigt schließlich, dass wir eine der reichsten Industrienationen der Welt sind. Seltenerweise steht dies in einem merkwürdigen Gegensatz zu der seit Jahren vertretenen öffentlichen Meinung, dass wir „unseren Gürtel enger schnallen müssen“.

Bei uns sollen die Lohnnebenkosten zu hoch sein, unser Sozialsystem ist scheinbar nicht mehr finanzierbar, den Bürgern wird mehr Eigenverantwortung abgefordert, Arbeitnehmer werden zur Lohnzurückhaltung aufgefordert, Rentner sollen länger arbeiten, weil sie scheinbar nur Geld kosten, obwohl sie im Laufe ihres Berufslebens dieses Geld über ihre Rentenversicherung selbst finanziert haben, Schüler und Studierende sollen für Bildung selbst aufkommen, Arbeitslose sollen auch für nur einen Euro etwas leisten und so fort...

Dies alles wird damit begründet, dass wir im Zuge der Globalisierung konkurrenzfähig bleiben müssten. Das ist sicher richtig, denn ein rumänischer Arbeiter kann für weniger Geld seine Arbeit anbieten als ein deutscher Arbeiter. Die Lebenshaltungskosten in Rumänien sind nun mal geringer als in Deutschland, der Lebensstandard dementsprechend auch.

Richtig konkurrenzfähig sind wir also erst dann, wenn der Lebensstandard in Deutschland auf den Stand von Rumänien heruntergedrückt wird. Sonst – siehe Nokia! Unsere Politiker arbeiten auch heftig daran. Mit dem Abbau unseres Sozialsystems wird der Lebensstandard der Bevölkerung gesenkt und unsere Wirtschaft wird von der ehemaligen solidarischen Beteiligung am Sozialsystem befreit, damit ihr keine „unnötigen“ Kosten entstehen.

Nun könnte man eingeschüchtert einwenden: Wie konkurrenzfähig müssen wir denn eigentlich noch werden? Wir gehören doch bereits zu den Exportweltmeistern! Ja, schon – aber da wollen wir doch auch bleiben!

Und das geht nur, wenn wir den Gürtel noch enger schnallen. Unsere Wirtschaft weiß aber bereits jetzt schon nicht mehr, wohin mit dem vielen Geld. Deshalb hat sie dasjenige Geld, das sie nicht benötigt, einigen Banken zum Verzocken auf den Finanzmärkten anvertraut. Dass es dort in Milliardenhöhe verschwunden ist, kann passieren. Da wird wohl der Steuerzahler aushelfen müssen.

Natürlich macht sich auch unsere Management-Elite ihre Gedanken, wie sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben kann. Wenn auf dem Weltmarkt ein angesehener Manager mindestens ein paar Millionen pro Jahr verdient, dann kann man deutsche Manager nicht mit ein paar Hunderttausend abspeisen. So ein Hungerleider ist wirklich nicht konkurrenzfähig! Und deshalb sind die Managementgehälter bei uns bereits knapp an zweistellige Millionenhöhe geklettert, während die Bevölkerung immer weiter verarmt.

„Flexibilisierung“

Wer nicht flexibel ist, gilt als starr und unbeweglich. Unsere Wirtschaft muß immer flexibler werden, weil die Konkurrenz auf dem Weltmarkt bekanntlich nicht schläft.

Gegen Flexibilisierung ist also nichts einzuwenden. So könnte beispielsweise unsere Wirtschaft flexibel alternative Energienutzungskonzepte für den Individualverkehr entwickeln und damit weltweit die Nase vorn haben. Hier ist sie aber äußerst starr und unbeweglich.

Viel beweglicher zeigt sich unsere Wirtschaft, wenn es darum geht, den Beschäftigten mehr Flexibilität abzuverlangen. Sie sollen möglichst sieben Tage in der Woche rund um die Uhr verfügbar sein, aber natürlich immer nur dann, wenn sie gebraucht werden.

Bei der Flexibilisierung der Arbeitsorganisation hat unsere Wirtschaft auch gute „Erfolge“ aufzuweisen. Mit Teilzeitarbeitsmodellen und Just-in-time-Logistik werden die Beschäftigten und die mittelständischen Zulieferfirmen so flexibel ausgepresst, dass sie in vielen Fällen bereits nur noch ums nackte Überleben kämpfen. Müsste es dagegen nicht Schutzgesetze geben? Sicher, aber das wäre doch bürokratisch und unflexibel, oder?



„Die Verwandlung des Heinz K.“

Montage eines Teilnehmers im Seminar „Zukunft der Arbeit“

„Freiheit“

*„Leben! Einzeln und frei wie ein Baum und
brüderlich wie ein Wald, ist unsere Sehnsucht!“*

Nazim Hikmet

Freiheit umfasst immer auch die Freiheit der Andersdenkenden. Mit dieser Feststellung von Rosa Luxemburg wird treffend zum Ausdruck gebracht, dass Freiheit nur auf dem Boden humaner und sozialer Toleranz und Gerechtigkeit wachsen kann.

Heute wird Freiheit aber oft ganz anders begriffen. Freiheit ist, wenn jeder tun und lassen kann, was er will – auch auf Kosten anderer. So etwas nennt man aber eigentlich nicht Freiheit, sondern rücksichtslosen Egoismus! Sein zynisches Motto lautet: Wenn jeder für sich selbst sorgt, ist doch für alle gesorgt.

Diese völlige Verkehrung des Begriffs von Freiheit in das Gegenteil muss Gründe haben. Wenn wir unsere Gesellschaft etwas genauer betrachten, dann sind diese Gründe schnell ausfindig gemacht. Sie betrachtet sich nämlich selbst als die sogenannte Freie Welt, im Gegensatz zum Sozialismus, der sich bereits aus der Geschichte verabschiedet hat. Unter dem Stichwort der Globalisierung wird nun die ganze Welt zur Freien Welt. In diesem Paradies herrscht jetzt nur noch Freiheit, also auch eine freie Marktwirtschaft.

Soviel Freiheit war nie! Wer sich jetzt immer noch nicht frei fühlt, hat selber schuld. Jetzt gilt uneingeschränkt „freie Fahrt für freie Bürger“! Und wer da im Weg steht, hätte eben schnell genug zur Seite springen müssen.

Diese Freiheit ist nichts anderes als das uneingeschränkte Recht des Stärkeren, das bereits einmal in der Steinzeit gegolten hat. Diese „Freiheit“ ist asozial, weil sie jeden niederwalzt, der nicht mithalten kann. Und das gilt nicht nur für die Alten, die Kranken, die Behinderten.

Niedergewalzt werden auch Millionen abhängig Beschäftigter, die während ihrer Arbeit von Freiheit nur träumen können, solange sie überhaupt noch eine haben. Der Armutsbericht der Arbeiterkammer Bremen von 2003 weist aus, dass rund zwanzig Prozent der beschäftigten Arbeitnehmer an der Armutsgrenze leben. Und den vier Millionen Arbeitslosen geht es mitsamt ihren Familien noch schlechter.

Die abhängig Beschäftigten haben natürlich die Freiheit, sich wenigstens außerhalb der Arbeit ein bisschen frei fühlen zu dürfen. Zum Beispiel abends in der Disco, im Kleingarten oder wo auch immer. Am nächsten Morgen ist dann wieder Schluss mit lustig. Wem das nicht passt, der behält das besser für sich. Sonst kann es ihm passieren, dass er „freigesetzt“ wird!

Trotz allem Freiheits-Gerede unserer Wirtschafts-ideologen ist die Masse der Bevölkerung von Freiheit immer weiter entfernt.



„*Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!*“

Diese berühmte Parole der Französischen Revolution von 1789 war das politische Programm des Bürgertums. Nachdem die Arbeiterklasse (das Proletariat) in die Geschichte eintrat, wurden alle drei Ziele der Revolution aber von der ehemals revolutionären, bürgerlichen Klasse radikal beschnitten. Es bedurfte eines Jahrhunderts der Klassenkämpfe, bis die Arbeiterbewegung die ursprünglichen bürgerlichen Gesellschaftsziele gegen das Bürgertum selbst durchsetzen konnte.

Deutschland hat ein Grundgesetz, das sich gegenüber der Wirtschaftsordnung neutral verhält. Demokratie wird keineswegs mit Kapitalismus gleichgesetzt. Die Grundgesetzartikel enthalten: Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Möglichkeit der Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit, die Überführung von Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum (Grundgesetz Art. 14 und 15).

Seit der neoliberalen Revolution mit Beginn der 80er Jahre kommt es zu einer paradoxen Lage: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit stehen erneut zur Diskussion, die Gesellschaft fällt erneut vor 1789 zurück. Die Freiheit des Wählens wird reduziert, weil die Parteien sich so ähnlich sind, dass oft nur noch der öffentliche Sympathiewert des jeweiligen Kandidaten die Wahl entscheidet. Immer größer wird die Partei der Nichtwähler.

Die im Sozialstaat angestrebte ›*Gleichheit* wird nicht nur abgebaut, sondern die Ungleichheit wird geradezu ein politisches Programm. Bestenfalls soll es noch um Chancengleichheit gehen, wobei längst bekannt ist, dass dies meist nur eine Illusion ist. Die Ungleichheit der Eigentums- und Besitzverhältnisse soll sich „positiv“ auswirken, damit die, die unten sind, sich bedingungslos anpassen. Von materieller Gleichheit ist seit langem nicht mehr die Rede. Steigen sollen die Managergehälter, nicht die Löhne! Und das, obwohl die Jahreseinkommen von Managern die Millionengrenze oft bereits mehrfach überschreiten.

Brüderlichkeit (bzw. *Schwesterlichkeit*) ist unserer Gesellschaft so fremd geworden, dass scheinbar nur noch Pastoren damit etwas anfangen können. Der Zerfall der Industriearbeiter-Milieus trägt auch dazu bei, Brüderlichkeit zu vergessen. Die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus der Arbeitsgesellschaft, die Entstehung einer neuen „Unterschicht“, der aggressive Angriff gegen die Arbeitslosen, all dieses ist das Gegenprogramm von Brüderlichkeit.

Viele fühlen sich heute hilflos gegenüber der neoliberalen Politik. Wenn die Betroffenen sich aber freimachen von der Illusion, die politischen Parteien allein würden ihre Interessen vertreten, und wenn sie die Gewerkschaften wieder stärker als Gegenmacht begreifen, dann könnte auf längere Sicht auch gegen die herrschende Politik eine neue Gesellschaft in Form einer modernen Wirtschaftsdemokratie entstehen.



„Gegenmacht“

Die Gewerkschaften betrachten sich traditionell als Gegenmacht zu den Interessen der Kapitalbesitzer. Seit den Modernisierungsdebatten steht diese traditionelle Definition in der Kritik.

Mit dem sozialen Wandel, so wird argumentiert, hätte sich auch die gesellschaftliche Orientierung der Mitglieder stark verändert. Heute würde vor allem Kooperationsfähigkeit von den Gewerkschaften erwartet. Es ginge nicht mehr um grundsätzliche Interessengegensätze, sondern um eine kooperative Aushandlung aktueller betrieblicher Konflikte.

Das Ergebnis dieser Debatten ist gegenwärtig noch offen. Letztendlich geht es dabei um die Frage, ob sich die Gewerkschaften von ihren politischen und gesellschaftlichen Positionen verabschieden und sich nur noch auf ihre betrieblichen Aufgaben konzentrieren sollten.

Wenn die Gewerkschaften aber nicht mehr als eine gesellschaftliche Gegenmacht wahrgenommen werden, dann werden sie auch in den Betrieben wohl kaum eine durchsetzungsfähige Kraft darstellen.

Die Medien verkünden bereits teilweise schadenfreudig, dass den Gewerkschaften die Mitglieder in Scharen davonlaufen. Wie sieht es aber wirklich aus? Natürlich sinken bei ständigem Arbeitsplatzabbau tendenziell auch die Mitgliederzahlen. Die Gewerkschaften haben aber rund sechs Millionen Mitglieder. Es gibt in Deutschland keine einzige auch nur annähernd so starke gesellschaftspolitische Organisation, wenn man von den Kirchen und den Autofahrern einmal absieht, die aber keine einheitliche politische Position vertreten können und wollen.

Allein die IG Metall hat mit weit über zwei Millionen Mitgliedern mehr Mitglieder als alle demokratischen Parteien zusammen! Eine solche gesellschaftspolitische Kraft müssen ihre Gegner natürlich möglichst kleinreden. Das ist verständlich. Viel weniger verständlich ist es aber, wenn auch in den Gewerkschaften teilweise Diskussionen geführt werden, als gebe es bereits so gut wie keine Mitglieder mehr.

Unabhängig davon, ob sich die Gewerkschaften zukünftig weiterhin auf ihre gesellschaftspolitische Funktion oder nur noch auf betriebliche Aufgaben konzentrieren: Ohne ein Bewusstsein ihrer eigenen Stärke und Kraft werden sie in der öffentlichen Meinung wohl keine nennenswerte Rolle mehr spielen.



„Generationenvertrag“

Der sogenannte Generationenvertrag sieht folgendermaßen aus: Die junge Generation erwirtschaftet die Rente für die ältere Generation. Und diese hat sie – als sie noch jung war – wiederum für die noch ältere Generation erwirtschaftet.

Davon hat sie heute selbst aber nichts mehr.

Da stimmt doch irgendwas nicht, oder? Wenn jede Generation ihr ganzes Arbeitsleben lang fleißig die Rentenkassen gefüllt hat, wo ist denn dann das ganze schöne Geld geblieben? Natürlich wäre es theoretisch möglich, dass eine Generation ihre Rente durch Krieg, Weltwirtschaftskrise oder Inflation verloren haben könnte. Das ist aber in der Bundesrepublik Deutschland erfreulicherweise nicht der Fall.

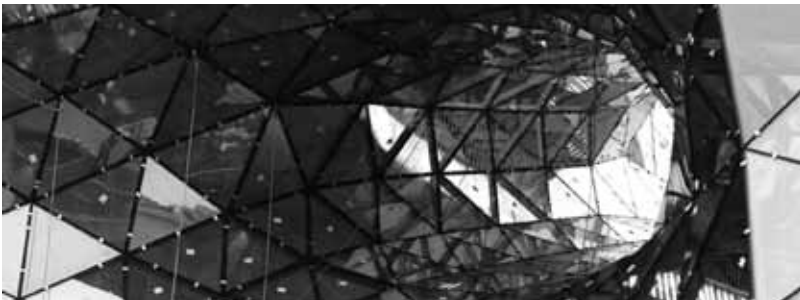
Und überhaupt: Wer hat diesen Vertrag eigentlich mal unterschrieben? Natürlich niemand. Es handelt sich nur um so ein Wort, sonst nichts. Es soll den Generationen weismachen, dass letztlich nur sie selbst aufgrund dieses „Vertrags“ für ihre Alterssicherung verantwortlich sind. Und dieser Vertrag funktioniert heute nicht mehr so richtig. Da kann man halt nichts machen!

Aber warum funktioniert dieser Vertrag heute nicht mehr? Ganz einfach! Die Alten wollen heute immer älter werden. Das heißt, dass sie immer mehr kosten. Und die Jungen wollen alle nicht mehr arbeiten, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. – Alles klar? So verwandelt man Betroffene in Schuldige, die das dann möglicherweise auch noch glauben. Und solange sie das tun, werden sie sich auch weiterhin gegeneinander ausspielen lassen, anstatt gemeinsam die wirklich Schuldigen ausfindig zu machen.

Die ganze Diskussion beruht auf einer auf den ersten Blick logischen, in Wirklichkeit aber völlig falschen Argumentation. Sie beruht auf dem ein-

prägsamen Bild, dass immer mehr Rentner von immer weniger Beschäftigten finanziert werden müssen. Dabei wird bewusst ausgeblendet, dass nicht die Anzahl der Beschäftigten, sondern ihre Produktivität über die Menge der Güter und Werte entscheidet. Deutlich wird dieser Zusammenhang bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Waren noch vor 100 Jahren 80% der Bevölkerung als Landwirte notwendig, um die restlichen 20% mit zu versorgen, reichen heute auf Grund der gestiegenen Leistungsfähigkeit 4% dafür aus. Mit immer weniger Menschen wird also immer mehr produziert. Es kommt letztlich darauf an, ob die produzierten Werte nur privat als Profit an die Eigentümer der Unternehmen oder solidarisch in die Sozialsysteme und damit an alle verteilt werden.

Die Ursache dieser Auflösung unseres „Generationenvertrags“ ist also vor allem in unserem Wirtschaftssystem ausfindig zu machen. Bei steigenden Unternehmensgewinnen werden immer weitere Arbeitsplätze abgebaut, die einmal die Renten finanziert haben. Und gleichzeitig werden die Lohnnebenkosten gesenkt, also der Anteil der Unternehmen an der Finanzierung unseres Sozialsystems, zu dem auch die Rente gehört. Ja, aber warum sagt denn das einem keiner? Ja, warum wohl nicht?



„Gerechtigkeit“

„Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich ... Daher ist der Begriff der sozialen Gerechtigkeit in einer marktwirtschaftlichen Ordnung völlig sinnlos.“

Friedrich August Hayek (1899–1992)
Begründer des Neoliberalismus,
Interview in der „Wirtschaftswoche“ vom 06.03.81

Der ehemalige SPD-Politiker Erhard Eppler hat einmal festgestellt: „Wer in einem Land, in dem ein ehemaliger Vorstandsvorsitzender mit den Zinsen seiner Abfindung ein halbes Dutzend Bundeskanzler besolden könnte, das Thema *Verteilungsgerechtigkeit* für überholt erklärt, muss ein eigentümliches Verhältnis zur Wirklichkeit haben.“

Leider ist nicht ersichtlich, an wen Herr Eppler seine Aussage gerichtet hat. An den politischen Gegner? Oder könnte er seine eigene Partei gemeint haben? Sie hat nämlich in ihrer Regierungszeit Überlegungen angestellt, wie man den Begriff Gerechtigkeit „neu definieren“ könnte. Zwar weiß jedes Schulkind, was Gerechtigkeit bedeutet, unsere Politiker aber offenbar nicht so richtig. Deshalb möchten sie nun eine eigene Bedeutung dieses Begriffs erfinden.

Weshalb? Weil alle Parteien behaupten, auf irgendeine Weise für möglichst mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Anders sind Mehrheiten bei Wahlen nicht zu gewinnen. Leider müssen die Wähler nach der Wahl oft feststellen, dass die gewählte Partei unter Gerechtigkeit etwas ganz anderes versteht, als es alle bisher immer getan haben. Da muss also dringend Klarheit geschaffen werden. Wie wäre es mit folgender Definition: Gerechtigkeit ist, wenn jeder bekommt, was ihm zusteht, nämlich den Reichen viel und den Armen nichts!



Vorsicht - Sozialräuber
Reiche werden reicher
Arme werden ärmer !

Das ist doch wenigstens verständlich! Ob aber die Stimmen der wenigen Reichen genügen würden, um eine Mehrheit für dieses Wahlprogramm zu erzielen, ist mehr als zweifelhaft. Und darum wird es wohl weiterhin bei Wahlversprechen bleiben, die erst nach der Wahl „neu definiert“ werden.

Die von Erhard Eppler angesprochene Verteilungsgerechtigkeit sieht bei uns gegenwärtig folgendermaßen aus: 50% der deutschen Bevölkerung sind an unserem vorhandenen Volksvermögen mit weniger als zwei Prozent beteiligt. Sie haben also praktisch nichts. Und die Tendenz ist nicht etwa ansteigend, sondern weiter sinkend.

Im Gegensatz dazu verdienen einzelne Manager mittlerweile bis zu 60 Millionen im Jahr, und verschiedene Unternehmerfamilien verfügen über zweistellige Milliardenvermögen. Vielleicht sollte man einmal ausrechnen, wieviel hunderttausend Arbeitslosenfamilien sie davon jährlich allein mit ihren Zinsen miternähren könnten.

Wer diesen Zustand noch für vereinbar mit dem Grundgesetz hält, das unser Land als einen „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ bezeichnet, der muss wirklich ein eigentümliches Verhältnis zur Wirklichkeit und einen noch eigentümlicheren Begriff von Gerechtigkeit haben.

„Gleichheit“

„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, so lautete einmal die Parole der bürgerlichen Revolution. Mit der Gleichheit scheint es jedoch schwieriger zu sein als angenommen wurde.



Nach dem bürgerlichen Gesetz sind zwar alle Menschen gleich, aber in der Praxis ist davon wenig zu spüren. Ein französischer Schriftsteller hat einmal festgestellt: *„Unser Gesetz behandelt alle gleich. Es verbietet den Armen wie den Reichen, unter unseren Brücken zu schlafen!“*

Deshalb ist es bis heute eine ungelöste Aufgabe geblieben, diesen Anspruch zu verwirklichen. Auch bei uns hat es einmal eine politische Bewegung gegeben, um die Gleichheit zu verwirklichen. „Gleiche Chancen für alle!“ forderten die damals regierenden Parteien in ihrer Bildungspolitik. Damals besuchten nur rund sechs Prozent der Arbeiterkinder eine Hochschule, obwohl die Arbeiterschaft noch eine Mehrheit in der Bevölkerung darstellte.

Heute hat sich trotz zwischenzeitlicher Erfolge an dieser Zahl nicht viel geändert. Denn mittlerweile ist die öffentliche Meinung umgeschwenkt. Jahrelang malten konservative Politiker das Gespenst einer „sozialistischen Gleichmacherei“ an die Wand, bis Bildung auch in der öffentlichen Meinung wieder als ein Vorrecht für auserwählte ›Eliten begriffen wurde.

Heute hat sich die Meinung durchgesetzt, dass sich „Leistung wieder lohnen muss“. Von Gleichheit ist schon lange keine Rede mehr. Im Gegenteil, selbst die Gerechtigkeit steht auf dem Prüfstand. Gegenwärtig bereiten unsere Politiker die öffentliche Meinung darauf vor, dass der Begriff Gerechtigkeit heute „neu definiert werden“ müsse! Auf das Ergebnis dieser Definitionsbemühungen darf man gespannt sein.

Vielleicht wird Gleichheit nach dieser Gerechtigkeitsdebatte ja zukünftig darin bestehen, dass es Wenigen *gleich gut* und Vielen *gleich schlecht* geht! Allzu abwegig ist diese These jedenfalls nicht, wenn man genau hinhört.

„Globalisierung“

Das hört sich doch richtig rund an, oder? Da denkt man an die Globuskugeln auf dem Schrank des ehemaligen Klassenzimmers, die man ab und zu mal rotieren ließ, um auch entlegene Weltgegenden zu erkunden.

So gemütlich geht es leider nicht zu, wenn heute von Globalisierung die Rede ist. Es ist vielmehr ein künstlich geschaffener Begriff, der die Ausdehnung der Marktwirtschaft auf die ganze Welt bezeichnen soll. Dies wurde erst mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Welthälfte zu Beginn der 90er Jahre möglich.

Einige neoliberalen Ideologen verkündeten damals das „Ende der Geschichte“. Damit wollten sie deutlich machen, dass die Zeit der Auseinandersetzung zwischen den Systemen beendet ist und nun das Paradies auf Erden verwirklicht werden kann. Daraus ist nicht viel geworden, wie wir heute bereits wissen.



Mit Hilfe teilweise massiver Einflussnahme durch den Internationalen Währungsfond (IWF) wurden Länder der ehemaligen Dritten Welt und der nun zugänglichen Ostblockländer mehr oder weniger gezwungen, ihre Wirtschaft den Regeln der Marktwirtschaft anzupassen. Anders waren Fördermittel des IWF nämlich nicht zu bekommen. Einige Länder, wie zum Beispiel Argentinien, sind durch diese Einflussnahme finanziell ruiniert worden. Insbesondere in Südamerika wächst deshalb ein zunehmender Widerstand gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik.

Einige ehemalige Ostblockländer machten sich selbst daran, ihre Vorstellung einer „freien Marktwirtschaft“ zu verwirklichen. Insbesondere in Russland begann eine mehrjährige Zeit, in der sich einzelne Personen einen geradezu unermesslichen Reichtum zusammenrafften. Und auch in Deutschland wurde die ehemalige DDR „privatisiert“. Das heißt, dass das ganze Land mit seinem Volksvermögen (Immobilien, Firmen, Liegenschaften usw.) an Reiche – meist aus dem Westen – verkauft wurde. Und da auf diesem Wege von dem ehemaligen Volksvermögen nichts mehr übrig geblieben ist, muss der deutsche Steuerzahler nun den „Aufbau Ost“ bezahlen.

Globalisierung heißt also richtig: „Weltweite Durchsetzung der Marktwirtschaft“. Damit werden nationale Wege einer eigenständigen Wirtschaftsform weitgehend verhindert und manche Nationen in den Ruin oder in neue Abhängigkeiten gezwungen. Ökonomen haben für diesen Vorgang ein Fachwort, nämlich „Imperialismus“. Das hört sich zwar nicht so gemütlich an, trifft aber den gegenwärtigen Zustand richtiger. Ein Paradies auf Erden ist das jedenfalls nicht.

„Humanität“

Es ist eine Grundanforderung an jede Gesellschaft, dass sie sich an humanen, also an menschlichen Regeln orientiert. Sogar die alten Sklavenhaltergesellschaften haben schon Regeln aufgestellt, nach denen die versklavten Menschen zu behandeln waren, um sie arbeitsfähig zu erhalten.

Heute ist natürlich die Humanität viel weiter entwickelt. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in unserem Grundgesetz. Damit sind alle Menschen gemeint, auch die Armen, die Kranken, die Behinderten, die Alten usw.

Deshalb ist es ein unfassbarer Verstoß gegen unser Grundgesetz, wenn heute ein angehender Jungpolitiker alten Menschen das Recht abspricht, menschlich behandelt zu werden. Sie sollen nach seiner Meinung keine notwendige Hüftgelenksoperation mehr bekommen, weil das nur unnötig Geld kostet. Die Jugend könne dieses Geld viel besser gebrauchen, meint er wohl.

Die Alten haben aber in der Regel ihr Leben lang gearbeitet und somit auch ein Leben lang fleißig Steuern bezahlt, z. B. auch zur Finanzierung ihrer Altersversorgung und für die Schulbildung der Jugend. Das kann man von den Jungen noch nicht behaupten, sie haben bisher meist nur Geld gekostet.

Dieses Geld könnte doch viel besser angelegt werden, oder? Weshalb sollte eine Gesellschaft Jugendliche großziehen, die möglicherweise aufgrund fehlender Arbeitsplätze auch noch als Erwachsene nur unser sauer verdientes Geld kosten? Wäre es da nicht viel sinnvoller, diese Jugendlichen einfach ihrem Schicksal auf der Straße zu überlassen, wie es in vielen Ländern der so genannten dritten Welt tatsächlich der Fall ist? Unsere Medien rüsten bereits zu einem „Krieg der Generationen“. Dann wird es auch bald wieder soweit sein, dass unsere Gesellschaft über „unwertes Leben“ diskutiert, wie es im Nationalsozialismus der Fall war.



Ein humane, menschliche Gesellschaft muss also auch heute immer wieder neu erkämpft werden, z. B. gegen Wirtschaftsideologen, die Menschen nur dann als Menschen gelten lassen, solange sie „etwas leisten“. Soviel Humanität gab es bereits in den Sklavenhaltergesellschaften!

„Individualisierung“

Soziologen haben festgestellt, dass sich unsere Gesellschaft immer weiter individualisiert. Das heißt, dass immer mehr Menschen allein leben und sich von bestehenden Organisationen – Kirchen, Parteien, Verbänden usw. – verabschieden. Das Reich der individuellen Freiheit wird also immer größer.

Na schön, wird mancher sagen, wenn jeder für sich selbst sorgt, ist doch für alle gesorgt! Schön wärs, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Mit der zunehmenden Auflösung der Zusammengehörigkeit verschwinden auch die gemeinsamen sozialen Werte, die unser Land einmal zusammengehalten haben. Was übrig bleibt, ist der pure Eigennutz – auf Kosten anderer.

In den Blütezeiten der neoliberalen „Freiheits“-Ideologen fuhren in deutschen Großstädten schwarze Edellimosinen herum mit dem Aufkleber: „Eure Armut kotzt mich an!“ Schade eigentlich, dass diese wirklich ehrliche Aussage mittlerweile aus dem Straßenbild verschwunden ist. Soviel individualistische Ehrlichkeit könnten wir heute gut gebrauchen.

Die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik der letzten Jahre hat nämlich mittlerweile bald die letzten Reste unseres sozialen Gemeinwesens an private Unternehmen verscherbelt und damit den einzelnen



Bürger gezwungen, individuell „mehr Eigenverantwortung zu tragen“. Bildung, Gesundheit, Energie- und Altersversorgung usw. sind nur noch denjenigen ohne Einschränkung möglich, die es bezahlen können. Und wer da nicht mehr mithalten kann, der sollte wissen, was die anderen von ihm halten.

Vielleicht könnte das wenigstens dazu führen, dass die Verlierer in unserem Reich der Freiheit endlich wieder solidarisch zueinander finden und gemeinsam ihre Interessen vertreten. Sie sind nämlich keine individuellen Einzelpersonen, sondern mittlerweile zu einem unübersehbaren Millionenheer angewachsen. Der Armutsbericht der Bundesregierung weist aus, dass rund ein Viertel unserer Bevölkerung als arm zu bezeichnen ist, und der größte Teil des Restes hat auch nicht viel mehr. Von soviel Armut möchten wohl auch die Besitzer schwarzer Edellimousinen heute nicht mehr „angekotzt“ werden. Verständlich also, wenn sie ihren Aufkleber heute nicht mehr öffentlich spazierenfahren ...

Solange aber die Individualisierten in immer größerer Zahl zuhause bleiben, wenn es darum geht, eine andere Politik zu wählen, wird sich wohl auch nicht viel ändern. Die Reichen sind zwar in der Minderheit, aber offenbar nicht nur reicher, sondern auch klüger. Ihre gemeinsamen Interessen vertreten sie jedenfalls gut organisiert und deshalb äußerst erfolgreich gegen den ganzen Rest der individualisierten Bevölkerung!

„Innovation“

Innovation klingt sympathisch. Innovationen sind meist technische Neuerungen, Erfindungen, die die Produktion revolutionieren. Von der Dampfmaschine bis zum Ottomotor, vom Telefon bis zum PC finden wir in der Technikgeschichte unzählige Innovationen.

Zur Durchsetzung einer Innovation muss oft die Produktionsweise verändert werden. Kurz: technische Erfindungen sind keine anonymen Mächte, sondern die Gesellschaft entscheidet, welche Innovation in welchem Maße sie akzeptiert und welche sie verwirft. So sollte es eigentlich sein, aber meist entscheiden allein die Kapitalbesitzer!

Aber auch die Innovation für sich betrachtet wirft Probleme auf. Allgemein gesagt: Die meisten Innovationen zielen nur auf Marktanteile, die es zu erobern gilt. Wenn Medikamente nicht bezahlt werden können, werden sie auch nicht „entdeckt“. Damit ist die Nachfrage der sogenannten Dritten Welt gemeint, aber auch die Nachfrage von Minderheiten in unserer Gesellschaft. Statt also etwas Neues zu entwickeln, verdoppeln viele Innovationen nur den bestehenden Warenbestand durch gleichartige Produkte mit anderen Namen.

Oft löst auch eine technische Erfindung zwar ein Problem, aber als Nebenwirkung tritt ein neues auf, das wiederum durch eine weitere technische Innovation behoben werden muss, wodurch leider andere Nebenwirkungen entstehen usw. Durch den Druck der Konkurrenz ist es kaum möglich, diese Kette zu unterbrechen.

Immer wieder berichten Fachzeitschriften von Innovationen, die jahrelang verschleppt wurden, weil sie den regelmäßigen Profit gestört hätten, etwa den FCKW-freien Kühlschrank oder das Entwickeln von Motoren, die weniger verbrauchen oder die mit Wasserstoff fahren können.



Innovationen müssen deshalb immer daraufhin überprüft werden, welchen Gewinn sie für die Gesellschaft erbringen und nicht nur für Kapitalbesitzer.

„Leistungsträger“

Leistung muss sich wieder lohnen! So lautete der Slogan, mit dem eine unserer großen „Volksparteien“ die Bevölkerung davon überzeugen wollte, dass Reiche – also unsere „Leistungsträger“ – kaum noch Steuern bezahlen sollten, weil sich ja sonst ihre Leistung nicht mehr lohnt.

Da drängt sich natürlich die Frage auf, welche Leistung die Reichen eigentlich für ihren Reichtum erbringen. Sicher haben sie irgendwas geleistet, sonst wären sie nicht reich. Viele haben sich zum Beispiel einen Wohn- oder Firmensitz in einem Steuerparadies geleistet, damit sich ihre Leistung auch wirklich lohnt. Andere sind zwar hiergeblieben, aber sie haben die Politiker davon überzeugt, dass sie leider keine Arbeitsplätze schaffen können, wenn sie Steuern bezahlen sollen. Eins geht nur, das muss man doch einsehen.

Die Firma Siemens beispielsweise hat jahrelang so gut wie gar keine Steuern mehr abgeführt. Offenbar brauchte sie das Geld dringend als Schmiermittel in ihren zahlreichen Korruptionsaffären, die heute bekannt geworden sind. Und als Gegenleistung für die eingesparten Steuern hat die Firma in der gleichen Zeit tausende von Arbeitsplätzen abgebaut. Diese Leistung hat sich also wirklich gelohnt!

Andere Firmen wie Nokia haben die ehrlich gezahlten Steuergelder des Restes unserer Bevölkerung geschenkt bekommen, damit sie bei uns Arbeitsplätze schaffen. Das haben sie auch getan, bis die Steuergelder aufgebraucht waren. Wenige Tage später haben sie ein anderes Land gefunden, dessen Steuergelder sie sich einverleiben können. Da kann man halt nichts machen, haben mittlerweile die Gerichte den empörten Bürgern bescheinigt.

Auch in den Banken sind hochkarätige Leistungsträger tätig. Sie haben das von den Arbeitnehmern mühsam erwirtschaftete Volksvermögen in windige Aktiengeschäfte gesteckt, um damit noch mehr Kapital zu erwirtschaften. Diese Leistung hat sich leider nicht gelohnt, wie wir

heute wissen. Die erworbenen Aktienoptionen haben nur noch Altpapierwert, und so sind mehrere Milliarden Euro verspielt worden. Für den Schaden dürfen nun die Steuerzahler aufkommen, und zu denen gehören bekanntlich nur die Nichtreichen.

Aufgrund dieser Leistungen unserer Leistungsträger werden die Reichen immer reicher und der Rest der Bevölkerung immer ärmer. Darum soll auch unser Sozialsystem abgebaut werden. Denn wenn die Reichen keine Steuern mehr zu bezahlen *brauchen* und die Armen keine Steuern mehr bezahlen *können* – ja, wo soll denn da das Geld für ein funktionierendes Sozialsystem herkommen?



„Lohnnebenkosten“

Nicht nur Unternehmer fordern heute eine Senkung der Lohnnebenkosten, sondern auch manche Beschäftigte. Offenbar sind sie der Meinung, dass damit ihre Löhne – also ihre Existenzgrundlagen – besser gesichert werden. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Dazu muß man sich den Begriff genauer anschauen.

Lohnnebenkosten sind der Finanzierungsanteil der Unternehmen an der sozialen Sicherung der Beschäftigten, also an ihrer Renten-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung. Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht handelt es sich hier also um Kosten für das Unternehmen. Aus gesellschaftlicher Sicht sind diese Kosten aber der Anteil der Unternehmen am Sozialsystem. Wer diesen Anteil senken will, will erreichen, dass die Arbeitnehmer ihre soziale Sicherung bei Krankheit und im Alter weitgehend oder völlig selbst bezahlen.

Die gegenwärtige Politik setzt diesen Sozialabbau bereits seit Jahren praktisch um. Durch den Abbau der Leistungen im Gesundheitswesen, bei der Arbeitslosenunterstützung und bei der Rentenfinanzierung werden für die Unternehmen die Lohnnebenkosten gesenkt. Und für die Beschäftigten wird ihre soziale Sicherung immer teurer. Schon heute können sich viele Familien im Krankheitsfalle nur noch die allernötigste Grundversorgung leisten.

Senkung der Lohnnebenkosten muss also richtig heißen: Umverteilung unseres Volksvermögens in private Unternehmertaschen durch Abbau unseres Sozialsystems. Wer so etwas fordern würde, könnte aber sicher nicht mit öffentlichem Beifall rechnen. Also muss man diese Forderung eben so benennen, dass sie kaum jemand richtig versteht. Dann geht's!

Die Auswirkungen dieser Umverteilung nehmen heute bereits dramatische Auswüchse an, die aber auch kaum jemand richtig begreift. Während die Unternehmereinkommen seit rund zwanzig Jahren ständig steigen und verschiedene Unternehmerfamilien Privatvermögen von

mehreren Milliarden Euro angehäuft haben, sind mehrere Millionen Arbeitnehmer-Haushalte überschuldet, sie werden also bis an ihr Lebensende von diesem Schuldenberg nicht mehr herunter kommen können. Schöne neue Welt! Leider nur für ein paar Wenige.



„Marktgesetze“

Unsere Gesellschaft wird zunehmend nicht mehr von Politikern, sondern von Marktgesetzen regiert. Zumindestens weisen unsere Politiker immer wieder darauf hin, dass es zu den Marktgesetzen „keine Alternative“ gibt. Da fragt sich bereits mancher, wozu wir sie eigentlich brauchen – nicht die Marktgesetze, sondern die Politiker.

Aber was sind eigentlich diese geheimnisvollen Marktgesetze? Ganz einfach, wer einen Marktplatz kennt, kennt auch die Marktgesetze. Dort bieten viele Händler ihre Waren an, und wer zu teuer ist, bei dem wird nicht gekauft. Deshalb müsste eigentlich alles immer relativ billig bleiben, denn wer am billigsten verkauft, verkauft am meisten und die anderen nichts.

Genauso einfach sind die Marktgesetze auf der Seite der Käufer. Wenn viele Käufer über viel Geld verfügen, können sie entsprechend viel kaufen, wenn sie wenig Geld haben, können sie entsprechend wenig kaufen. Leider ist von diesen „Gesetzen“ nicht mehr das geringste zu bemerken. Alles wird immer teurer und die Käufer werden gleichzeitig immer ärmer. Irgendetwas stimmt also nicht an diesen Marktgesetzen.



Das ist auch nicht erstaunlich, denn das ganze Bild stimmt nicht. Unsere Wirtschaft funktioniert keineswegs wie ein Gemüsemarkt. Im Laufe der Konzentrationsprozesse der letzten Jahrzehnte sind so gut wie alle kleineren Händler und Gewerbetreibende von immer weniger Großen „wegkonkurriert“ worden. Am besten lässt sich das am ehemaligen Einzelhandel verfolgen, der mittlerweile nur noch von wenigen Großkonzernen beherrscht wird.

Diese Konzentrationsprozesse haben sich in allen Wirtschaftsbereichen durchgesetzt. In der Energiewirtschaft spricht man bereits von „Kartellen“, die den Markt beherrschen und die Preise willkürlich miteinander abstimmen können. Das wird von ihnen natürlich bestritten, aber der Kunde weiß es besser. Auch die Benzinpreise werden auf geheimnisvolle Weise an jedem Urlaubsanfang immer teurer, obwohl natürlich von Preisabsprachen keine Rede sein kann und darf. Absprachen sind auch gar nicht nötig, wenn sich die Ölkonzerne auch wortlos einig sind!

Seit der Globalisierung wird nun die ganze Welt diesen gar nicht mehr funktionierenden sogenannten „Marktgesetzen“ unterworfen. Immer größere Konzerne beherrschen weltweite Märkte, auf denen von einem halbwegs ausgewogenen Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage keine Rede mehr sein kann. Wenn deutsche Käufer nicht mehr genug Geld haben, die Waren deutscher Konzerne zu bezahlen, dann werden sie eben im Ausland verkauft. Und deshalb waren wir in den letzten Jahren Exportweltmeister!

„Mehrwertsteuer“

Die Konsumenten haben sich mittlerweile an diesen kleinen Zuschlag auf ihren Rechnungen gewöhnt. Ärgerlich ist nur, dass dieser kleine Zuschlag im Laufe der Zeit immer höher wird. Etwas anderes ist aber eigentlich noch sehr viel ärgerlicher. Das muss man aber erst herausfinden.

Bekanntlich produzieren die Wirtschaftsunternehmen aufgrund der Arbeit ihrer Mitarbeiter einen Mehrwert, aus dem sie dann ihren Gewinn schöpfen. Wenn dem nicht so wäre, gäbe es für keinen Kapitalbesitzer einen vernünftigen Grund, sein schönes Kapital in eine hässliche Fabrik zu stecken, anstatt es in Saus und Braus zu verjubeln.

Wie dieser Mehrwert genau entsteht, darüber gibt es komplizierte Theorien. Soviel ist aber sicher: Ein fertiges Auto z. B. ist mehr wert als die Summe seiner Teile, sonst könnte es keinen Gewinn abwerfen. Außer diesen Teilen ist dem Produkt aber nur noch eines hinzugefügt worden, nämlich die Arbeitskraft der Beschäftigten. Die sind dafür entlohnt worden, und ihr Lohn ist im Preis des Produkts bereits enthalten.

Das Produkt muss aber trotzdem noch mehr Wert enthalten als die Summe seiner Teile und der aufgewendete Arbeitslohn, denn sonst könnte ja immer noch kein Gewinn dabei herauspringen. Dieser recht geheimnisvolle Mehrwert kann also nur entstanden sein, wenn die Beschäftigten noch mehr Wert produziert haben, als ihnen durch den Lohn vergütet wurde.

Und so ist es in der Tat. Um das allerdings genau zu belegen, müssen komplizierte Berechnungen angestellt werden, die in dieser kurzen Form nicht möglich sind. Wir können uns an dieser Stelle damit begnügen, erfreut festzustellen, dass es bisher noch keinem Wirtschaftstheoretiker trotz aller ernsthaften Bemühungen gelungen ist, das Gegenteil zu beweisen.

Die Regierungen der großen Industrienationen haben sich also vor Jahren einmal dazu durchgerungen, diesen zwar schwer ausfindig zu machenden, aber trotzdem augenscheinlich vorhandenen Mehrwert mit einer Steuer für die Unternehmen zu belegen, da er ja bekanntlich die Quelle allen Reichtums ist. Der Begriff Mehrwertsteuer ist also kein ideologischer Begriff, sondern er beschreibt erfreulich klar genau das, was er meint.

Die Unternehmen haben jedoch für dieses Problem, dass sie nun eine Mehrwertsteuer bezahlen sollen, eine verblüffend einfache Lösung gefunden: Sie setzen seitdem diese Steuer schlicht und einfach auf die Rechnung! Das tun sie zwar mit ihren anderen Steuern letztendlich auch, aber hier weisen sie die Käufer ausdrücklich darauf hin. Und so kommt es, dass heute die Verbraucher – also wir alle – auch noch die Mehrwertsteuer für die Unternehmen bezahlen ...

Aber warum schreitet denn da der Gesetzgeber nicht ein, wird sich jetzt mancher fragen. Ja, warum eigentlich nicht? Ganz einfach: Dem Staat kann es letztlich egal sein, wer diese Steuer bezahlt, wichtig ist nur, dass sie bezahlt wird. Und solange das alle Beteiligten widerspruchslos mit sich anstellen lassen, ist doch alles in Ordnung, oder?

Natürlich kann sich der Einzelne gegen diesen unfassbaren Zustand allein nicht zur Wehr setzen. Das hätte lediglich zur Folge, dass ihm die Produkte dann eben nicht verkauft würden. Gegenwehr ist nur politisch möglich, indem zum Beispiel Steuern nur an der Quelle abgeschöpft und nicht auf Andere übertragen werden dürfen, wie es hier der Fall ist. Aber politische Lösungen werden erst dann sichtbar, wenn sich eine Bevölkerungsmehrheit endlich für ihre eigenen Interessen einsetzt.

„Mitte“

Unsere großen so genannten Volksparteien erheben den Anspruch, die „Mitte“ unserer Bevölkerung zu vertreten. Das hört sich auf den ersten Blick ganz einsichtig an, denn Parteien, die sich selbst zu „Volksparteien“ ernannt haben, können ja keine extremen Außenseiterpositionen vertreten, wenn sie mehrheitlich gewählt werden wollen.

Andererseits müssen mit diesem Begriff bestimmte Wählerschichten angesprochen werden, denn sie sollen ja für die nötige Stimmenmehrheit sorgen. Wer oder was ist das also, diese „Mitte“? Zunächst ist da an die sogenannte Mittelschicht zu denken. Es ist derjenige Teil der Bevölkerung, der sich zwischen den Reichen und den Armen befindet. Die Zugehörigkeit zu dieser Schicht wird statistisch an einem mittleren Einkommen gerechnet, hinzu kommen noch Gruppen, die zwar darunter liegen können, aber aufgrund ihres Bildungsstands oder ihres gesellschaftlichen Status dazu zählen.

Nun zeigt sich aber, dass diese traditionelle „Mittelschicht“ so gar nicht mehr auszumachen ist und auch nicht über eine gemeinsame politische Orientierung verfügt, wie es in der Vergangenheit teilweise einmal der Fall war. In der Soziologie wird diese Entwicklung als ein zunehmendes Auseinanderdriften unterschiedlicher „Milieus“ beschrieben. Es äußert sich zum Beispiel in der wachsenden Ablösung von gesellschaftlichen Großinstitutionen wie Kirchen, Parteien und Verbänden und in der zunehmenden Individualisierung der persönlichen Lebensgestaltung, der Werte und Normen. Auch ökonomisch befindet sich die ehemalige Mittelschicht in einem Prozess der Auflösung, zum Beispiel durch das Absinken aus der Selbständigkeit ehemaliger kleiner Handwerks- und Gewerbebetriebe in abhängige Beschäftigungsverhältnisse oder gar in die Arbeitslosigkeit.

Der Begriff „Mitte“ bezeichnet also immer weniger eine bestimmte, ehemals recht große Gruppe. Zählt ein Industriearbeiter heute vielleicht deshalb zur Mitte, weil er einen Arbeitsplatz hat, während Millionen anderer

das Heer der Arbeitslosen ausmachen, die nicht zur Mitte gezählt werden? Oder fängt die Mitte erst bei den höheren Angestellten an? Eine bestimmte Wählerschicht ist mit dieser Mitte also nicht ausfindig zu machen.

Wie kommt es dann, dass die selbsternannten Volksparteien diese geheimnisvolle „Mitte“ immer dringender beschwören? Mit der realen gesellschaftlichen Situation der Bevölkerung hat das offenbar wenig oder nichts zu tun, es muss andere Gründe haben. „Mitte“ hört sich zunächst einmal ein wenig heimelig und gemütlich an. Wer möchte nicht dazu gehören, mittendrin möglichst? Je schärfer die Gesellschaft in Arm und Reich gespalten wird, umso mehr sehnen sich viele nach einer wie auch immer gearteten „Mitte“. Und wenn eine Partei verspricht, diese Mitte zu vertreten, dann gehört man gern dazu. Nach der Wahl wird man meist eines Besseren belehrt, aber ändern kann man es nicht mehr.

Ein weiterer Grund für das Beschwören der „Mitte“ ist das Bestreben der selbst ernannten Volksparteien, andere Parteien ins Abseits zu drängen. Wer Mitte sagt, meint die „Mehrheit“. Und wer möchte schon gern zu Minderheiten gehören? Minderheiten haftet ein Verlierer-Image an, ein Außenseiterdasein. Mehr noch: Politisch wird eine Außenseiterposition schnell und gern als „Extremismus“ gebrandmarkt. Dort versammeln sich die Utopisten oder Ewiggestrigen, die die Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen wollen, kurz – die Spinner.

„Mitte“ ist also ein wahltaktisch raffiniert ausgeklügelter Begriff, um den Wählern zu suggerieren, nur im Schoß der Mehrheit sicher vor extremen Veränderungen sein zu können. Er bietet so etwas wie eine „Heimat“ an. Alle anderen politischen Positionen werden damit ausgegrenzt und ins gesellschaftliche Abseits geschoben. „Die Mitte“ ist ein zentraler Begriff der politischen Indoktrination und Ideologie gegen notwendige gesellschaftliche Veränderungen.

„Neoliberalismus“

„Neo“ heißt neu, „liber“ heißt frei. Das Wort bedeutet also so etwas ähnliches wie „Neue Freiheit“. Liberal ist jemand, der alle Anderen nach ihren eigenen Wünschen leben lässt und ihnen nichts aufzwingen will. Neoliberalismus ist also etwas sehr Erstrebenswertes, oder?

Leider bedeutet dieser Begriff aber etwas ganz anderes. Es ist einer der zentralen Kampfbegriffe der modernen Wirtschafts-Ideologen, mit deren Hilfe sie unsere gesellschaftliche Wirklichkeit unkenntlich machen wollen. Um das herauszufinden, muss man sich diesen Begriff genauer ansehen.

Wie jeder weiß, leben wir in der sogenannten Freien Marktwirtschaft. Das ist natürlich auch ein ideologischer Begriff. Unsere Wirtschaft ist schließlich die Lebensgrundlage der gesamten Bevölkerung. Wer sie für frei erklärt, will damit erreichen, dass unsere Gesellschaft keine Rechte an ihr hat, sondern dass nur die Kapitalbesitzer in der Wirtschaft allein bestimmen. Die sind dann frei in ihren Entscheidungen und müssen auf die arbeitende Bevölkerung keine Rücksicht nehmen. Und so ist es heute weitgehend auch.

Deshalb ist es das Ziel jeder demokratischen Gesellschaft, demokratische Gesetze auch in der Wirtschaft durchzusetzen, zum Beispiel durch Betriebsverfassungs- und Arbeitsschutzgesetze. Es hat sich nämlich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Menschen sonst unter unmenschlichen Bedingungen ihr tägliches Brot in der Wirtschaft verdienen müssen.

Diese Arbeitnehmer-Schutzgesetze sollen nach dem Willen der Kapitalbesitzer wieder abgebaut werden. Ihr Argument lautet, dass durch diese Gesetze ihre eigene Freiheit eingeschränkt würde. So muss es in einer demokratischen Gesellschaft auch sein, damit nicht nur einige Reiche von unserem Wirtschaftssystem profitieren!



Damit die Masse der Bevölkerung diese Forderung der Wirtschafts-ideologen möglichst *nicht* richtig begreift, wird sie hinter dem Begriff des „Neoliberalismus“ versteckt. Unsere Wirtschaft soll „dereguliert“, also von den in der Vergangenheit mühsam durchgesetzten demokratischen Regeln wieder befreit werden (›Deregulierung).

Wem das nicht gefallen sollte, der hat schließlich die Freiheit, sein tägliches Brot auf der Straße zu erbetteln. Die Wirtschaftsführer würden ihn gern dazu „freisetzen“! Deshalb soll nach ihrem Willen auch der Kündigungsschutz abgebaut werden.

So sieht also die Neue Freiheit des Neoliberalismus in Wirklichkeit aus. Leider gibt es Politiker, die dieses Falschspiel mitspielen und die Wähler mit ideologischen Begriffen noch weiter verwirren. Die nennen diese Politik dann ›„Reform“ anstatt Sozialabbau, wie sie wirklich heißen müsste!

„Öffentlichkeit“

Unter dem Begriff der Öffentlichkeit versteht man die jeweils vorherrschende öffentliche Meinung. „Öffentlich“ ist die eigentlich nicht, denn nicht jeder kann an dieser öffentlichen Meinung aktiv teilnehmen. Genau genommen sind an dieser Öffentlichkeit sogar nur sehr wenige beteiligt, nämlich Journalisten, Fernsehmoderatoren, Sänger und Schauspieler, Bildreporter, Manager und nicht zuletzt natürlich unsere Politiker.

Diese Wenigen bilden eine Welt für sich, denn mit dem Alltag der Bevölkerung hat das oft wenig oder gar nichts zu tun. Es ist die Welt der Mächtigen und ihres Hofgesindes, der Reichen und der Schönen, der Werbung und Unterhaltungsindustrie. Daran muss nichts Schlimmes sein. Warum soll es in einer wohlhabenden Gesellschaft nicht auch diese Welt geben?

Problematisch wird es aber, wenn immer mehr Menschen diese Welt mit ihrer eigenen verwechseln. So kennen viele die Unterhaltungskünstler, Showmaster und Moderatoren aus dem Fernsehen besser als ihre eigenen Nachbarn. Zumindestens glauben sie das. Dann ist es verständlich, wenn sie deren Meinungen oft irgendwann für ihre eigenen halten.



Was wir „Öffentlichkeit“ nennen, ist also bei genauerer Betrachtung eine Medienöffentlichkeit, an der wir nur als Zuschauer und nicht als Mitwirkende teilnehmen. Und diese Öffentlichkeit wird von Menschen bevölkert und beherrscht, die ein völlig anderes Leben als die Durchschnittsbürger führen, weil sie meist auch über völlig andere finanzielle Mittel verfügen. Genauer gesagt sind es oft mehrfache Millionäre.

Vom normalen Alltagsleben der Bevölkerung sieht und hört man in der Medienöffentlichkeit fast so gut wie nichts. Höchstens dann, wenn der normale Alltag mal wieder durch einen Kriminalfall oder sonstige aufregende Vorkommnisse kurzfristig durchbrochen worden ist. Dann wird in Sendungen wie „Explosiv“ und anderen eine Sensation daraus gemacht, die wenige Tage später von einer anderen abgelöst wird und erneut kurzfristig die Gemüter erhitzt.

Von einer solchen Öffentlichkeit kann man keine wirkliche Information und Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge erwarten. Das hat zum Ergebnis, dass viele Menschen von politischen und wirtschaftlichen Prozessen und Vorgängen kaum noch etwas richtig verstehen. Dann ist es auch verständlich, dass es sie nicht interessiert und dass sie sich damit begnügen, allabendlich ein wenig unterhalten zu werden. Für eine Demokratie ist das aber kein wünschenswerter Zustand.

„Privatisierung“

Privatisierung ist ein politisches Programm, dem vor etwa zwei Jahrzehnten noch heftiger Widerstand durch Teile der Bevölkerung entgegengesetzt wurde, z. B. bei der Privatisierung des Rundfunks. Viele befürchteten damals eine zunehmende Verflachung der Programme und eine Verdummung der Bevölkerung.

Und heute? Immer weitere Bereiche der ehemaligen staatlichen Dienstleistungen werden privatisiert, wie z. B. die Post, die Bahn, die Energieversorgung usw. Seit der Privatisierung der ehemaligen DDR ist diese Politik heute endgültig zu einem scheinbar ganz normalen Vorgang geworden. Widerstand ist nur noch bei den Betroffenen zu erkennen, wenn plötzlich tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden.

Privatisierung heißt, dass sich der Staat aus seinen Dienstleistungen an die Bürger zurückzieht und sie der privaten Wirtschaft überläßt. Die Wirtschaft bietet aber nur solche Dienstleistungen an, mit denen sich Gewinne erwirtschaften lassen. Alle anderen Leistungen werden reduziert oder gänzlich eingestellt. Dienstleistungen bekommt dann nur noch derjenige, der sie sich leisten kann.

Privatisierung ist also ein politisches Programm zum Abbau unseres Sozialstaats. So etwas nennt man eine Revolution von oben, also eine Revolution der Mächtigen. Unser Grundgesetz legt nämlich fest, dass unser Staat ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist.

Zur Absicherung dieses Verfassungsgrundsatzes fordert die IG Metall in ihrer Satzung eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft. Die gegenwärtige Politik betreibt dagegen einen Ausverkauf unseres Sozialstaats an die Wirtschaft. Widerstand gegen diese Entwicklung ist heute noch viel dringender nötig als vor zwanzig Jahren.

„Proletariat“

Wir kennen das Wort Proletariat heute kaum noch, aber viele benutzen das Schimpfwort „Prolet“, wenn auch häufig nur scherzhaft. Ein Prolet benimmt sich „nicht richtig“, hat keine „feinen Manieren“, ist grob und direkt. Soziologen denken beim Begriff Proletariat an Unterschichten, weil deren Verhalten nicht „bürgerlich“ ist. Während bürgerliches Verhalten gerne von sich selbst glaubt, es sei individuell, ist proletarisches Verhalten eher das Verhalten einer Gruppe, also sozial.

Der Begriff Proletariat ist nicht neu. Im antiken Rom waren „Proletarier“ Menschen, die nichts anderes besaßen als ihre Kinder. Anders gesagt: das Proletariat ist einkommenslos und muss arbeiten, um zu leben, in Rom als Sklave, später als Leibeigener und heute als Fabrikarbeiter.

Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hat dann formuliert: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Damit wird zweierlei ausgedrückt: Die Macht des Proletariats ist keine andere als seine Vereinigung, sein kollektives Handeln. Und: Diese Vereinigung darf nicht ihre Grenze im Nationalstaat finden, damit nicht die Arbeiterbewegungen der einzelnen Nationen gegeneinander ausgespielt werden können. Dies gilt bis heute, sei es für Kriege im üblichen Sinne, sei es für Kriege um Standorte.

Der Begriff Proletariat ist heute ungebräuchlich. Man spricht von verschiedenen sozialen Milieus, von Schichten innerhalb der Gesellschaft. Vor allem ist das Proletariat heute in zwei gegensätzliche Teile gespalten: Auf der einen Seite die hochqualifizierten Facharbeiter, deren Lebensstil sich mit dem des Kleinbürgertums vermischt, auf der anderen Seite die „Unterschicht“, die zunehmend aus der Gesellschaft ausgeschlossen wird. In dieser Unterschicht finden wir Sozialhilfe-Abhängige, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Immigranten, ethnische Gruppen. Ob und wie diese Spaltung aufgehoben werden könnte, bleibt fraglich. Sie ist aber zweifellos eine politische Schwächung der modernen Arbeiterschaft.

Die so genannte „Diktatur des Proletariats“

Was Marx mit dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ vorschwebte, war die Vision, dass unter sozialistischen Bedingungen die arbeitenden Menschen selbst darüber bestimmten sollten, was mit welchen Methoden produziert und wie das Sozialprodukt verteilt werden sollte. Sie sollten – im Unterschied zum Kapitalismus – selbst die Verfügung über die Produktionsmittel haben. Das Wort „Diktatur“ leitet sich aus dem lateinischen „dicere“ ab, und das heißt wörtlich übersetzt „sagen“. Es hatte damals nicht die Bedeutung wie in unserem heutigen Sprachgebrauch, nämlich die von brutaler Unterdrückung. Das Proletariat, das heißt die arbeitenden Menschen, sollten vielmehr „das Sagen“ haben.

„Reform“

Dies ist wohl das meistgebrauchte ideologische Schlagwort des › Neoliberalismus. Unter einer Reform stellt man sich ja normalerweise eine Verbesserung von etwas vor. Und genau das soll der Bevölkerung auch mit dem Schlagwort der „Reformpolitik“ erklärt werden. Das gelingt natürlich nur, wenn man vorher festgestellt hat, dass das, was man scheinbar reformieren muss, irgendwie nicht mehr richtig funktioniert. Und das soll bei uns der Sozialstaat sein.

Unsere sozialstaatlichen Errungenschaften sind insbesondere die Systeme der Absicherung vor einem Absinken in die Armut bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter. Ein demokratisches Gemeinwesen hat die Aufgabe, seinen Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Deshalb ist die Sozialstaatlichkeit eine unverzichtbare Bedingung jeder Demokratie.

Ein Abbau des Sozialstaats ist in einer Demokratie überhaupt nur dann denkbar, wenn die Gesellschaft insgesamt verarmt ist und somit keine Mittel zur Finanzierung der sozialen Leistungen mehr hat. Das ist bei uns aber nicht der Fall. Ganz im Gegenteil, das gesamte Volksvermögen Deutschlands ist in den vergangenen Jahren immer weiter angestiegen und steigt auch zukünftig immer weiter, denn in den letzten Jahren waren wir sogar Weltmeister im Export von Waren in andere Länder.

Von der Notwendigkeit einer Reform unseres Sozialstaats kann also überhaupt keine Rede sein. Was bereits gut funktioniert hat, als wir noch nicht Exportweltmeister waren, kann ja nun erst recht nicht „unbezahlbar“ sein. Und die Banken, die wir mit unseren Steuergeldern retten mussten, bereichern sich bereits munter weiter wie zuvor.

Mit ihrer „Reformpolitik“ bezweckt die Politik etwas ganz anderes, nämlich einen schrittweisen Abbau der sozialen Leistungen. Und dafür werden Gründe angegeben, die bei genauer Betrachtung allesamt falsch sind. So leiden wir angeblich unter einer „Rentnerschwemme“ und unter

sogenannten „Sozialschmarotern“, die keine Arbeit finden, weil sie keine suchen. Das sind offensichtlich und nachweisbar Lügen.

Wie bei zwei oder drei hunderttausend offenen Stellen mehrere Millionen Arbeitssuchende allesamt Arbeit finden sollen, das soll bitte mal jemand vorrechnen! Und dass unsere Alten heute älter werden als früher, ist eine erfreuliche Erscheinung, die auch bezahlbar ist. Denn gleichzeitig ist die Produktivität unserer Wirtschaft und damit das vorhandene Kapital so stark angestiegen, dass es keinen einzigen armen Menschen in unserem Land geben müsste. Eine wirkliche Reform kann also nur darin bestehen, dass das vorhandene Geld gerecht verteilt und somit unser Sozialsystem weiter ausgebaut wird!



„Sozialpartner“

In unserer Wirtschaft herrscht bekanntlich eine sogenannte Sozialpartnerschaft. Das soll bedeuten, daß die Unternehmensleitung und die Beschäftigten – sowie auch ihre betrieblichen Interessenvertreter und Gewerkschaften – partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Schön wär's. In Wirklichkeit ist es aber ganz anders. Wie sieht denn zum Beispiel die partnerschaftliche Zusammenarbeit aus, wenn ein Unternehmen Personal abbaut? Das entscheidet letztendlich doch nur die Unternehmensleitung und niemand sonst!

Die Betriebsräte und die Gewerkschaften haben nämlich keine vollgültige Mitbestimmung bei den wichtigen Unternehmensentscheidungen. Sie können allenfalls versuchen, auf anderen Wegen einen Personalabbau zu verhindern oder in den meisten Fällen wenigstens zu verringern, zum Beispiel durch Lohneinbußen für die Beschäftigten.

Meist bleibt den Betriebsräten jedoch nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, dass bei dem Personalabbau wenigstens die sogenannten sozialen Angelegenheiten der einzelnen Betroffenen berücksichtigt werden. Das heißt, dass beispielsweise alleinerziehende und alleinverdienende Mütter oder Leistungsgeminderte nicht die ersten sind, die gehen müssen. Viel weiter reichen die sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungsrechte leider nicht.

Der Begriff der Sozialpartnerschaft vernebelt also den Tatbestand, dass die Unternehmen nach wie vor in den wichtigen Entscheidungen frei sind, denn wir leben ja in der „freien Marktwirtschaft“. Eine wirklich gleichberechtigte Sozialpartnerschaft wäre also ein wichtiges politisches Ziel, das erst noch erkämpft werden müßte, zum Beispiel durch die »Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie die IG Metall in ihrer Satzung fordert.

Wer aber behauptet, wir würden bereits in einem sozialpartnerschaftlichen Wirtschaftssystem leben, der betreibt eine ideologische Verfälschung der Wirklichkeit. Die spannende Frage lautet dann: Warum tut er das wohl?



„Beiträge zur Bildungsdebatte der IG Metall, Denk-Zettel 2“
Arbeitskreis Bildung,
IGM Bezirk Hannover 2002

„Sozialstaat“

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ So lautet der Artikel 20 unseres Grundgesetzes. Ob unser Staat also „sozial“ sein sollte oder nicht, darüber hat nicht die jeweilige Regierung zu befinden. Es handelt sich stattdessen um eine Verpflichtung, die jeder Regierung von unserem Grundgesetz auferlegt wird. Der Artikel 20 darf weder verändert noch gar aufgehoben werden.

Das hat in der Vergangenheit auch recht gut funktioniert. In den Zeiten des Wirtschaftswachstums und der Vollbeschäftigung konnte dieser Anspruch des Grundgesetzes weitgehend verwirklicht werden. Mit dem Ausbau eines funktionierenden Sozialsystems – also des Arbeitslosen-, Gesundheits- und Rentenversicherungssystems und schließlich auch der Bildung – wurde erreicht, dass die Bürger vor sozialen Härtefällen geschützt waren.

Allerdings hat es um die konkrete Ausgestaltung des Sozialstaats immer schon Auseinandersetzungen gegeben. Aus Sicht der Wirtschaft ist der Sozialstaat natürlich nur ein „Kostenfaktor“, der möglichst gering gehalten werden sollte, um unsere internationale Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Marktideologen sehen im Sozialstaat gar ein Hindernis für die Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft des Individuums, weshalb sie einen möglichst umfassenden Abbau fordern.

Diese Ideologie hat sich in den letzten zwanzig Jahren des vorherrschenden Neoliberalismus politisch weitgehend durchgesetzt. Zeitweilig waren sich die Politiker aller Parteien weitgehend einig, dass unser Sozialstaat dringend „reformiert“ und „umgebaut“ werden müsste. Damit war natürlich gemeint, dass das Sozialsystem *abgebaut* werden soll, aber so was sagt man ja nicht gern öffentlich. Ausgerechnet die Sozialdemokraten unter Bundeskanzler Gerhard Schröder haben dann diese Abbrucharbeit übernommen, mit den heute bekannten Folgen zunehmender sozialer Härten für immer größere Gruppen unserer Bevölkerung.

Nun fragen sich natürlich immer mehr Menschen, wieso eigentlich unser Sozialstaat heute nicht mehr finanzierbar sein soll, wo er doch in Zeiten, als wir noch nicht so reich wie heute waren, problemlos funktioniert hat? Diese einfach verständliche Frage ist offenbar immer noch nicht bis zu unseren Politikern durchgedrungen.

Obwohl die großen „Volksparteien“ in den letzten Jahren für diese Politik mit kräftigen Stimmenverlusten und hohem Mitgliederschwund abgestraft wurden, machen sie gemeinsam weiter wie bisher. Und der Wähler wird damit getröstet, dass die skandalösen Millionen-Abfindungen für unfähige Manager zukünftig wenigstens nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden sollten. Ein sozialer Staat sieht anders aus! Die Wähler werden dies wohl noch ein weiteres Mal deutlicher zum Ausdruck bringen müssen, anstatt der Wahl fernzubleiben.



„Staatsverschuldung“

Die Staatsverschuldung war und ist immer höchst umstritten – so wie alles, was mit Schulden zu tun hat, negativ besetzt ist. Es hat sicher etwas damit zu tun, dass Schulden im privaten Bereich schnell zu Überschuldung führen können, was besonders durch leicht verfügbare Konsumentenkredite passieren kann. Immerhin waren 2003 fast 3 Millionen Haushalte überschuldet. Davon sind aber grundsätzlich die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zu unterscheiden.

Wenn ein neuer Kindergarten gebaut werden soll, kann die Gemeinde die notwendigen Investitionen durch zweierlei Einnahmen finanzieren: durch Steuern oder durch Kredite. Steuern können von Unternehmen (z. B. Gewerbesteuer) oder von Privatpersonen (z. B. Lohnsteuer oder Mehrwertsteuer) erhoben werden. Bei ausreichenden Steuern könnten die öffentlichen Haushalte Einnahmen unter Verzicht auf den Umweg über die Kapitalmärkte verbuchen.

Allerdings wurden mit der „Steuerreform 2000“ seit 2001 bis 2005 auf über 90 Milliarden Euro Steuereinnahmen verzichtet. Begründet wurde es damit, den Steuerstandort Deutschland im europäischen Steuersenkungswettbewerb attraktiv für Unternehmen zu machen. Im gleichen Zeitraum wurde allerdings die Mehrwertsteuer erhöht.

Die zweite Einnahmequelle des Staates sind Kredite, entweder in Form von Kreditaufnahmen direkt bei den Banken oder in Form von Schuldverschreibungen, die jeder Bürger und jeder Unternehmer kaufen kann. Diese Kredite müssen irgendwann zurückgezahlt und auch verzinst werden. Inzwischen beträgt der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte 1.700 Milliarden Euro, für die jährlich 60 Milliarden Euro Zinsen fällig werden. Das hört sich gefährlicher an als es in Wirklichkeit ist.

Kehren wir zum Neubau des Kindergartens zurück. Angenommen, er kostet 1 Million Euro. Die Gemeinde nimmt einen Kredit in gleicher

Höhe auf, hat also Schulden von 1 Million Euro. Ist sie deshalb um eine Million Euro ärmer geworden? Nein, denn den Schulden steht ja auch ein Guthaben im gleichen Wert gegenüber: Das Kindergartengebäude. Das kann nicht nur von der heutigen Generation genutzt werden, sondern auch noch von künftigen; es ist eine Investition für die Zukunft. Den öffentlichen Schulden stehen also Guthaben in Form von Sachwerten gegenüber. Manchmal sind es sinnvolle, wie Kindergärten, Krankenhäuser oder Klärwerke, manchmal überflüssige wie Kasernen und Panzer.



Ein Großteil der öffentlichen Infrastruktur ist kreditfinanziert. Deshalb erben nachfolgende Generationen nicht nur die Schulden des Staates, sondern auch dessen Infrastruktur und somit Teile der damit verbundenen Lebensqualität einer Gesellschaft. Statt das Geld auf den Kapitalmärkten zu leihen, hätte der Staat es durch Steuern direkt bei denen abschöpfen können, die es sowieso übrig haben. Denn von ihnen bekommt er es ja auch in Form der Schuldverschreibungen. Es hätte den Vorteil, dass dafür keine Zinsen zu zahlen wären. Warum so etwas Nahe- liegendes nicht gemacht wird? Vielleicht weil die „Steuerreform 2000“ von einem Staatssekretär im Finanzministerium erdacht wurde, der vorher die Steuerabteilung des Bayer-Konzerns geleitet hatte.

„Unternehmensphilosophie“

Kein großes Unternehmen kommt heute noch ohne eine sogenannte Unternehmensphilosophie aus. Das ist doch eine gute Sache, oder? Es soll deutlich machen, daß diese Unternehmen nicht einfach nur irgendwelche Waren herstellen, sondern dass sie so etwas wie eine gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

Philosophie ist schließlich der Versuch, den Sinn unseres Lebens zu ergründen und uns zu einem verantwortlichen Handeln anzuregen. Und wenn das nun auch unsere Wirtschaft tut, dann kann man das nur begrüßen. Denn in der Vergangenheit hat sie sich herzlich wenig darum gekümmert.

Da wurden zum Beispiel gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung problematische Atomenergie-Konzepte durchgedrückt, die dann nach dem Unfall eines Atomkraftwerks halb Europa verseucht haben. Und noch heute sperrt sich unsere Wirtschaft mit allen Mitteln gegen ein Dosenpfand, das einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung unserer Müllberge und der energieintensiven Aluminiumproduktion leisten könnte.

Ein großer Automobilkonzern fasst seine Unternehmensphilosophie wie folgt zusammen: „Dem Fortschritt der Menschen verantwortlich dienen!“ Das hört sich gut an, aber gleichzeitig produziert dieses Unternehmen Autos mit mehreren hundert PS, die Unmengen Benzin verschlingen, die Umwelt verpesten und keinen anderen Sinn haben, als ihrem wohlhabenden Besitzer ein fragwürdiges Überlegenheitsgefühl zu bescheren.

Andere Unternehmen preisen ihr soziales Engagement, weil bei ihnen „jeder Arbeitsplatz ein Gesicht hat“. Vielleicht sollten wir uns diese Gesichter mal etwas genauer ansehen.

Gegen Unternehmensphilosophie wäre also gar nichts einzuwenden, wenn die Unternehmen das, was sie werbewirksam „philosophieren“, auch wirklich täten. Solange sie aber oft genau das Gegenteil davon prak-



tizieren, sollten wir diesen fragwürdigen Wirtschafts-Philosophen nicht auf den Leim gehen und uns besser weiterhin unsere eigenen Gedanken über ein wirklich verantwortliches Handeln machen.

„Utopie“

*„Und wenn die Verhältnisse den Menschen bilden,
so hilft nichts als die Verhältnisse menschlich zu
bilden; – es lebe die praktische Vernunft!“*

Ernst Bloch

In den 50er Jahren gab es eine große Zahl von technischen Utopien. Wie lebt der Mensch, wie lebt die Familie im 21. Jahrhundert? In den 60er Jahren entstanden dann neue, gesellschaftlichen Utopien. Was muss verändert werden, damit die Gesellschaft den Unterschied von Arm und Reich aufhebt, die Gleichheit aller herstellt? Heute gibt es diese Utopien nicht mehr. Nach dem Ende des Sozialismus sind sie in Verruf geraten.

Heutige Utopien sind meist nur noch negative Utopien. Man rechnet heutige Daten statistisch hoch, etwa so: Im Jahre 2030 lebt jeder nach der Verrentung 20 Jahre länger, deshalb muss jeder Arbeitende für einen Rentner aufkommen. Daraus soll folgen: Keine Rente vor 67 Jahren, Kürzung der Rente auf 40 Prozent oder auch: Absenkung der medizinischen Leistungen für Alte, also „Keine Hüftgelenke mehr!“, was nebenbei auch noch die Probleme des Gesundheitssystems lösen soll.

Es ist also kein Wunder, wenn Utopien heutzutage einen schlechten Ruf haben. Was wäre hingegen eine positive, eine produktive Utopie? Bleiben wir nur im Bereich der Arbeit. Eine durchdachte Utopie ist die eines Grundeinkommens. Jedes Gesellschaftsmitglied erhält mit Volljährigkeit ein Grundeinkommen, woraus Ausbildungsgänge wie Lehre, Schulen, Hochschulen ebenso finanziert werden können oder wie etwa auch ein soziales Jahr oder ehrenamtliche Arbeiten in Vereinen. Bei Berufsaufnahme erlischt das Grundeinkommen, wenn die bezahlte Arbeit deutlich darüber liegt, oder diese wird großzügig angerechnet. Bei Arbeitsplatzverlust greift das Grundeinkommen, auch wenn man freiwillig die

Arbeit aufkündigt, um sich weiterzubilden oder lieber selbstbestimmt arbeiten will (Eigenarbeit).

In der Realität führt diese Utopie zu Mischformen: Permanent rotieren einige aus der Arbeitswelt hinaus, andere hinein. Die bisherigen Modelle von Flexibilisierung, die sich unter dem Diktat des Arbeitszwanges auch schon bewährt haben, werden entschieden weiterentwickelt. Das freie Jahr (oder der freie Monat) werden selbstverständlich werden, die Rente wird gewählt, wenn es für die individuelle Lebensplanung passt.

Möglichkeiten und Modelle gibt es also bereits. Es kommt eigentlich nur noch darauf an, sie zu verwirklichen. Utopien sind heute dringender notwendig denn je!



„Volkvermögen“

Die Summe des erwirtschafteten Vermögens eines Landes, einer Nation, eines Volkes nennen wir das Volkvermögen. Es ist also das, was alle gemeinsam erarbeitet haben und besitzen.

Die Bundesrepublik Deutschland zählt zu den reichsten Industrienationen der Welt. Das reine Geldvermögen des Volkes (also Bargeld, Aktien, Wertpapiere usw.) beträgt nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gegenwärtig 5,4 Billionen Euro. Immobilien- oder Grundstücksbesitz ist in dieser Vermögensaufstellung noch gar nicht enthalten, soweit es nicht teilweise als Aktienbesitz mit einberechnet wurde.

Das ist doch eine schöne Stange Geld, würde der Volksmund sagen. Ist es auch. Die Frage ist nur, wie dieses Volkvermögen im Volk verteilt ist. Da sieht die Sache schon wieder ganz anders aus:

▲ 50% des Volkes besitzen 98% des Vermögens,

▲ für die anderen 50% bleibt der Rest, also nur noch zwei Prozent!

Nun könnte man sagen, dass doch immerhin die Hälfte des Volkes ziemlich reich ist. Stimmt aber nicht. Denn von dieser Hälfte besitzen zehn Prozent allein bereits rund 60%. Das reichste Prozent besitzt 20% des gesamten Netto-Vermögens und damit doppelt so viel wie 70% der gesamten Bevölkerung.

Dieses eine Prozent muss dann aber doch unermesslich reich sein, wenn zwei Drittel des Volkes so wenig besitzt, wird sich jetzt mancher fragen. Und so ist es auch. Das sogenannte Volkvermögen hat sich zum größten Teil in Privatvermögen von einigen Wenigen verwandelt!

Kann man denn da gar nichts machen? Muss man es denn zulassen, dass diese Wenigen immer reicher werden, während die Rentner, die Schulen, die Krankenhäuser, die Gemeinden, also unsere Gesellschaft insgesamt bereits sichtbar verarmen? Wir sind doch eine der reichsten Industrienationen der Welt!



Zulassen müsste man das eigentlich nicht. Aber solange die Besitzlosen immer mehr Steuerlasten tragen müssen, während die wenigen Reichen immer weniger belastet werden – wie es das Statistische Bundesamt auch berechnet hat – solange wird auch weiterhin unser Volksvermögen zum größten Teil in den privaten Taschen der Superreichen verschwinden.

Der Rest der Bevölkerung wird von unseren Politikern darüber belehrt, dass er einfach mehr „Eigenverantwortung“ übernehmen muss. So haben sich die meisten Wähler eine verantwortungsbewusste Politik eigentlich nicht vorgestellt. Und deshalb gehen auch immer weniger Menschen zur Wahl. Eine Alternative ist das natürlich nicht, sondern macht es den privaten Nutznießern unseres Volksvermögens immer leichter, ihre Interessen gegen die Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen.

„Wachstum“

Wachstum ist eine der zentralen Grundlagen unserer Wirtschaft. Das hört sich ganz natürlich an, ist es eigentlich aber gar nicht. Wieso muss denn unsere Wirtschaft wachsen? Es würde doch völlig ausreichen, wenn sie die notwendigen Produkte herstellt, die man zum Leben braucht und für Nachschub sorgt, wenn sie verbraucht sind. Dazu muss sie doch nicht ständig wachsen.

Das ist völlig richtig, wenn die Wirtschaft dazu da wäre, uns mit den nötigen Gütern zu versorgen. Dazu ist sie aber nicht da. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, Kapital-Profite zu erwirtschaften und keine wie auch immer gearbeteten Produkte. Es ist sogar völlig egal, welche Produkte sie erwirtschaftet, die Hauptsache ist, dass am Ende mehr Kapital dabei herauskommt. Dies ist Ziel der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der wir leben. Und Profite werden nur erwirtschaftet, wenn aus dem eingesetzten Kapital am Ende mehr Kapital als vorher herauskommt. Und das geht wiederum nur mit Hilfe ständigen (Kapital-) Wachstums. Denn wenn das Mehr an Kapital wieder in die Produktion eingesetzt wird, soll ja noch mehr dabei herauspringen.

Hier wird also eine Spirale in Gang gesetzt, die sich notwendig immer höher schrauben muss. Der Motor dieser Wirtschaftsordnung ist einzig und allein die Kapitalvermehrung. Deshalb wird das Wachstum auch nicht an der Menge der produzierten Güter gemessen, sondern an der Höhe der Rendite. Das Kapital hat sich mittlerweile auch bereits so stark vermehrt, dass es teilweise keinen Sinn mehr macht, es in noch weitere Produktion zu stecken. Deshalb wurde es jetzt in Milliardenhöhe auf den Finanzmärkten „verpokert“ und dem Steuerzahler die Schuldenlast aufgebürdet.

Wachstum ist also keine Notwendigkeit der Natur, sondern dient lediglich dem egoistischen Ziel der Bereicherung der Kapitalbesitzer. Und das hat Folgen. Der ständige Zwang zu weiterem Wachstum beginnt nun



unseren Lebensraum zu zerstören. Die Wälder, die Meere, unsere Luft und unser Klima zeigen bereits einen bedrohlichen Zustand, der durch immer weiteres Wachstum auf eine Katastrophe zusteuern muss.

Auf der Klimakonferenz der führenden Industrienationen ist jedoch nicht viel mehr herausgekommen als völlig unzureichende Beschränkungsabsichten, die durch den Widerstand einzelner Nationen schrittweise wieder ausgehöhlt werden. Der Zwang zu immer weiterem Wachstum macht somit alle guten Absichten zunichte.

„Wählerwille“

In einer Demokratie ist der Wählerwille die Grundlage der Politik. Und der Wählerwille kommt zum Ausdruck durch die jeweilige Stimmenmehrheit, die sich bei einer Wahl gebildet hat. Das ist so einfach zu begreifen, dass man es eigentlich nicht erläutern müsste.

Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass die Wähler staunend beobachten müssen, was mit der Stimmenmehrheit passiert. Bei der letzten Wahl zum Beispiel hat die Stimmenmehrheit unmissverständlich ergeben, dass die bis dahin vorherrschende Politik vom Wähler nicht mehr gewünscht wurde. Der mit dieser Politik verbundene Abbau unseres Sozialsystems hatte eine steigende neue Armut in immer größeren Teilen der Bevölkerung hervorgebracht und das bei steigenden Gewinnen unserer Wirtschaft.

Die Stimmenmehrheit für die verschiedenen Parteien hätte auch für eine Koalition zur Umsetzung einer anderen Politik ausgereicht. Aber statt dessen schlossen sich die beiden Parteien, die am lautesten eine Fortsetzung der bisherigen Politik forderten zusammen und machen munter gemeinsam mit der unbeliebten neoliberalen „Reform-Politik“ weiter.

Da stimmt doch irgendwas nicht, fragten sich die erstaunten Wähler. Doch – rein formal ist das vollkommen in Ordnung. Natürlich können verschiedene Parteien eine Koalition und damit gemeinsam die Regierung bilden. Aber wenn das ausgerechnet die Parteien sind, die weiterhin für den in Misskredit geratenen „Reformeißer“ eintreten, dann stimmt allerdings irgendwas nicht so ganz. Und zwar besonders dann nicht, wenn diese Parteien einfach fortfahren, als ob es keine Wahl gegeben hätte. Das geht aber auf Dauer nicht, wie sich mittlerweile herausstellt, denn die Wähler werden dabei immer unzufriedener.

Nun versuchen die Parteien statt dessen, dem Wähler vorzuschreiben, was er zu wählen hat. Sie stellen heute schon fest, dass sie unabhän-

gig davon, wie der Wähler wählt, mit bestimmten anderen gewählten Parteien nicht zusammenarbeiten werden. Das geht natürlich in einer Demokratie eigentlich nicht. Wenn der Wähler gewählt hat, haben die gewählten Parteien das Ergebnis umzusetzen. Und das tun sie, indem sie Koalitionen bilden, die dem zum Ausdruck gebrachten Wählerwillen entsprechen.

Das mag zwar manchmal nicht ganz einfach sein, aber in dem oben genannten Fall war es eindeutig. Wenn die Parteien es wie in diesem Fall trotzdem nicht tun, ist das zwar erlaubt, aber der Wähler hat dabei das Nachsehen – und die Demokratie auch. Da muss man sich nicht wundern, wenn immer mehr Wähler am Wahltag einfach zu Hause bleiben. Besser wäre es allerdings, wenn die Wähler ihren Willen so deutlich zum Ausdruck bringen, dass er nicht mehr missverstanden werden kann.



„Wettbewerb“

Marktgesetze beruhen auf dem Prinzip des Wettbewerbs. Auf dem Warenmarkt bewerben sich verschiedene Produzenten um Käufer für ihre Waren. Diejenigen, die ihre Waren mit bester Qualität zum günstigsten Preis anbieten, werden auch die meisten Käufer finden. Der Wettbewerb sorgt dafür, dass Anbieter mit minderwertigen oder überteuerten Waren vom Markt verschwinden.

So sieht die Theorie der freien Marktwirtschaft aus. Sie hört sich auch gut an, nur hat sie leider mit der Praxis heute überhaupt nichts mehr zu tun. Die sogenannten Warenmärkte sind mittlerweile durch Konzentrationsprozesse in der Hand von immer weniger Großkonzernen, die alle kleineren Anbieter bereits „wegkonkurriert“ haben. Und zwar deshalb, weil sie ihre Waren in sehr großen Mengen billiger einkaufen und somit billiger anbieten konnten.

Nachdem nun aber kaum noch andere Anbieter da sind, müssen ihre Waren auch nicht mehr zwangsläufig billig sein. Und noch ein anderer Vorteil macht es den Großkonzernen leicht, richtig viel Geld zu scheffeln. Die zahlreichen kleinen Warenproduzenten können auf einem Weltmarkt nur noch über die Großhandelskonzerne ihre Produkte auf den Markt bringen. Und damit können die Konzerne den Produzenten den Preis weitgehend diktieren, wie es zum Beispiel bei Kaffee, Milch, Getreide usw. auch geschieht.

Von Wettbewerb kann also kaum noch die Rede sein. Allenfalls einige Großkonzerne liefern sich noch einen Preiskampf, um sich gegenseitig niederzuzukonkurrieren. Aber diesen Kampf tragen sie auf dem Rücken ihrer Kleinproduzenten aus, denen sie dann die Preise oft bis unter das nötige Existenzminimum drücken.

Dafür gibt es nun einen ganz anderen Wettbewerb. Seit mithilfe technischer Rationalisierungen immer weniger Menschen für die Warenproduktion benötigt werden, gibt es einen immer weiter steigenden Wett-



bewerb auf dem *Arbeitsmarkt*. Die Arbeitskräfte treten jetzt in Konkurrenz zueinander im Kampf um immer weniger Arbeitsplätze und wer gute Leistung zum billigsten Preis anbietet, hat gewonnen, nämlich einen Arbeitsplatz unter erbärmlichen Bedingungen.

Das drückt den Preis der „Ware Arbeitskraft“ und zerstört eine ihrer bislang wichtigsten Waffen, die sie in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit hatte, nämlich die Solidarität. Auf einem „Wettbewerbs-Arbeitsmarkt“ ist sich jeder selbst der Nächste. Das macht es den Gewerkschaften auch immer schwerer, für gemeinsame Ziele zu mobilisieren und gemeinsame Verbesserungen zu erkämpfen. Aber immer mehr Arbeitnehmer beginnen das offenbar zu begreifen – die Gewerkschaften haben Rückenwind!

„Wirtschaftsstandort“

Unser Land ist ein Wirtschaftsstandort, wer würde das bestreiten wollen? Es ist sogar eine der größten Industrienationen der Welt. Deshalb ist dieser Begriff scheinbar nicht ideologisch. Bei genauerer Betrachtung ist er aber einer der wirksamsten politischen Kampfbegriffe der Wirtschafts-Ideologen.

Was soll mit diesem Begriff bezweckt werden? Er soll erreichen, dass wir unser Land einzig und allein als einen Standort der Wirtschaft betrachten und begreifen. Alles Andere soll unwichtig oder zweitrangig sein.

So ist es aber nicht. Unser Land ist zunächst einmal der Lebensraum von rund 80 Millionen Menschen. Und es hat auch eine Verfassung. Diese bezeichnet unser Land keineswegs als einen Wirtschaftsstandort, sondern als einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Das hat natürlich auch für die Wirtschaft zu gelten. Falls es das aus irgendwelchen Gründen nicht tut, kann sie nach unserer Verfassung ausdrücklich und wörtlich „in Gemeineigentum überführt werden“! (Grundgesetz Artikel 15)

Das hören unsere Wirtschaftsführer natürlich gar nicht gern, aber ändern können sie es nicht. Das ist auch gar nicht nötig, wenn der größte Teil der Bevölkerung nichts davon weiß. Denn dann kann man ihnen alles mögliche weismachen, was unser Land ist oder sein soll. Und wenn es alle glauben, ist die Ideologie vom Wirtschaftsstandort fertig. Dann hat das ganze Land nur noch der Wirtschaft zu dienen und nicht etwa die Wirtschaft unserem Land, was doch eigentlich ihre Aufgabe wäre.

Man kann die Sache auch einmal anders betrachten. Die Gewerkschaften werden gegenwärtig in der Presse so dargestellt, als ob sie wegen sinkender Mitgliederzahlen kaum noch existieren. Natürlich sinken bei stetigem Arbeitsplatzabbau tendenziell auch die Mitgliederzahlen. Wie sieht es aber wirklich aus?

Die Gewerkschaften stellen mit rund sechs Millionen Mitgliedern nach wie vor die größte und stärkste politische Kraft in unserem Lande dar. Sie haben weit mehr Mitglieder als alle politischen Parteien zusammen! Sie könnten deshalb mit gutem Recht unser Land als einen „Gewerkschaftsstandort“ bezeichnen und dann entsprechende Forderungen an die Politik stellen.

Warum sie es nicht tun? Ja, warum eigentlich nicht? Vielleicht deshalb, weil sie nicht solche Ideologen wie unsere Wirtschaftsführer sind.



Zu guter Letzt: Das Gutwörterbuch

Wir haben nun eine Reihe sogenannter Falschwörter etwas näher beleuchtet. Jede Zeit hat ihre bestimmten Begriffe, in denen die jeweils herrschende Ideologie zum Ausdruck kommt. Aber was ist mit den vielen anderen Begriffen? Manche werden einfach „unmodern“.

Einige dieser unmodern gewordenen Begriffe möchten wir abschließend kurz ansprechen. Es handelt sich um Begriffe, über die man ein eigentlich ein eigenes „Gutwörterbuch“ schreiben müsste, wie zum Beispiel:

Menschlichkeit,

Solidarität,

Ehrlichkeit,

Wahrhaftigkeit,

Verlässlichkeit,

Glaubwürdigkeit usw.

Das hört sich ganz schön altmodisch an, nicht wahr? Es ist einem fast ein wenig peinlich, diese Begriffe auszusprechen. Da kann man schnell in den Ruf eines etwas weltfremden Sonderlings und „Gutmenschen“ kommen, und wer möchte das schon? Also lässt man diese Begriffe einfach fort und spricht lieber von Effizienz, Leistungsbereitschaft, Praktikabilität und Optimierung. Dann gehört man dazu!

Es sind aber nicht nur die Begriffe, die verschwinden, sondern auch das, was damit einmal gemeint war. Wer heute einen Supermarkt betritt, der glaubt wohl kaum noch daran, dass dahinter ein ehrlicher Kaufmann seinen ehrbaren Dienst am Kunden tut, auch wenn die Supermärkte das in ihrer Werbung gern so darstellen. Nach den Skandalen um Gammelfleisch und genmanipulierte Waren weiß es der Kunde besser. Der Glaube an Begriffe wie Ehrlichkeit und Verlässlichkeit ist uns einfach abhanden gekommen. So was lässt man allenfalls noch für den engsten Freundeskreis gelten.

Wir leben aber in einer Demokratie. Und wenn es in einer Demokratie keinen Begriff von Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und Menschlichkeit mehr gibt, dann sind nicht nur die Begriffe nicht mehr in Ordnung, sondern die Demokratie droht in wachsender Unehrllichkeit, Verlogenheit und Betrug zu versinken.

Dieses Arbeitsheft soll anhand einer kritischen Auseinandersetzung die Aufmerksamkeit ein wenig schärfen, welche Begriffe wir benutzen – und wie sie uns benutzen. Denn so wie wir sprechen, so denken wir auf Dauer auch. Wenn es uns nicht gelingt, wieder einen Begriff von „Menschlichkeit“ zurückzugewinnen, dann wird auch unsere Gesellschaft zunehmend weniger menschenwürdige Formen annehmen. Darum wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern viel Spaß und Erfolg beim weiteren Aufspüren von Falschwörtern.



Argumente und Hintergründe

„Der Liberalismus ist tot“



Unter diesem Titel erschien am 28.12.2007 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) ein kritischer Kommentar. Es handelt sich um einen Abgesang auf den Neoliberalismus, der die letzten zwei Jahrzehnte die Meinungsführerschaft in unseren Medien übernommen hatte. Der Autor bedauert das Ende des Neoliberalismus, er beschreibt aber ziemlich genau, wie in kurzer Zeit diese Ideologie in der öffentlichen Meinung ein Ende gefunden hat.

Als Befürworter des Neoliberalismus sind dem Autor aber die Ursachen entgangen, die diese Wende herbeigeführt haben. Neben dem wachsenden sozialen Elend durch den Neoliberalismus in den europäischen Ländern hat sich in den letzten Jahren ein öffentlicher Skandal an den anderen gereiht.

Beginnend mit dem unsäglichen Victory-Zeichen des Deutsche Bank-Chefs Josef Ackermann nach seinem fragwürdigen Freispruch in der Millionen-Abfindungsaffäre um den Mannesmann-Manager Esser wurde immer deutlicher, mit welcher Schamlosigkeit sich einige Wenige auf Kosten der Allgemeinheit bereichert haben.

Managergehälter in zweistelliger Millionenhöhe pro Jahr sind zur Norm geworden, wobei die „Leistung“ dieser Manager überwiegend darin bestanden hat, Arbeitsplätze gleich zu Tausenden abzubauen. Die Spitze bildete der Ex-Porsche-Manager Wiedekind, der jährlich unfassbare 60 Millionen Euro einstrich. Hinzu kamen Schmiergeld-Affären um die

Firma Siemens, in denen offenbar gleich Milliarden in dunklen Kanälen verschwunden sind, sowie Millionenabfindungen für unfähige Manager, die auch noch von der Steuer abgesetzt werden können.

Dann verabschiedeten sich Firmen wie Nokia aus unserem Land, nachdem sie zuerst die aus Steuergeldern bezahlten Subventionen in ihre Taschen gesteckt hatten, die sie für den Ausbau von Arbeitsplätzen erhalten haben.

Schließlich öffnete die Finanzkrise sogar denjenigen die Augen, die bis dahin diese wachsenden Ungerechtigkeiten krampfhaft nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Einige deutsche Landesbanken hatten nämlich überschüssiges Kapital in Milliardenhöhe in windige Anlageoptionen in den USA gesteckt, die kurz darauf nur noch Altpapierwert hatten. Um die Landesbanken vor dem Konkurs zu retten, müssen nun die deutschen Steuerzahler für den unermesslichen Schaden aufkommen.

Wer dies alles nicht zur Kenntnis genommen hat, der muss schon mit völliger Blindheit geschlagen sein. Oder – was vermutlich richtiger ist – es handelt sich um einen Ideologen, der nur das begreifen will und kann, was in sein ideologisches Weltbild passt. So trauert auch der Autor immer noch den neoliberalen „Reformen“ nach, die nun öffentlich gründlich in Misskredit geraten sind. Trotzdem wird versucht, diese Politik mit aller Macht fortzusetzen – auch gegen den erklärten Willen der Mehrheit des Volkes. Denn die Bundesregierung kann sich seit den Wahlen 2009 nur noch auf 21 Millionen Wähler stützen von insgesamt 62 Millionen Wahlberechtigten; das sind gerade einmal 34 Prozent.

„Streik gehört ins Museum“

So lautet ein Kommentar aus der Tageszeitung „Die Welt“ vom 18.03.2008. Das ist auch gut so, denkt man da sofort. Eigentlich müsste es in einem demokratischen Staat auch ohne Arbeitskämpfe möglich sein, unser immer größer werdendes Volksvermögen halbwegs gerecht zu verteilen.

Der Autor hat aber etwas ganz anderes im Sinn. Für ihn ist Streik ein „kollektiver Vertragsbruch“, der verboten werden muss. Abgesehen davon, dass das Streikrecht in verschiedenen Landesverfassungen ausdrücklich garantiert ist, umfasst auch unser Grundgesetz das Streikrecht mit der dort geregelten Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie (Artikel 9).

Es geht dem Autor darum, den Meinungs-Herrschaftsanspruch der neo-liberalen Ideologie dazu zu nutzen, bestehende Gesetze und Rechtsansprüche der Arbeitnehmer auszuhebeln. Offenbar ist ihm immer noch nicht aufgegangen, dass die Meinungsführerschaft des Neoliberalismus nach zahllosen Wirtschaftsskandalen mittlerweile in der Öffentlichkeit ein unrühmliches Ende gefunden hat.

Nun könnte man nachsichtig einwenden, dass es jedem freisteht, seine ideologische Verdrehtheit in einem Zeitungskommentar öffentlich bekannt zu geben. In diesem Fall ist aber Nachsicht fehl am Platz. Es handelt sich nämlich hier nicht um Stammtischgeschwätz, sondern um die Meinung eines Hochschullehrers und „Wirtschaftsphilosophen“, wie sich der Autor Gerd Habermann selbst benennt.

Das wirft natürlich auf die Qualität der Lehre an unseren Hochschulen ein mehr als fragwürdiges Licht. Vielleicht wäre es dringend an der Zeit, unsere Wirtschaftswissenschaften einmal daraufhin zu überprüfen, ob dort von einigen Professoren ernstzunehmende Wissenschaft oder ideologischer Unsinn gelehrt wird. Den Studierenden bei Herrn Habermann gilt jedenfalls unser aufrichtiges Bedauern für die „Lehre“, die ihnen bei ihm zuteil wird!

Arbeitsniederlegung ist Erpressung Der Streik gehört ins Museum

Gerd Habermann

Wir sollten uns einmal klarmachen, was „Streik“ heutzutage eigentlich bedeutet. Gewerkschaftsführer organisieren einen kollektiven Vertragsbruch, um so einige Lohnprozente oder etwas mehr Freizeit für die bei ihnen organisierte Minorität herauszuholen. Das nennen sie die „Ultima Ratio“, als ob der deutsche Arbeitnehmer existenziell am Abgrund stünde. Als Geisel hierbei werden nicht nur Unternehmen, sondern auch die unorganisierte Masse der Kunden dieser Unternehmen genommen, und beide erleiden bei Streiks einen beträchtlichen Schaden: Bahnen fahren nicht, Flugzeuge bleiben am Boden, die U-Bahn steht still, Kindergärten bleiben geschlossen, Ärzte operieren nicht, Tote werden nicht begraben, Müll bleibt auf der Straße, dazu: Persönliche Reiseplanungen werden nichtig, Kostenkalküle gehen nicht auf, Geschäfte platzen. Im Extremfall steht das öffentliche Leben fast still. Im Strafbuch heißt es aber: „Wer einen anderen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt und dadurch dem Vermögen des Genötigten oder eines anderen Nachteil zufügt, um sich oder einen Dritten zu Unrecht zu bereichern, wird mit Freiheitsstrafe bis fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Die Gewerkschaften sind für die Folgen ihres Vorgehens aber nicht schadenersatzpflichtig, und oft, falls sie dabei auch kri-

minelle Akte begehen, wird nachträglich ein „Maßregelungsverbot“, eine Indemnität für Straftaten, vereinbart. Manche meinen, diese Barbarei sei Ausfluss der Tarifautonomie.

Aber die Koalitionsfreiheit ist kein „Recht auf Erpressung“. Das Bundesverfassungsgericht hat sich leider nicht eindeutig geäußert (Mitbestimmungsurteil von 1979/Aussperrungsurteil von 1991). Die volkswirtschaftlichen Kosten eines Streiks, die nicht die Gewerkschaften tragen, können bei Milliardensummen liegen. Der Nutzen eines Streiks liegt allenfalls bei der triumphierenden Erpressergruppe, den Nachteile zahlen die durch überhöhte Lohnabschlüsse arbeitslos Gewordenen, zahlen wir alle mit Inflation, geschäftlichem Konkurs, gestörter Lebensplanung, „Nerven“. Schlussfolgerung: Der Streik ist als Erpressung, Vermögensvernichtung, Missbrauch von Zeit, Geduld und Mitteln Unschuldiger zu delegitimieren. Stattdessen sollten verbindliche Schlichtungsmechanismen greifen. Zur Not müssen Schlichtungsverfahren gesetzlich verbindlich gemacht werden.

Streik verträgt sich nicht mit den Existenzvoraussetzungen einer modernen, arbeitsteiligen Gesellschaft. Er gehört in das historische Museum wie die bronzene Axt oder das Spinnrad.

Der Autor ist Wirtschaftsphilosoph, Hochschullehrer und Publizist.

forum@welt.de

Hartmut Meine

Wirtschaftsdemokratie als eine Alternative zum „Casino-Kapitalismus“

Die größte Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten stellt uns als IG Metall vor zwei Herausforderungen:

- ▲ Einerseits müssen wir kurzfristig und pragmatisch dafür streiten, dass Entlassungen vermieden werden, Betriebe in ihrer Existenz gesichert werden, und die Wirtschaft wieder in Schwung kommt.
- ▲ Andererseits müssen wir Konzeptionen für eine demokratische Wirtschaftsordnung und eine solidarische und menschliche Gesellschaft weiterentwickeln und auf die politische Tagesordnung setzen. Wir brauchen als IG Metall ein schlüssiges Alternativkonzept zum „Casino-Kapitalismus“.

Die Chancen, dies zu diskutieren, sind günstiger, wesentlich besser als vor einigen Jahren. Wer hätte vor drei Jahren auch nur ansatzweise daran gedacht, dass eine CDU geführte Bundesregierung, eine Bank, wie beispielsweise die Hypo-Real-Estate, verstaatlicht und den Aktionären mit Enteignung droht? Wer hätte gedacht, dass die Bundesregierung sich mit 25,1 Prozent an der zweitgrößten deutschen Bank, der Commerzbank, beteiligt? Auf einmal sind Fragen diskutierbar, die vor wenigen Jahren ins Abseits gestellt wurden. Diese Chance müssen wir nutzen. Ich will selbstkritisch anmerken, dass wir dies in den letzten Jahren nicht genügend getan haben. Umso wichtiger ist es, dass wir damit beginnen und eine breit angelegte Diskussion über Alternativen zum „Casino-Kapitalismus“ - oder wie es genauer heißt - zum „finanzmarktgesteuerten Kapitalismus“ entwickeln. Wir brauchen Alternativen, die die Entscheidungsfreiheit der Reichen und Mächtigen eingrenzen. Wir können nicht zusehen, wie Investment-Banken, Hedgefonds und einzelne Multimilliardäre ständig ungebremst höhere Renditeziele verfolgen. Wir können nicht zusehen, wie sie dabei zu unkontrollierbaren Finanzierungsinstrumenten greifen, die in der Realwirtschaft nicht verwirklicht werden können, und letztlich zum Zusammenbruch des gesamten Systems führen. Man kann die Wirtschaft

nicht allein den Unternehmern und Bankern überlassen. Auch sie müssen demokratisch kontrolliert werden. Wirtschaftliche Macht braucht demokratische Kontrolle!

Dazu möchte ich die Satzung der IG Metall und einen in letzter Zeit häufig vergessenen Paragraphen in Erinnerung rufen:

In § 2 unserer Satzung geht es um die grundsätzlichen Aufgaben und Ziele der IG Metall. Dort ist unter anderem festgehalten, dass sich die IG Metall für eine Demokratisierung der Wirtschaft ausspricht. Weiter wird gefordert: „Die Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Beschäftigten im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich, durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten“. Weiter fordern wir: „Die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“.

Interessant ist auch der Blick in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Häufig zitieren Politiker den Artikel 14. Hier ist festgehalten, dass das Eigentum auch dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Ich empfehle jedoch allen Politikern im Grundgesetz weiter zu lesen und sich den Artikel 15 anzuschauen. Der ist wesentlich spannender. Unter der Überschrift „Vergesellschaftung“ heißt es: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zweck der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. ...“

Ausgehend vom Begriff der IG Metall-Satzung, nämlich der Demokratisierung der Wirtschaft, will ich ein paar Eckpunkte benennen. Für unsere Alternativen brauchen wir einen einprägsamen Begriff. Der Begriff „Wirtschaftsdemokratie“ scheint dafür geeignet zu sein. Wir haben nicht den Anspruch, bereits jetzt ein schlüssiges und widerspruchsfreies Konzept vorlegen zu können. Wir wollen aber bewusst konkrete Eckpunkte

benennen, damit wir einen Bezugsrahmen für die Diskussion haben. Ich möchte dazu drei Elemente der Wirtschaftsdemokratie beleuchten.

Der *erste Eckpunkt* des Konzeptes der Wirtschaftsdemokratie heißt:
Die aktive Rolle des Staates in Politik und Wirtschaft

Für einige Neoliberale ist allein schon die Überschrift eine Provokation. Jahrelang haben uns neoliberale Politiker und Wissenschaftler erklärt, man müsse in der Wirtschaft nur alles den sogenannten freien Kräften des Marktes überlassen, dann würde sich schon alles regeln. Die FDP formuliert in ihrem Grundsatzprogramm sogar das Dogma „Privat geht vor Staat“. Es waren aber nicht nur die CDU und FDP, sondern es gab relevante Strömungen innerhalb der SPD, die in deregulierten Finanzmärkten, Chancen für den sogenannten Finanzplatz Deutschland gesehen haben. Man muss daran erinnern, dass Hedgefonds zu rot-grünen Zeiten zugelassen worden sind. Man muss daran erinnern, dass die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen bei Verkauf von Unternehmensteilen von einem sozialdemokratischen Finanzminister durchgesetzt wurde. Wer sich für sogenannte freie, unregulierte Finanzmärkte ausgesprochen hat, wer den absurd hohen Renditeerwartungen von undurchsichtigen Finanzprodukten geglaubt hat, sollte sich klar machen: Finanzmärkte sind keine anonyme Veranstaltung. Die Akteure auf den Finanzmärkten sind Institutionen und letztlich Individuen, die über unvorstellbar hohe Vermögen verfügen. Sie leiten ihre ökonomische und politische Macht aus ihren Vermögen ab und sind letztlich in ihrem Handeln nicht demokratisch legitimiert.

Auf den Punkt gebracht: Deregulierte Finanzmärkte sind undemokratische Veranstaltungen der Vermögenden und Mächtigen! Aus diesem Blickwinkel gesehen, ist die staatliche Regulierung von Finanzmärkten, die jetzt viel zu spät auf den Weg gebracht werden soll, ein Ansatz die mächtigen Marktteilnehmer in ihrer Macht demokratisch zu beschränken. Indem ein demokratisch legitimierter Staat privaten Akteuren Grenzen

setzt, werden demokratische Prinzipien in der Finanzwirtschaft tendenziell wirksam. Staatliche Regulierung von privat organisierten Finanzmärkten ist ein absolutes Muss. Zurzeit wird allerdings über die Regulierung der Finanzmärkte auf nationaler und auf internationaler Ebene nur sehr viel geredet. Geschehen ist bisher nichts oder nur sehr wenig. Hierzu werden die Gewerkschaften im Verlauf der Debatte konkrete Forderungen erarbeiten. Wir erwarten von einem Staat, dass er aktiv in die Wirtschaft eingreift. Nicht nur bei der Regulierung der Finanzmärkte, sondern auch bei der Arbeitsmarktpolitik, bei der Investitionspolitik, bei der Regional- und Strukturpolitik und vielen anderen Dingen.

Der *zweite Eckpunkt* des Konzeptes der Wirtschaftsdemokratie:

Der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen

Die Mitbestimmung in Unternehmen und Konzernen geht über die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates hinaus, weil sie ja nicht nur auf der Ebene des Betriebes, sondern auch auf der Ebene der Unternehmen und Konzerne angesiedelt ist. Die Montanmitbestimmung in der Stahlindustrie und die Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 in Kapitalgesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten müssen gerade angesichts der Wirtschaftskrise weiterentwickelt werden. Noch vor wenigen Jahren wurden sie von Arbeitgeberverbänden, Teilen der CDU und ganz massiv von der FDP in Frage gestellt. Letztlich konnten die Angriffe abgewehrt werden. Bezüglich des VW-Gesetzes stehen wir aber immer noch in einem Konflikt mit der EU. Was heißt konkret Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung? Zunächst einmal ist für viele Beschäftigte in den Metallbetrieben die Grenze, ab der die Mitbestimmung gilt, mit 2.000 Beschäftigten zu hoch angesetzt. Deshalb fordern wir als IG Metall, dass die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat eines Unternehmens bereits bei einer Grenze von mehr als 1.000 Beschäftigten gesetzlich verankert wird.

Darüber hinaus gibt es große Unternehmen in Deutschland, die verschiedene Schlupflöcher im Mitbestimmungsgesetz nutzen und in denen es keine mitbestimmten Aufsichtsräte gibt. Ich nenne stellvertretend für viele: Die Discounter Aldi und Lidl, die jeweils mehr als 100.000 Beschäftigte haben, aber auch Schlecker und Kik. In diesen Unternehmen gibt es keine paritätisch besetzten Aufsichtsräte. Gleiches gilt für die großen Medienkonzerne, wie Bertelsmann, Springer und Holtzbrink, aber auch für Industrieunternehmen, wie den Windkraftanlagenbauer Enercon im niedersächsischen Aurich und in Magdeburg in Sachsen-Anhalt. Es gibt andere Unternehmen, die eine ausländische Rechtsform nutzen, um die Mitbestimmung zu umgehen. Dies gilt beispielsweise für UPS, H&M, Air Berlin, Esprit und andere. Wir brauchen die paritätische Mitbestimmung in allen Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten, unabhängig von der jeweiligen Rechtsform.

Im Aktiengesetz sind die sogenannten zustimmungspflichtigen Geschäfte, bei denen der Vorstand nicht alleine entscheiden darf, geregelt. Dies ist bisher aber nicht ausreichend. In zahlreichen Großkonzernen wurden ohne Zustimmung des Aufsichtsrates Betriebsstätten geschlossen. Das war beispielsweise bis vor kurzer Zeit beim Automobilzulieferer Continental der Fall. Erst letztes Jahr konnte dort ein verbindlicher Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte durchgesetzt werden. Wir benötigen somit eine Festlegung im Mitbestimmungsgesetz oder im Aktiengesetz, dass die Errichtung und Schließung von Produktions- und Entwicklungsstätten zwingend der Zustimmung im Aufsichtsrat bedarf. Weitergehend denke ich an das VW-Gesetz. Darin ist festgelegt, dass Errichtungen und Schließungen von Produktionsstandorten einer Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat bedürfen. Letztlich brauchen wir ein VW-Gesetz für alle Großkonzerne.

Der *dritte Eckpunkt* der Wirtschaftsdemokratie ist der brisanteste. Viele, die diskutieren, drücken sich um diese Frage herum. Es geht letztlich um

die Frage: Wem große Konzerne und Banken gehören sollen, also um die **Eigentumsfrage**.

Auch hier scheinen auf einmal wieder Dinge diskutierbar, die bis vor wenigen Monaten undenkbar waren. Wer hätte sich vorstellen können, dass sich der Staat mit über 25 Prozent an der Commerzbank beteiligt, wer hätte sich vorstellen können, dass der Staat 100 Prozent der Hypo Real Estate Bank übernimmt und sogar für den Extremfall ein Gesetz zur Enteignung beschließt. Wir erinnern uns: Noch vor kurzer Zeit polemisierten Politiker der FDP, der Wirtschaftsflügel der CDU außerhalb von Niedersachsen, aber auch zahlreiche Wissenschaftler und Medienvertreter, gegen die staatliche Beteiligung bei der Volkswagen AG. Ich glaube, dass sich durch die Krise und durch die Debatte über die Verstaatlichung von Banken Diskussionspielräume eröffnet haben, die wir nutzen müssen – allemal in Niedersachsen. Die beiden größten niedersächsischen Industrieunternehmen aus dem Organisationsbereich der IG Metall, also die Volkswagen AG und die Salzgitter AG, sind Unternehmen mit nennenswerten staatlichen Beteiligungen. In beiden Unternehmen hat sich eine staatliche Beteiligung ausgesprochen positiv ausgewirkt sowie Stabilität und Sicherheit für die Arbeitsplätze geboten. Dies sollten wir selbstbewusst nach außen formulieren. Die Landesbeteiligung bei der Volkswagen AG, der Salzgitter AG, der Deutschen Messe AG und anderen Unternehmen sind eben keine Auslaufmodelle, sondern Zukunftsmodelle.

Ohne den Anspruch, ein schlüssiges Gesamtkonzept präsentieren zu wollen, plädiere ich für eine sorgfältige und differenzierte Debatte über Eigentumsformen an Unternehmen und Banken. Auch hier müssen wir selbstbewusst formulieren und uns einer Tabuisierung von staatlichen Beteiligungen an Unternehmen entgegenstellen. Natürlich ist nicht in jedem Falle eine staatliche oder öffentliche Beteiligung an Unternehmen sinnvoll, möglich oder finanzierbar. Daher sind differenzierte Antworten erforderlich. Es muss über eine sinnvolle Kombination von privaten und

öffentlichen Eigentum oder, wie es auf niedersächsisch Platt heißt, von „Private-Equity“ und „Public-Equity“ nachgedacht werden.

Die IG Metall hat in der letzten Zeit sehr deutlich formuliert, dass staatliche Rettungsschirme nicht nur über Banken, sondern im Bedarfsfall auch über die Realwirtschaft, über produktive Unternehmen, gespannt werden müssen. Dazu schlägt die IG Metall in ihrem Aktionsplan vom März 2009 einen 100-Milliarden-Euro-Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung vor. Der Einstieg des Staates muss an harte Bedingungen geknüpft werden. So zum Beispiel an ein Zukunftskonzept für das Unternehmen, die Mitbestimmung im Unternehmen, die Einhaltung der Tarifverträge und den Grundsatz, „keine betriebsbedingten Kündigungen“ auszusprechen. Die Entscheidung, bei welchen Unternehmen der Staat wann einspringt, darf nicht von Fall zu Fall spontan entschieden werden. Ein möglicher Einstieg des Staates hat nach einem Konzept zu erfolgen - anhand von klaren Kriterien. Einige davon habe ich eben genannt. Darüber hinaus müssen bei einer Entscheidung über eine öffentliche Beteiligung gesamtwirtschaftliche und regionale Kriterien sowie Branchenentwicklungen berücksichtigt werden. Die Entscheidungsgremien über die Gewährung von öffentlichem Beteiligungskapital, sind nach Auffassung der IG Metall drittelparitätisch mit Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand zu besetzen. Ein derartiger öffentlicher Beteiligungsfonds soll teilweise regional gestaltet werden, um für Schlüsselbetriebe der regionalen Arbeitsmärkte den Zugang zu öffentlichem Beteiligungskapital zu ermöglichen. Dies ist ein pragmatischer Vorschlag für eine sinnvolle Kombination von privatem und öffentlichem Eigentum im Sinne der Sicherung von Arbeitsplätzen und regionalen Strukturen in der Realwirtschaft.

Im Rahmen der Debatte sind unterschiedliche Formen des privaten Eigentums zu reflektieren, und zwar nicht nur Aktiengesellschaften, Hedgefonds und Privat-Equity-Fonds. Ich denke an Großunternehmen, deren Gesellschafter Stiftungen sind, wie beispielsweise die Robert Bosch

GmbH, die ZF Friedrichshafen AG. In der Debatte über Eigentumsstrukturen ist die Zukunft von großen öffentlichen Unternehmen zu berücksichtigen: Bahn, Post, Telekom und regionale Energieversorger. Diese Debatte darf nicht punktuell, sondern muss konzeptionell geführt werden. Daran sollten wir in der Zukunft gemeinsam arbeiten. Deutlich ist aber schon jetzt: Sinnvoll ist eine *Kombination von privaten und staatlichen bzw. öffentlichen Eigentum an Großunternehmen und Banken.*



Die drei Elemente der Wirtschaftsdemokratie sind nur dann wirkungsvoll, wenn bestimmte Voraussetzungen gewährleistet sind. Dazu zählt zunächst erst einmal

- ▲ die *politische Demokratie* mit den demokratischen Rechten der Bürgerinnen und Bürger,
- ▲ ein *Sozialstaat*, der seinen Namen verdient, in dem auch tatsächlich Starke für Schwache einstehen und Schwache in der Gesellschaft auf einen akzeptablen Niveau abgesichert werden,
- ▲ eine *Tarifautonomie*, bei der starke und einflussreiche Gewerkschaften mit Arbeitgebern die Tarifbedingungen für die abhängig Beschäftigten aushandeln.

Diese drei Voraussetzungen sind keine Selbstverständlichkeit und um jeden dieser Punkte muss immer wieder gerungen werden. Die drei Voraussetzungen und die drei Eckpunkte – so unsere vorläufige These – stellen Eckpunkte eines Gesamtkonzeptes für die Wirtschaftsdemokratie dar. Mit diesem Konzept kann die wirtschaftliche Macht der Unternehmer, der Banken und der Akteure auf den Finanzmärkten ein Stück eingegrenzt und demokratisch kontrolliert werden. Demokratische Kontrolle der Reichen und Mächtigen wird Wirtschaftskrisen, wie wir sie zurzeit erleben nicht vollständig verhindern – aber ein Stück eingrenzen. Natürlich ist das noch kein fertiges Konzept, das an allen Punkten schlüssig und widerspruchsfrei ist. Ich habe es aber deshalb so konkret formuliert, damit man einen handfesten Anstoß für die Diskussion hat und sich daran abarbeiten kann. Wenn am Ende der Diskussion Änderungen, Streichungen und Ergänzungen stehen und wir zu einem schlüssigen Konzept kommen, dann wäre viel gewonnen.

Offene Fragen, die weiter bearbeitet müssen sind u. a.:

- ▲ Was bedeutet mehr Wirtschaftsdemokratie in Klein- und Mittelbetrieben? Können dort die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte erweitert werden?
- ▲ Was bedeutet Wirtschaftsdemokratie für ausländische und internationale Konzerne?
- ▲ Was ist der Unterschied zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung von Großkonzernen und Banken
- ▲ Welchen Stellenwert haben Überlegungen zum Belegschaftskapital?
- ▲ Sollen die drei Eckpunkte zur Wirtschaftsdemokratie erweitert werden? Zum Beispiel um die Begriffe Verteilungsgerechtigkeit, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften usw..
- ▲ Wie können Elemente der Wirtschaftsdemokratie in der politischen Auseinandersetzung durchgesetzt werden?

Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, hat ein Buch unter dem Titel „Kurswechsel für Deutschland – die Lehren aus der Krise“ veröffentlicht. Berthold Huber sieht angesichts der großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Notwendigkeit über „die Entwicklung einer demokratischen Wirtschaftsordnung“ intensiv zu debattieren und hat alle Beteiligten zu einer offenen Diskussion eingeladen. In seinem Buch werden dieselben Fragen angeschnitten und wir sehen unsere Diskussionen als Teil der von Berthold Huber angeregten Diskussion über Grundsatzfragen zur Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Thema „Wirtschaftdemokratie“ ist ein anspruchsvolles Thema. Wir wollen uns dieser Herausforderung stellen. Die IG Metall hat nicht nur die Aufgabe im Betrieb und in der Tarifpolitik aktiv zu sein, sie mischt sich auch in gesellschaftspolitische Debatten ein. Die Diskussion zur Wirtschaftdemokratie ist Teil unserer Vision für eine bessere, humane und solidarische Gesellschaft. Alle Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall sind eingeladen, daran mitzuarbeiten.

Hartmut Meine ist Bezirksleiter IG Metall-Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
Der Text ist die Fassung eines Referates auf der Bezirkskonferenz am 16.04.2010
in Hannover.

Ein Beispiel für eine alternative Wirtschaft:*Hans-Georg Heimann***Mondragon: Eine globale Kooperative**

Mondragon liegt gut 50 km von Bilbao entfernt in den baskischen Bergen. Die Kleinstadt war wie das gesamte Baskenland durch den Krieg stark betroffen. Don José engagierte sich für die Bildung sozialer Einrichtungen wie Ambulatorien und Sportplätze. Da viele Jugendliche arbeitslos waren, richtete er mit Hilfe der Bevölkerung eine kleine Berufsschule ein.

Der rege Arbeiterpriester suchte nach genossenschaftlichen Lösungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Tal, damit die Berufsschulabgänger nicht abwandern mussten. So inspirierte er eine Gruppe junger arbeitsloser Berufsleute zur Gründung einer Produktionsgenossenschaft. 1955 entstand die heutige FAGOR-Genossenschaft, in welcher Gasherde und Heizöfen hergestellt wurden. Das Startkapital brachte die Talschaft zusammen. Gute Produkte und eine grosse Nachfrage begünstigten die rasche Expansion der Genossenschaft. Heute arbeiten über 4.000 Personen in der Fabrik. Zulieferfirmen wurden übernommen und ebenfalls genossenschaftlich 'umgebaut'; ganze Abteilungen trennten sich vom Betrieb, um sich als eigenständige Genossenschaft auf eine bestimmte Tätigkeit zu konzentrieren. Der industrielle Bereich bietet heute mehr als 26.000 Personen einen Arbeitsplatz. Im Hintergrund arbeitete Don José an der Gründung einer Genossenschaftsbank. Er hatte die Erfahrung der englischen Rockendale-Genossenschaft vor Augen, die, um ihre erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit finanzieren zu können, Kapital aufnehmen musste und von den Kapitalgebern gezwungen wurde, sich in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln.

1959 konnte schliesslich die „Caja Laboral“ („Arbeitsbank“) gegründet werden. Die Bank wurde das Rückgrad für die weitere Entwicklung des genossenschaftlichen Netzwerkes. Sie unterstützt und begleitet Neugründungen von Betrieben und hilft in Rezessionszeiten bei der Bewäl-

tigung der Schwierigkeiten einzelner Betriebe. Heute arbeiten über 2.100 Personen in den verschiedenen Finanzinstituten der Caja Laboral. Ebenfalls 1959 wurde „Lagun-Aro“ gegründet. Gemäss der Gesetzgebung unter der Franco-Diktatur wurden die Mitglieder von Genossenschaften aus dem staatlichen Sozialversicherungssystem ausgeschlossen. Die baskischen Genossenschaftsgründer mussten daher ein eigenes System der Gesundheits- und Altersvorsorge aufbauen. Dieser Zwang begünstigte die Entwicklung der Genossenschaften ausserordentlich, da die gesamten Vorsorgeeinlagen selbstbestimmt in das Netzwerk der Betriebe investiert werden können. Heute betreibt Lagun-Aro ein Spital und Gesundheitsstationen, die im spanischen Gesundheitswesen eine vorbildliche Rolle spielen.

Im Jahr 1969 wurde Eroski gegründet, eine Genossenschaft, in welcher je zur Hälfte KonsumentInnen und Bauern vertreten sind. Was damals als der Zusammenschluss von kleinen Konsumläden begann, ist heute die grösste Warenhauskette im Baskenland. Über 25.000 Personen sind in diesem Sektor beschäftigt.

Aus der ehemaligen Berufsschule entstanden mit der Zeit zwei Polytechnische Hochschulen und zwei Akademien für Verwaltung und Management. 1997 wurden diese Schulen in der Universität von Mondragon zusammengefasst. Studierende können in einem eigenen Unibetrieb täglich vier Stunden arbeiten und sich damit das Studium verdienen.

Mitte der 70er Jahre wurde das Forschungsinstitut IKERLAN gegründet. Das Zentrum widmet sich Fragen der Anwendung technischer Innovationen. Dank dieser Einrichtung wurden einzelne Genossenschaften zu renommierten Ausrüstungsbetrieben im Bereich der Automation.

Ebenfalls in den 70er Jahren wurde Otalora, ein Forschungs- und Weiterbildungsinstitut, gegründet. Die zunehmend komplexe Vernetzung einer stetig wachsenden Anzahl von Genossenschaften sowie der ständige

Anpassungsdruck auf dem Weltmarkt erforderte eine kontinuierliche Veränderung des Managementmodells, das den Prinzipien der Partizipation gerecht bleiben sollte. Es konnte auf kein bestehendes genossenschaftliches Organisationsmodell zurückgegriffen werden, was viele Forschungen in diesem Bereich erforderte. In diesem Institut wurde auch das heutig gültige Managementmodell von MCC entwickelt. Bis heute behält der Leitsatz von Don José seine Gültigkeit: „Das genossenschaftliche Experiment von Mondragon ist eine Bildungsbewegung, welche die wirtschaftliche Aktion benutzt.“

Trotz des Konkurrenzdrucks durch den Beitritt Spaniens zur EU und die Spielregeln des liberalisierten Welthandels behielten die einst aufgestellten Prinzipien des gemeinschaftlich bestimmten Wirtschaftens ihre Gültigkeit und erfuhren nur wenig Änderungen. Die ArbeiterInnen sind als Mitglieder sowohl Mitarbeitende wie Eigentümer. In dieser Eigenschaft haben alle eine Stimme sowohl in der Bestimmung der strategischen Ausrichtung der einzelnen Genossenschaft wie auch der Kooperative als ganzer.

Auch die Betriebe von MCC kennen das System der Temporärarbeit. Es wird jedoch darauf geachtet, dass temporär Angestellte spätestens nach zwei Jahren in die Genossenschaft eintreten. Temporäre rekrutieren sich meistens bei der nächsten Generation der Genossenschaftsmitglieder. Sie sind beteiligt am Gewinn, nicht aber am Verlust. Die Lohnschere beträgt maximal 1 zu 6, wobei in Ausnahmefällen für Manager von dieser Regel abgewichen werden kann.

Das Bildungssystem erlaubt ein „lebenslanges Lernen“ nach den Grundsätzen der EU („Total Quality Management“) und ermöglicht so das berufliche Fortkommen.

Das ausgeklügelte System der Partizipation auf allen Ebenen, die demokratisch bestimmte Kontrolle des gewählten Managements der funktio-

nenalen Hierarchie, die Bestimmung der strategischen Ausrichtung durch die Generalversammlungen erlaubt das dynamische und erfolgreiche Bestehen in einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Während der Krise der 90er Jahre mussten nur sehr wenige Personen entlassen werden. Der grösste Teil der Unterbeschäftigten konnte in andere Genossenschaften versetzt werden. Die Entlassenen haben Anspruch auf Leistungen der von Lagun-Aro aufgebauten Arbeitslosenversicherung. Vom Gewinn der Genossenschaften gehen zehn Prozent in Erziehung und soziale Arbeit, 45 Prozent in Rückstellungen für den Betrieb und 45 Prozent werden den individuellen Konten der Mitglieder gutgeschrieben. Diese Beteiligung am Betrieb kann im Alter oder beim Austritt aus der Genossenschaft ausbezahlt werden. Somit verbleiben 90 Prozent des Gewinnes vorerst im Betrieb. 3,5 Prozent des Umsatzes wird in die Forschung investiert, das Fünffache des spanischen Durchschnitts.

Mit der Grundhaltung pragmatischer Kooperation auf breitester Basis wurde erreicht, dass die Menschen in einer Randregion ihr Auskommen lokal finden und nicht abwandern müssen. Damit geht einher, dass die eigene Sprache, das Baskische, weiter gesprochen wird. Die Zahlen sind eindrücklich: MCC erwirtschaftet in der Region Gipuzkoa 8,3 Prozent des Bruttoinlandproduktes, beschäftigt sechs Prozent der Erwerbstätigen und ist für 26 Prozent der Exporte verantwortlich. Die Region weist eine Erwerbslosigkeit von vier Prozent auf, während in Spanien der Durchschnitt bei zehn Prozent liegt.

Alle ReiseteilnehmerInnen beeindruckte der Wille, die Zukunft für die und mit der Gemeinschaft zu planen und umzusetzen. Diese Gestaltbarkeit steht in krassem Gegensatz zu unserer Abhängigkeit vom transnationalen Kapital. Der Erfolg von MCC zeigt, dass die Marktverhältnisse auch kooperativ gestaltet werden können.

Quelle: www.viavia.ch/spip/

Klaus Dera

Demokratische Grundwerte und soziale Kultur

Die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft sind in unserem Grundgesetz verankert. Sie haben eine rund 200jährige Tradition, die letztlich auf die Zeit der Aufklärung im 18. Jahrhundert zurückgeht und unser politisch-demokratisches System begründet.

Die heutige gesellschaftspolitische Auseinandersetzung findet im wesentlichen um die Frage statt, ob diese Grundwerte weiterhin Bestand haben können oder ob sie im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung modifiziert werden müssen, wie zum Beispiel das auf diesen Grundwerten fußende Sozialstaatsgebot unserer Verfassung.

Auch die Gewerkschaften werden zunehmend vor das Problem gestellt, selbst eine Antwort auf die Frage zu finden, wie denn ihre gesellschaftspolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Forderungen finanztechnisch eingelöst werden können. Sie werden damit letztlich in eine unlösbare Defensivposition gedrängt, denn eine Forderung wie z. B. die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums setzt unter den gegebenen Bedingungen den Willen zu grundlegend verändernden Maßnahmen voraus, die gegenwärtig politisch kaum durchsetzbar erscheinen.

Die möglichst gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist aber letztendlich keine finanztechnische, sondern eine rein politische Frage, die sich an die Grundpfeiler jeder demokratischen Gesellschaft richtet. Diese beruht schließlich auf dem Vorhandensein eines sozialen Konsenses, der den Konflikt zwischen Armut und Reichtum dauerhaft nur in bestimmten, geregelten Grenzen akzeptiert. Wenn diese Grenzen überschritten werden, gerät das demokratische System insgesamt langfristig in eine Legitimationskrise. Derartige Krisen können nur überwunden werden durch eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen Grundwerte, die dieser Gesellschaft ihre spezifische Form gegeben haben.

Aktualität einer Grundwerte-Debatte

Auch im europäischen Maßstab ist diese Besinnung auf demokratische Grundwerte gegenwärtig erneut aktuell. Die wirtschaftliche und nun auch finanztechnische Vereinigung darf nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass das neu entstehende Europa ein Verbund unterschiedlicher Nationen mit verschiedenen Sprachräumen und anderen sozialen und kulturellen Traditionen bleiben wird. Voreilige multikulturelle Visionen richten da eher Schaden an, wie heute bereits der zunehmende fremdenfeindliche Rechtsradikalismus beweist.

Dennoch weisen die europäischen Nationen trotz aller bestehenden Unterschiede eine Gemeinsamkeit auf, die durchaus längerfristig eine gemeinsame Identität begründen kann, nämlich die gemeinsame Berufung auf die demokratischen Grundwerte. Die Aufklärung, aus der diese Grundwerte hervorgegangen sind, war schließlich keine spezifisch deutsche, sondern eine gesamteuropäische Erscheinung im ausgehenden Absolutismus, mit der eine neue Gesellschaft begründet werden sollte und zwar unsere heutige *bürgerlich-demokratische* Gesellschaft.

Auch für die Gewerkschaften haben diese Grundwerte eine spezifische Bedeutung und Funktion. Die deutschen Gewerkschaften sind im Verbund der gesellschaftlichen Interessenverbände immer eine Organisation zur Vertretung *sozialer Interessen* gewesen. Sie vertreten also weder ausdrücklich politische noch weltanschauliche Interessen, sondern gründen auf der Utopie einer sozialen und humanen Gesellschaft, die eine menschenwürdige Form des Zusammenlebens sichert.

Und mit dieser gesellschafts- und sozialpolitischen Vorstellung befinden sie sich durchaus im Rahmen der Tradition der deutschen Aufklärung, die die Formel von „Freiheit, Gleichheit, Humanität“ auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Aufklärung und demokratische Grundwerte

Die Aufklärung richtete sich gegen das damals vorherrschende System des Absolutismus in Europa. Sie bildete die ideengeschichtliche, normen- und wertesetzende Basis einer Gesellschaftsveränderung. Und sie legte damit die Grundlagen fest für die bürgerlich-demokratische Verfassung der heutigen europäischen und anderer Nationen, obwohl sich dieser Prozess historisch erst über einige Umwege und national verschieden durchgesetzt hat.

Die Aufklärung war demnach alles andere als nur eine rein kulturgeschichtliche Bewegung einiger bildungsbeflissener Intellektueller, als die sie heute oft begriffen wird. Diese falsche Sichtweise ist vielmehr zurückzuführen auf die darauf folgende, jahrzehntelange konservative Restauration der bestehenden Machtverhältnisse insbesondere in Deutschland, die diese ideengeschichtliche demokratische Tradition der Aufklärung schließlich mit allen, auch gewaltsamen Mitteln auszurotten suchte.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Aufklärung die demokratische Denktradition, ihre Werte und Normen, in bis heute gültiger Form entwickelt und geprägt hat.

Auch die zentralen gesellschaftlichen Ziele und Forderungen der deutschen Gewerkschaften nach Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft begründen sich aus dieser aufklärerisch-demokratischen Tradition, nachdem sich sozialistisch-klassenkämpferische Positionen letztendlich politisch nicht durchgesetzt hatten. Und sie bilden aus heutiger Sicht, nach dem Scheitern der sozialistischen Staaten, auch für die nächste Zukunft die zentrale Orientierung für die weitere gesellschaftspolitische Entwicklung sowohl in Deutschland als auch in Europa.

Somit ist die Aufklärung bei näherer Betrachtung Ausdruck und Motor eines damals durchaus revolutionären Umbruchs in Europa. Sie umfasste freiheitlich-demokratische, jacobinische und utopische Elemente, die sich ins-

besondere auch aus französischen und englischen Quellen herleiteten. Sie beschränkte sich nicht allein auf philosophisch-gesellschaftliche Reflexionen, sondern entfaltete ein weitreichendes literarisches und kulturelles Leben, das bis heute als klassisches Bildungsgut Normen und Werte setzt.

Die Aufklärung gab also den Rahmen für eine fortschrittlich-demokratische Kulturentwicklung in Europa vor, die eine freiheitliche Gesellschaftsform anstrebte und schließlich die zu eng gewordenen Fesseln des Absolutismus sprengte.

Allerdings nahm diese Entwicklung in den verschiedenen europäischen Nationen historisch eine unterschiedliche Wendung. In Frankreich begründet die Aufklärung bis heute die Tradition der Großen Bürgerlichen Revolution. In Deutschland hingegen konnte sie u. a. durch die konservative Restauration nach den sogenannten Freiheitskriegen gegen die republikanischen Truppen Napoleons erfolgreich niedergeschlagen werden. Nach der fehlgeschlagenen Revolution von 1848 und mit der Entstehung des deutschen Kaiserreichs wurde die Aufklärung schließlich endgültig in die Rumpelkammer der Geschichte verwiesen.

Dennoch lebte die Aufklärung als kulturelles Erbe fort. Einerseits in Teilen des fortschrittlichen Bürgertums, insbesondere aber in der jetzt neu entstehenden Arbeiterbewegung, die neben sozialistischen Positionen auch erneut wieder humanistische Losungen und Forderungen der Aufklärung aufgriff. In dieser Form bildet die Aufklärung bis heute die Grundlage einer humanen, sozialen und demokratischen deutschen Kultur.

Die soziale Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nach der Aufklärung

Die Aufklärung hatte in Frankreich die Bürgerliche Revolution von 1789 vorbereitet. In Deutschland wirkte sie dagegen als eine überwiegend kulturelle und literarische Erscheinung fort, bis auch hier – unter anderen

Bedingungen – die gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Revolution von 1848 zusteueren.

Etwa ab 1830 machte sich in den europäischen Ländern der neu entstehende Kapitalismus mit verheerenden sozialen Erscheinungen bemerkbar. Die Industrialisierung entwurzelte die Bevölkerung und presste sie in die sich ausbreitenden Manufakturen. In Frankreich (Lyon) kam es wegen der sozialen Not durch die Einführung der Dampfmaschinenteknik zu ersten Massenaufständen der Weber, die sich dann einige Jahre später auch in Deutschland fortsetzten.

Die Aufklärung verkehrte sich damit innerhalb weniger Jahrzehnte in ein uneingelöstes Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Humanität, das von der kapitalistischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft buchstäblich überrollt wurde. Die soziale Frage rückte jetzt unübersehbar ins Zentrum des öffentlichen Bewusstseins und prägte die politische Kultur des 19. Jahrhunderts in Europa.

Die „Zweite Aufklärung“

Mitte des 19. Jahrhunderts waren in Europa die bürgerliche Gesellschaft und die kapitalistische Produktionsweise bereits voll entfaltet. In Deutschland hatte sie rund 60 Jahre nach der Revolution in Frankreich mithilfe der industriellen Entwicklung zwar noch nicht politisch, aber bereits ökonomisch gesiegt. Mit der aufstrebenden Fabrikproduktion und den technischen Verkehrsmitteln war die Zeit der absolutistischen Fürstentümer abgelaufen.

Die Revolution von 1848 scheiterte jedoch nicht zuletzt auch an den bereits bestehenden bürgerlichen Machtverhältnissen, die eine erneute Auflage der ursprünglichen revolutionären Forderungen der Aufklärung nach Freiheit, Gleichheit und Humanität nun als hemmend und kontraproduktiv für die Kapitalverwertungs-Interessen erscheinen lassen mussten.

Die notwendige wirtschaftliche Vereinheitlichung der bisherigen Kleinstaaten wurde jetzt über den Weg des Nationalstaats gesucht, der zwar mit dem Abbau der ehemaligen Zollgrenzen eine ökonomische Einheit bilden sollte, aber keineswegs eine freiheitliche und demokratische Struktur benötigte, sofern nur die *freie Wirtschaft* gewährleistet war. Das Ergebnis dieser Entwicklung war schließlich das von Bismarck zusammengeschmiedete Deutsche Reich, das kein absolutistisches, sondern bereits ein bürgerliches Reich war.

Die Klassenverhältnisse waren nun völlig andere als zur Zeit der französischen Revolution. Die industrielle Produktionsweise hatte einen neuen vierten Stand hervorgebracht, der nun seinerseits weniger gegen noch bestehende *aristokratische*, sondern jetzt gegen die bereits überwiegend *bürgerlichen* Machtverhältnisse zu revoltieren begann.

Damit war die Zeit reif für eine neue Aufklärung, für eine Neubewertung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die mit dem bereits historisch überwundenen Absolutismus nichts mehr gemein hatten. Diese Neubewertung konnte nur auf der Grundlage einer präzisen Analyse der neu entstandenen Bürgerlichen Gesellschaft erfolgen.

Karl Marx war es, der diese Analyse schließlich in bis heute gültiger Form entwickelt hat. Marx unternahm es, die ökonomischen Gesetze dieser Gesellschaft auf den Prüfstand zu stellen, um die Ursache des in der Mitte des 19. Jahrhunderts bereits sichtbar verfehlten Ziels einer freiheitlichen und demokratischen Entwicklung ausfindig zu machen.

Von den ethischen Zielen der Aufklärung war lediglich die Freiheit der Wirtschaft übrig geblieben, die sich jetzt ihrerseits zu einer Bedrohung der Existenzbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung entwickelt hatte und zu neuen sozialen Ungleichheiten führte.

Um den für diesen Artikel wichtigen Zusammenhang der Marx'schen Analyse mit der Aufklärung deutlich zu machen, ist festzuhalten, daß

Marx ein Philosoph und kein Wirtschaftswissenschaftler war. Seine dennoch bis heute fundierteste ökonomische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, die er insbesondere in seiner Schrift „Das Kapital“ entwickelt, diente ihm lediglich als Beweisführung für seine zentrale philosophische These. Sie lautet: Die von der bürgerlichen Gesellschaft auf die Spitze getriebene menschliche Entfremdung und gesellschaftliche Verelendung kann nicht von ihr selbst durch die Verwirklichung philosophisch-ethischer Ideale, sondern nur durch die revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise aufgehoben werden.

Die Philosophie kann sich also nicht wie bisher auf die Entwicklung einer humanen Ethik beschränken, sondern sie muss praktisch werden. Marx hat dies in kurzen Stichworten in seinen berühmten Feuerbach-Thesen dargelegt. Damit wird die Aufklärung und insbesondere die darauf folgende idealistische Philosophie Hegels – wie Marx es ausdrückt – „vom Kopf auf die Füße gestellt“.

Marx' Kapitalanalyse ist demnach die Basis seiner Ideologiekritik der bürgerlichen Gesellschaft, deren Bewegungsgesetze er eben in ihren ökonomischen Grundlagen dingfest macht. Erst so wird deutlich, warum die ursprünglichen Ideale der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution nicht schlicht verraten wurden, sondern schließlich in ihr Gegenteil umschlagen *mussten*, nämlich „kraft ökonomischer Notwendigkeit“ der kapitalistischen Produktionsweise.

Mit Marx ist der ethische Idealismus der Aufklärung philosophisch überwunden. Aufklärung bedeutet nun die Einsicht in die ökonomischen Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die ihre Denkmuster, ihre Ideologien und ihre Kultur zwar nicht einseitig bestimmen, ihnen aber doch so lange die Form vorgeben, bis die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen Ideal und Wirklichkeit erneut eine grundlegende Umgestaltung erzwingen.

Dies ist einer der zentralen Inhalte der Marx'schen Dialektik, die er übrigens nicht nur gegen die bisherige Philosophie des deutschen Idea-

lismus richtet, sondern in gleichem Maße gegen den Materialismus. In seinen Thesen formuliert er eine fundierte Absage an den Materialismus Feuerbachs.

Marx war „kein Marxist“, wie er später selbst ironisch äußerte, und er war auch kein Materialist, als deren Vordenker er heute oft fälschlicherweise gilt. Das Ziel seiner gesamten Arbeit bestand vielmehr darin, Hegels dialektische Geschichtsphilosophie, die zu dieser Zeit zur herrschenden philosophischen Lehre gehörte, aus ihrer idealistischen Beschränkung zu lösen und auf eine Basis zu stellen, die auf den ökonomischen Bewegungsgesetzen der realen gesellschaftlichen Praxis beruht. Damit löst er die Philosophie aus dem Ideenhimmel der reinen Theorie und ideellen Spekulation und macht sie zu einem Instrument eines gesellschaftsverändernden Handelns.

Die bürgerliche Gesellschaft hat sich mit allen Mitteln gegen die Marx'sche Analyse zur Wehr gesetzt und tut es bis heute. Eine theoretische Widerlegung seiner Kapitalanalyse ist ihr jedoch nie gelungen. Sie bildete ein wesentliches Fundament für die politische Theorie der Arbeiterbewegung und begründet neben der Aufklärung deren soziale Forderungen bis in die jüngste Zeit.

Die ethisch-moralische Grundforderung der Aufklärung nach Freiheit, Gleichheit und Humanität hat auch Marx keineswegs aufgegeben, sondern sogar noch erweitert. Insbesondere in seinen Frühschriften, in denen er die philosophische Grundlage für die spätere ökonomische Analyse des Kapitals erarbeitet, entwickelt er einen gesellschaftlichen Humanitätsbegriff, der weit über das Konzept der Aufklärung hinausgreift.

Hier appelliert er nicht mehr, wie noch Kant, lediglich an die Vernunft, sondern schreibt der gesellschaftlichen Arbeit einen Human-Charakter zu, indem sich erst in ihr das menschliche Wesen verwirklicht und ausdrückt. Daraus resultiert ein sozial-ethischer Anspruch an die weitere Ausgestaltung der gesellschaftlichen Produktion.

Wenn sich der Mensch erst in seiner Arbeitstätigkeit selbstverwirklicht, dann muss auch die gesellschaftliche Produktion nach human-menschlichen Regeln gestaltet werden. Die Kapital-Logik des Produktionsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft folgt jedoch notwendig anderen, rein wirtschaftlichen Regeln. Marx sah deshalb die Lösung nur in der revolutionären Aufhebung dieses gesellschaftlichen Zusammenhangs durch diejenige Klasse, die in dieser Kapital-Logik die Ursache ihres existenziellen Leids ausfindig macht, nämlich die neu entstandene Arbeiterklasse.

Diese revolutionäre Lösung ist gegenwärtig, im Zeitalter der Globalisierung, nicht mehr in Sicht, obwohl sich die Marx'sche *Analyse* der kapitalistischen Produktionsweise theoretisch und praktisch nach wie vor als richtig erweist. Die gesellschaftlichen *Verhältnisse* haben sich jedoch in den 150 Jahren seit Marx teilweise erheblich verändert und erfordern neue *politische* Strategien.

So ist beispielsweise das von Marx konstatierte revolutionäre Potential der Arbeiterklasse nicht in der Weise gewachsen, wie er es vermutet hatte. Statt dessen hat sich die Arbeiterklasse zumindestens in den wichtigsten Industrie-Nationen weitgehend politisch und sozial in das bestehende System integriert. Hier ist also eine neue Analyse notwendig, die auf dieser Grundlage die Möglichkeiten einer demokratischen Weiterentwicklung untersucht.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass mit Marx die humanen Werte der Aufklärung erweitert wurden zu einem *gesellschaftlich-sozialen* Grundwerte-Katalog, der bis heute als Basisanspruch einer sozialen Demokratie gilt. Nicht nur die sozialdemokratischen Parteien Europas haben diese Grundwerte ins Zentrum ihrer politischen Programme gerückt, auch wenn sie Marx' geschichtsphilosophische Revolutionstheorie heute nicht mehr teilen und aufgrund der sozialen Veränderungen jetzt pragmatische, politisch-demokratisch durchsetzbare Reformen anstreben.

Demokratische Grundwerte und soziale Kultur heute

Die bürgerliche Gesellschaft hat aus den sozialen Ansprüchen der Aufklärung einen dünnen Aufguss entwickelt, der mit der Freiheit des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der damit verbundenen Theorie des Wirtschaftsliberalismus schließlich nur noch die Freiheit der Wirtschaft einfordert. Das hat zur Folge, dass die Wirtschaft von allen gesellschaftlichen Ansprüchen gelöst wird und nur ihren eigenen Regeln folgt. Und so ist es bis heute geblieben. Der Neoliberalismus führt einen erneuten Kampf um die weitere Befreiung der Wirtschaft von allen sozialen und humanen Ansprüchen der Gesellschaft.

Es bleibt deshalb die Frage offen, wie es heute um die humanen und sozialen Grundwerte bestellt ist, die unserer demokratischen Gesellschaft trotz dieser Entwicklung nach wie vor ihre Form und ihren inneren Gehalt vorgeben.

Zunächst ist davon auszugehen, dass Deutschland heute, nach über 60 Jahren Erfahrungen mit einer insgesamt recht erfolgreichen Demokratie (die zwar nicht selbst erkämpft, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg von den westlichen Siegermächten verordnet wurde), nun die damit verbundenen humanen und sozialen Grundwerte nicht nur weiter öffentlich beschwören, sondern tatsächlich weiter verwirklichen will.

Das setzt aber voraus, dass diese Grundwerte wirklich begriffen, politisch umgesetzt und notfalls auch gegen widerstreitende und gegenläufige gesellschaftliche Tendenzen verteidigt und durchgesetzt werden. Die Auseinandersetzung mit dem offenen und latenten Rechtsradikalismus ist weiterhin – und erneut – notwendig. Es besteht aber die große Gefahr, dass diese Auseinandersetzung nur symbolisch geführt wird und davon ablenkt, dass sich gleichzeitig andere Gefährdungen des demokratischen Systems ungehindert und unbemerkt durchsetzen.

Wenn sich heute der globalisierte Kapitalismus bereits weitgehend der demokratischen Kontrolle entzogen hat, dann deuten sich hier ganz andere Dimensionen von Gefährdungen an, die unsere demokratische Gesellschaft von innen heraus untergraben, weil sie ihre sozialen Existenzbedingungen aushöhlen. Unsere Arbeitsplätze, unser Gesundheitssystem, unsere Alterssicherung, die Überlebensfähigkeit der Kommunen, unsere Bildung, unsere Umwelt und unsere Ernährung – kurz, unsere gesamten Lebensbedingungen sind heute in hohem Maße gefährdet.

Und die Ursache dieser Gefährdungen ist auch kein Geheimnis: Es handelt sich um die Auswirkungen unseres Wirtschaftssystems, das sich bereits weitestgehend von allen gesellschaftlichen Grundwerten befreit hat und nun ausschließlich seinen eigenen, alles andere als demokratischen Regeln folgt und diese bereits in den Gesetzesrang erhebt, nämlich der „Marktgesetze“.

Eine demokratische Gesellschaft, die diese rigide Durchsetzung wirtschaftlicher „Gesetze“ gegen ihre humanen und sozialen Grundwerte widerstandslos zulässt und sogar politisch befördert, kann auf Dauer nicht demokratisch bleiben. Die Ideologie der Marktgesetze, denen sich die gesamte Bevölkerung zu unterwerfen hat, ist nur solange aufrechtzuerhalten, solange die sozialen Folgen noch lösbar erscheinen. Das war in der Vergangenheit der Fall.

Wenn das aber nicht mehr der Fall ist, verliert die Demokratie jedoch ihre *gesellschaftsgestaltende Funktion* und damit ihre Legitimation. Wer diesen Zusammenhang mit dem wachsenden Rechtsradikalismus gerade unter der jungen Generation nicht wahrnimmt, zielt an diesem Problem verständnislos vorbei. Hier handelt es sich ja offensichtlich keineswegs um Ewiggestrige im Rentenalter, sondern um aktuell Betroffene, die in der Demokratie bereits keine politische Perspektive mehr sehen.

Perspektiven gewerkschaftlicher Gesellschaftspolitik

Seit rund zwei Jahrzehnten steht die Betriebspolitik im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aufmerksamkeit. Die Dritte Industrielle Revolution erforderte ständig neue Strategien der betrieblichen Interessenvertretung, die sowohl die Betriebsräte als auch die Gewerkschaften mit immer neuen technischen, arbeitsorganisatorischen und schließlich auch betriebswirtschaftlichen Veränderungen voll in Anspruch nahmen.

Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Nur stehen wir jetzt vor neuen *gesellschaftspolitischen* Fragen, auf die auch die Gewerkschaften keine Antwort mehr zu wissen scheinen. Statt dessen hat die langjährig erzwungene Konzentration auf die Betriebspolitik offenbar die weitverbreitete Ansicht zur Folge, dass auch diese Fragen mit betriebspolitischen Antworten zu lösen seien.

Wer keine gesellschaftspolitische Alternative mehr sieht zu einer marktradikalen Shareholder-Value-Gesellschaft, wie sie vom Neoliberalismus propagiert wird, dem werden alle humanen und sozialen Grundwerte bald zu unerreichbaren Utopien, die man besser den Theoretikern und sonstigen Spinnern überlässt.

Von da aus ist es nur noch ein kurzer Schritt zu der dann keineswegs mehr erstaunlichen Behauptung, daß sich gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik genauso wie die Betriebspolitik auf ein ideologiefreies Co-Management und ansonsten auf einige Dienstleistungen für die Mitglieder beschränken müsse. Denn der Weltmarkt schreibt jetzt schließlich die Gesetze. Und da können abstrakte Grundwerte-Theorien nur stören und unnötig beunruhigen.

Aus der Sicht von Wirtschaftsführern mag eine solche Einschätzung der Wirklichkeit ja noch halbwegs nachvollziehbar sein, aber als Grundlage einer *gewerkschaftlichen Gesellschaftspolitik* muss eine derartige Position geradezu verheerende Folgen haben. Auch wenn vielleicht manche

Mitglieder von ihrer Gewerkschaft möglicherweise nicht viel mehr erwarten als hin und wieder eine kostenlose persönliche Rechtsberatung, so wird sich ihnen doch irgendwann die Frage aufdrängen, ob sich das wirklich rechnet.

Das tut es natürlich nicht, weil heute alle möglichen Dienstleistungen auch ohne einen monatlichen Mitgliedsbeitrag zu bekommen sind, „just in time“ eben. Mitglied ist und bleibt man nur aus *Überzeugung*, sei es in einer Partei, im Sportclub oder bei den Schützenbrüdern. Und das sollte ausgerechnet bei den Gewerkschaften anders sein?

Es bleibt die Frage zu beantworten, aus welcher Überzeugung denn eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sinnvoll und möglicherweise sogar nötig erscheinen könnte. Und diese Frage ist letztlich nur gesellschaftspolitisch zu beantworten. Wenn die Gewerkschaften, unter dem Druck der Verhältnisse auf eine *eigenständige gesellschaftspolitische Position* glauben verzichten zu müssen, dann gibt es nicht mehr den geringsten Grund für eine langjährige oder gar lebenslange Mitgliedschaft und Verbundenheit.

Auch die vielberufene Schutzfunktion der Gewerkschaften wird wohl allein kaum als ein hinreichender Grund wahrgenommen. Im Gegenteil, insbesondere bei den neuen Kommunikationsberufen kann sich eine Gewerkschafts-Mitgliedschaft eher als ein Hindernis für das berufliche Fortkommen erweisen. Bei arbeitsrechtlichen Fragen ist der nächstliegende Ansprechpartner der Betriebsrat und zwar unabhängig davon, ob er Gewerkschafter ist oder nicht. Und wovor kann eine Gewerkschaft schützen, die sich selbst als eine Institution für ideologiefreies Co-Management begreift? Etwa vor einer nachweisbar betriebswirtschaftlich notwendigen Standortverlagerung oder Schließung? Doch wohl kaum, denn schon allein der Versuch wäre stark ideologieverdächtig, weil er gegen das Gesetz der betriebswirtschaftlichen Rationalität verstieße.

Was bleibt also bei genauerer Betrachtung? Gewerkschaften, die sich nicht mehr als Träger einer *gesellschaftspolitischen* Interessenvertretung begreifen, die sich nicht mehr an den humanen und sozialen Grundwerten orientieren und diese auch unter sich verändernden Bedingungen jeweils erneut einfordern und erkämpfen wollen, haben ihre gesellschaftliche Funktion und damit sich selbst aufgegeben. Nur als reine Dienstleistungsanbieter haben sie jedenfalls im freien Spiel der Marktkräfte keine Chance, das zumindestens könnten sie aus ihren bisherigen gescheiterten marktwirtschaftlichen Versuchen lernen.

Gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik befindet sich also in einer Situation, in der die Grundwerte offenbar einer erneuten Begründung und Vermittlung bedürfen. Sieht man allerdings von den aktuellen Diskussionen über die Zukunft der Gewerkschaften ab, bei denen die gegenwärtig sinkenden Mitgliederzahlen zweifellos eine Rolle spielen und zu einiger Verwirrung und zu voreiligen Schlussfolgerungen geführt haben mögen, dann stehen die Gewerkschaften keineswegs mit leeren Händen da.

In den gewerkschaftlichen Grundsatzprogrammen und Satzungen findet sich nämlich nach wie vor eine gesellschaftspolitische Position, die zwar in den letzten Jahren ein wenig in Vergessenheit geraten ist, die heute aber erneut an Bedeutung gewinnt. Es ist die Forderung nach einer *Demokratisierung der Wirtschaft*, die in einer Zeit wachsender Bedrohungen durch eine entfesselte Weltökonomie eine neue Qualität gewinnt.

Sowohl regional als auch global wird es immer dringlicher, marktwirtschaftliche Fehlentwicklungen und ihre sozialen Auswirkungen durch demokratische Entscheidungen zu regulieren und zumindestens abzumildern, solange Alternativen fehlen. Nach dem bereits seit langem vollzogenen Abschied vom Klassenkampf müssen nun die Gewerkschaften demokratische Bündnispartner ausmachen für dieses gemeinsame gesellschaftliche Verantwortungsprojekt, das die immer noch geltenden

demokratischen Grundwerte gegen einseitige Interessen von „shareholdern“ und sonstigen privaten Nutznießern der gesellschaftlichen Produktion verteidigt.

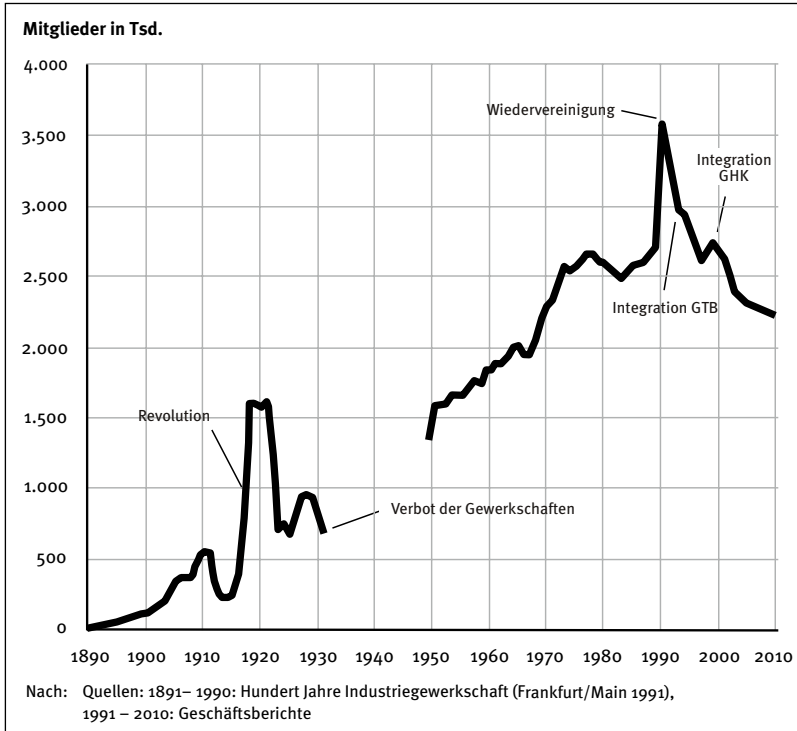
Die wichtigste Voraussetzung ist die allmähliche Lösung aus dem Zwangskorsett angeblich unumstößlicher ökonomischer Gesetze, die sich jedem demokratischen Zugriff zunehmend entziehen und die Gesellschaft, aus der sie ursprünglich hervorgegangen sind, nun nach ihren Regeln umgestalten. Statt Co-Management ist hier das entschiedene Eintreten für die demokratischen Grundwerte notwendig.

Der Ideologieverdacht, dem sich die Gewerkschaften seit jeher ausgesetzt sahen, muss heute umgekehrt werden. Wer innerhalb einer demokratischen Gesellschaft einer von allen demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten entfesselten Wirtschaft das Wort redet, betreibt schlicht Ideologie. Auch ökonomische Gesetze sind demokratisch und politisch gestaltbar. Statt marktradikaler Ideologie ist heute humane Phantasie erforderlich.

Die Bundesrepublik hat bisher ihre demokratische Bewährungsprobe gerade deshalb in der Vergangenheit insgesamt recht gut bestanden, weil sie diese Gestaltungsaufgabe wahrgenommen hat. Wenn heute das soziale Gefüge dieser Republik Schritt für Schritt ausgehöhlt und untergraben wird, ist eine neue Initiative der Demokraten wohl unverzichtbar. Die Gewerkschaften können Motor dieser demokratischen Initiative zur Erhaltung und zum weiteren Ausbau humaner und sozialer Grundwerte sein – sie müssen es nur politisch wollen.

Daten und Fakten

Mitgliederbestand des DMV* und der IG Metall (1891 – 2010)



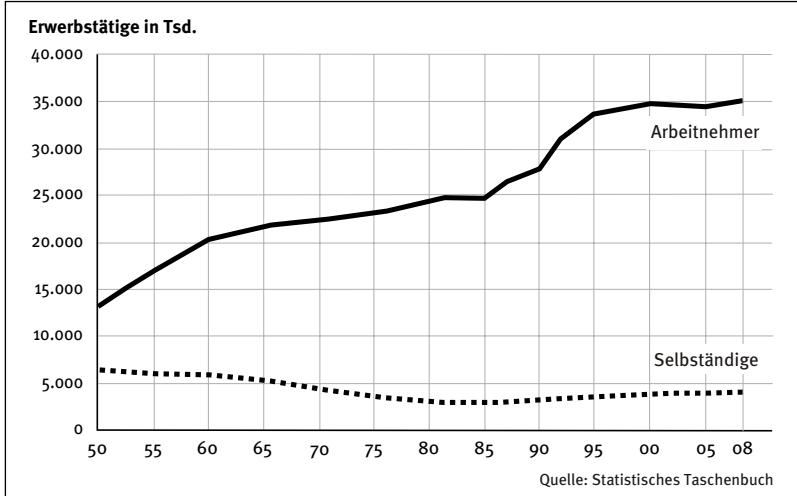
In den meisten Zeitungen der bürgerlichen Presse wird bei der Betrachtung der Mitgliederentwicklung bewusst nur der Zeitraum von 1990 bis heute dargestellt. Damit kann man die Behauptung, den Gewerkschaften würden die Mitglieder davonlaufen, anschaulich darstellen. Wir haben heute genau so viele Mitglieder wie 1970; ca. 2,2 Millionen. Das ist immer noch mehr wie alle Bundestagsparteien zusammen; sie kommen gerade einmal auf 1,4 Millionen. Pro Jahr werden durchschnittlich 50.000 Menschen Mitglieder der IG Metall, das sind jede Woche 1.000 neue Mitkämpfer.

* Deutscher Metallarbeiterverband – Vorgängerorganisation der IG Metall

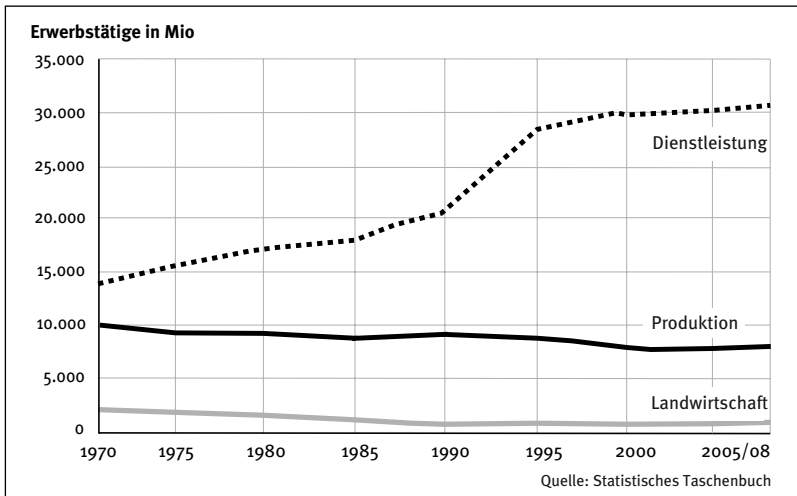
Produktion, Produktivität, Beschäftigte (1995 – 2008)

Die Entwicklung der Produktivität ist der entscheidende Faktor. Sie zeigt an, wie mit immer weniger Menschen immer mehr produziert werden kann. Wenn sie stärker steigt als die Produktionsmenge wird dafür weniger Arbeitszeit benötigt. Wird die Arbeitszeit nicht entsprechend reduziert, werden zwangsläufig entweder Arbeitsplätze abgebaut oder in Teilzeit- bzw. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt. Der Rückgang der Produktivität 2008 erklärt sich damit, dass trotz Produktionseinbruch in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise zwar das Arbeitsvolumen, nicht aber im gleichen Ausmaß die Arbeitsplätze abgebaut sondern über Arbeitszeitverkürzung in Form von Kurzarbeit gesichert wurden.

Entwicklung der Erwerbstätigkeit (1950 – 2008)



Strukturwandel (1970 – 2008)



Fakten gegen ideologische Phrasen

Der Chef der Mövenpick-Partei, Guido Westerwelle, und in seinem Gefolge viele andere Neoliberale wie der Bundesbankdirektor Thilo Sarrazin oder der Bourgeoisie-Philosoph Peter Sloterdijk haben die „Mittelschicht“ bzw. die „gesellschaftliche Mitte“ neu entdeckt. (Der Sozialdemokrat Gerhard Schröder hatte die „Neue Mitte“ vor 10 Jahren für sich und seine Partei ebenfalls neu entdeckt). Diese wird gleichgesetzt mit den „Leistungsträgern“ bzw. „Leistungswilligen“. Sie werden angeblich bedroht und ausgebeutet von den „Leistungsunwilligen“ wie z.B. der Mehrheit der Hartz-IV-Empfänger. Schaut man die realen Verhältnisse etwas genauer an, ergibt sich ein völlig anderes, aber desto interessanteres Bild. Dazu ist allerdings ein wenig Statistik und Rechnerei nicht zu vermeiden.

Ausgangspunkt ist die Vermögensentwicklung, d.h. die Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums. Unter Vermögen wird hierbei Geldvermögen sowie Immobilienvermögen verstanden, nicht jedoch das Eigentum an Produktionsmitteln (z.B. als direkter Eigentümer oder als Aktionär). Diese Vermögensentwicklung spiegelt in sofern auch die Einkommensentwicklung wieder, da Vermögen nur gebildet werden kann, wenn so viel Einkommen zur Verfügung steht, dass davon ein Teil gespart und in Vermögen umgewandelt werden kann. Andererseits bedeutet ein Vermögensverlust, dass angespartes Vermögen aufgelöst werden muss, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, weil die laufenden Einkommen dazu nicht ausreichen.

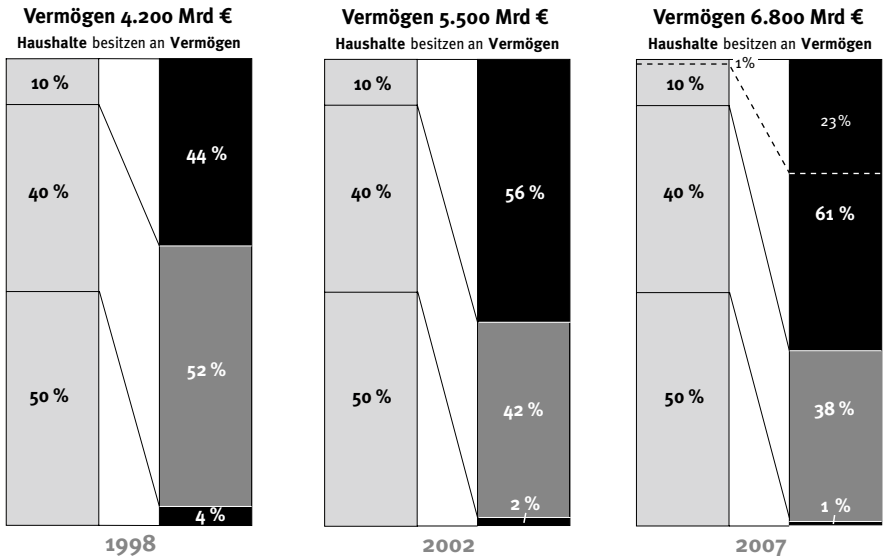
In der Grafik rechts zeigt sich, dass in den letzten 10 Jahren die unteren 50% der Bevölkerung bzw. der Haushalte praktisch vermögenslos geblieben sind bzw. das Wenige, was sie hatten, auch noch auf ein Viertel geschrumpft ist (von 4% auf 1%). Genau genommen ist ihr Vermögen von ehemals 170 Mrd Euro (= 4% in 1998) auf 70 Mrd Euro (= 1% in 2007) praktisch halbiert worden. Unter diesen 50% der Bevölkerung befinden sich die von Westerwelle beschimpften Leistungsverweigerer,

Sozialschmarotzer etc. Sie haben aber offensichtlich den so genannten Leistungsträgern der gesellschaftlichen Mitte nichts weggenommen.

Diese gesellschaftliche Mitte mit einem Anteil von 40% an der Bevölkerung bzw. den Haushalten hat tatsächlich Vermögensanteile verloren (von 54% auf 38%). Ihr absoluter Anteil ist von 2.300 Mrd Euro (= 54% in 1998) lediglich auf 2.500 Mrd Euro gestiegen (= 38% in 2007); er hat praktisch stagniert. Diese Bevölkerungsschicht hat von der Wirtschaftsentwicklung der letzten 10 Jahre kaum profitiert. Wäre ihr Anteil bei 54% geblieben, hätten sie heute ein Vermögen von 3.500 Mrd Euro. Das wären 1.000 Mrd Euro oder 40% mehr.

Die Verteilung des Vermögens in der Bundesrepublik Deutschland

(nur Geld- und Immobilienvermögen – ohne Vermögen an Produktionsmittel)



Quelle: DIW 45/2007 und 4/2009 (SOEP), 1. Armuts- und Reichtumsbericht 2001 (EVS)

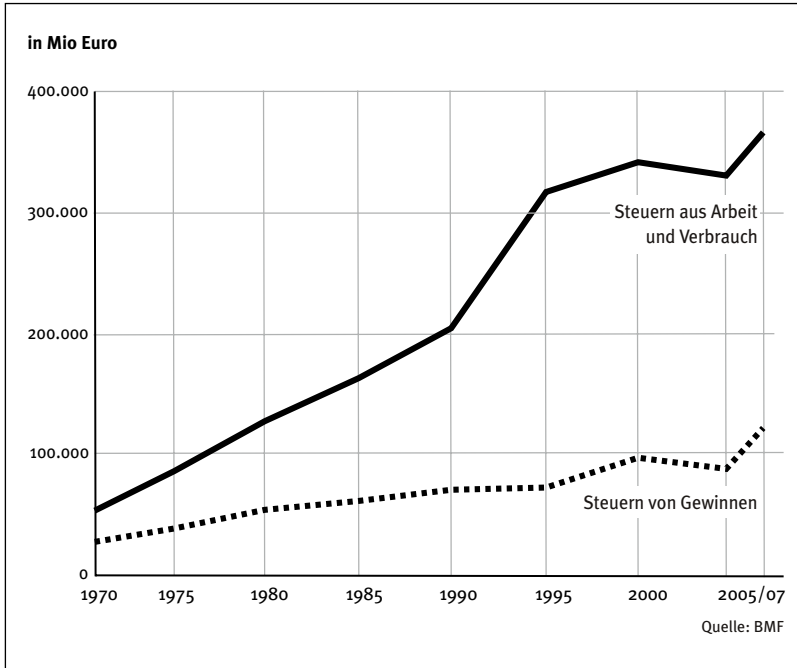
Kommen wir jetzt zu der Gruppe, von der bei Westerwelle überhaupt nicht die Rede ist; vermutlich weil er und seine Finanziere selbst dazu gehören. Im Volksmund heißen sie „Die oberen Zehntausend“, statistisch sind es die oberen 10% der Haushalte. Dahinter verbergen sich 4 Mio Haushalte mit ca. 8,5 Mio Personen (Dieser Anteil errechnet sich statistisch aus 83 Mio Einwohnern in 40 Mio Haushalten in der Bundesrepublik). Ihr Vermögensanteil ist von 42% auf 61% gestiegen. In absoluten Zahlen hat sich ihr Vermögen von 1.800 Mrd Euro (= 42% in 1998) auf 4.000 Mrd Euro (= 61% in 2007) mehr als verdoppelt. Sie sind die eigentlichen Profiteure des Neoliberalismus. Wäre ihr Anteil bei 42% geblieben, hätten sie heute ein Vermögen von 2.800 Mrd Euro, also 1.200 Mrd Euro weniger. Das sind ungefähr die 1.000 Mrd Euro, die der „Mittelschicht“ fehlen!

Fazit: nicht die Unterschicht hat der Mittelschicht ihren wohlverdienten Anteil am Volksvermögen weggenommen, sondern es war die Oberschicht! Wenn man also für Einkommensgerechtigkeit oder Vermögensgerechtigkeit oder soziale Gerechtigkeit eintreten will, so muss man an allererster Stelle für eine Vermögensumverteilung von Oben über die Mitte nach Unten sorgen.

Es sei noch auf eine Besonderheit innerhalb der Oberschicht hingewiesen: Der unsoziale Vermögensextremismus zeigt sich darin, dass nur 1% der Haushalte über 23% des Vermögens verfügen. Also besitzen 400.000 Haushalte mit ca. 850.000 Personen 1.500 Mrd Euro. Das sind pro Haushalt durchschnittlich ca. 3,8 Mio Euro bzw. pro Person ca. 1,8 Mio Euro.

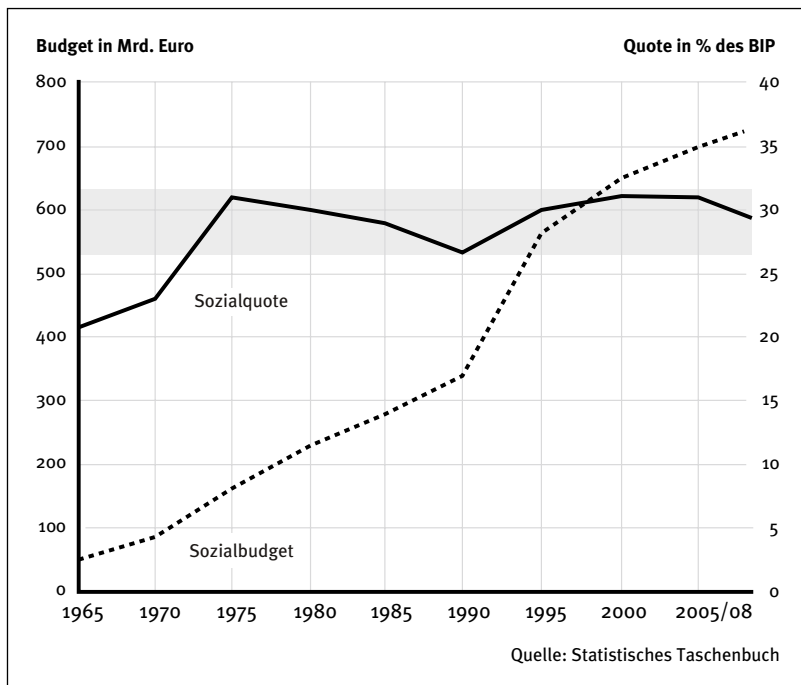
Die Folgen dieser unsinnigen Vermögenskonzentration sind für die Wirtschaftsentwicklung fatal. Nur ein kleiner Teil dieser Vermögen werden in Form von Konsum als Nachfrage wirksam und stützen die Produktion von Gütern für den Binnenmarkt und sichern damit Arbeitsplätze. Der größere Teil wird außerhalb des Binnenmarktes spekulativ auf den internationalen Finanzmärkten angelegt.

Wer finanziert den Staat: Steuereinnahmen (1970 – 2007)



Steuern stellen ca. 80 Prozent der Staatseinnahmen dar und sind das Fundament einer funktionierenden Gesellschaft. Dabei gab es bisher das Prinzip, dass mit steigendem Einkommen und Vermögen auch die Pflicht zur Finanzierung des Gemeinwesens steigt. Allerdings sind Besitzer großer Vermögen seit 1997 davon befreit (Freiheit), weil keine Vermögenssteuer mehr erhoben wird. Auch Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten werden nicht besteuert und die Gewinnsteuer für Unternehmen wurde 2008 von 40% auf 15% gesenkt. So ist es nicht verwunderlich, wenn die ArbeitnehmerInnen durch Lohn- und Konsumsteuern mit über 75 Prozent den überwiegenden Teil der Staatseinnahmen erbringen.

Sozialbudget und Sozialquote



Die Sozialquote gibt den Anteil der Sozialleistungen (Sozialbudget) an der gesamtwirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) an. Sie ist Ausdruck dafür, wie viel eine Gesellschaft, gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung, für „Soziales“ ausgibt. Betrachtet man nur die Absolutbeträge des Sozialbudgets, ergibt sich eine Steigerung auf das Siebenfache, wobei der steile Anstieg 1990 auf die Wiedervereinigung zurückzuführen ist. Gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft bewegen sich die Ausgaben dagegen relativ konstant in einem Korridor um die 30 Prozent. Der Anstieg in den siebziger Jahren widerspiegelt den damaligen Ausbau des Sozialstaates (Kindergeld, Bafög, Wohngeld usw.).

**WISSEN
KÖNNEN
HANDELN**

IG Metall Vorstand

Funktionsbereich Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069 6693 2691

Fax: 069 6693 2467

www.igmetall.de/bildung

Produktnr.: 3126-30749